

Meinungsäußerung zum Plan B , Version 2.0 von Mai 2013, der Projektgruppe in der Bundestagsfraktion der Partei Die Linke

Im Kontakt mit Prof. Michael Brie wurde mir vorgeschlagen, mich mit dem Plan B zu beschäftigen und dazu eine Meinung zu entwickeln.¹ Ich mache das gern, weil ich mich der Partei Die Linke verbunden fühle und ihren Erfolg wünsche. Es ist gleichzeitig mein Anliegen, im Interesse ihres wachsenden Einflusses realistische Sichtweisen zu vermitteln, die ich für den Weg in die Zukunft für unabdingbar halte.

Bevor ich im engeren Sinne auf Plan B eingehe, möchte ich einiges vorausschicken, das meine Meinungsäußerung beeinflusst. Gelegentliche Formulierungen sind nicht immer im strengen akademischen Stil gehalten und dienen der Verdeutlichung meiner Gedanken.²

Teil I Vorbemerkungen

1. Das linke Zukunftsmodell ist nicht allein auf der Welt

Mit den zunehmenden Zweifeln an der Dauerhaftigkeit des heutigen Kapitalismus haben sich die Anstrengungen verstärkt, gesellschaftliche Erneuerungskonzepte zu entwickeln, die eine Orientierung für zukünftige Entwicklungen sein können. Ihre Vielfalt widerspiegelt die unterschiedlichen Standpunkte und Erkenntniswege zu dem für richtig gehaltenen Zukunftsmodell. Teilweise sind sie mehr theoretisches Konstrukt, teilweise wird an ihrer Verbreitung aktiv gearbeitet.³ Diese Vielfalt verkörpert aber auch eine soziale Breite der Strömungen, die auf Kurs zur Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sind. Daraus ergibt sich einmal die nicht zu unterschätzende Kompliziertheit, auf demokratischem Wege zu übereinstimmenden Zielstellungen zu gelangen. Es erwächst aber auch die Chance, durch Kräftebündelung auf parlamentarischem Wege politische Mehrheiten zu entwickeln und durch nachdrückliche politische Zusatzaktionen dem Fortschritt voran zu helfen.

Für die Partei Die Linke ist es nicht nur Ausdruck gewonnener Erfahrungen mit dem Realsozialismus vergangener Jahre, sondern auch Ausdruck bewusster Traditionspflege, das Bild der Zukunft als ein Bild des Demokratischen Sozialismus zu zeichnen. Auch angesichts des komplizierten Verhältnisses zur SPD ist es richtig, ganz bewusst und demonstrativ den Sozialismusbegriff zu pflegen, den die SPD wohl auch noch zu ihrem Repertoire zählt. Auch die anderen Zukunftsmodelle verfolgen ähnliche humanistische Zielvorstellungen wie die im Plan B der Linken. Sie kommen nur aus anderen „Denkabteilungen“. Der Linke tut es sicher gut, auch mit diesen anderen Modellen offen umzugehen. Wer nicht ständig das Wort Sozialismus im

1 Ich halte mich bei der Abfassung meiner Kommentare an die Gliederung des vorliegenden Download-Textes vom Plan B. Dadurch sind gelegentliche Gedankensprünge oder Redundanzen unvermeidbar.

2 Vielleicht sind sie manchmal geeignet, ein leichtes Lächeln ins Gesicht des strapazierten Parteisoldaten zu zaubern.

3 Plan B Revolution des Systems für eine tatsächliche Neuordnung, Andreas Popp und Rico Albrecht, Download aus www.wissensmanufaktur.net/plan-b

Munde fährt, ist längst kein politischer Gegner, mit dem man nicht reden könne. Weil der Zukunftsbegriff Sozialismus für die Linke aber so etwas wie ein unverzichtbares Markenzeichen ist, ist es doch auch im Sinne einer Sprachenregelung möglich, unter dem Banner des demokratischen Sozialismus für eine humanistisch geprägte und demokratisch beherrschte und gesteuerte Welt zu kämpfen.⁴

Mit einer solchen Generaleinstellung müsste es der Linken auf Dauer gelingen, erforderliche Mehrheiten zu organisieren, um meßbare Fortschritte zustande zu bringen. Es wird nicht als Drama betrachtet, dass sich das allmählich herausbildende Gesellschaftsmodell der Zukunft, also in 30 – 80 Jahren⁵, nicht unbedingt Sozialismus heißen mag. Entscheidend ist doch, dass sich der Charakter der zukünftigen Gesellschaft qualitativ verbessert, vom Wesen des heutigen Systems unterscheidet und ein künftiger Geschichtsschreiber vielleicht 2050 feststellen kann:

„.....An dieser Entwicklung war die Partei Die Linke, mittlerweile sichere 20 % - Partei, maßgeblich, teilweise führend, beteiligt, der es gelang, in einem langen politischen Prozess, auch der Selbstläuterung, im zunehmenden Einklang mit anderen oppositionellen Parteien besonders seit den 20iger Jahren im Bundestag, überall in den Regionen heranwachsende gesellschaftliche Veränderungen in enger Zusammenarbeit mit den Bürgern weiter zu verfestigen. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein Land, dass immer noch in guter deutscher Tradition hervorragende wissenschaftliche und wirtschaftliche Leistungen erbringt, auch weil die Zahl der Milliardäre und Multimillionäre stark zurückgegangen ist und ein weiterhin starker Mittelstand sich mit vorbildlicher Unternehmenskultur beim Umgang mit den Beschäftigten und bei Innovationen immer wieder hervortut. Deutschland ist mit seinen fortschrittlichen gesellschaftlichen Wandlungen ein von der gesamten europäischen Bevölkerung geschätztes Land geworden, weil mit seiner Vorbildrolle im sozialen, ökologischen und auch im ökonomischen Verhalten inzwischen auch die übrigen europäischen Ländern hohe Beschäftigung und hohen Lebensstandard erreichten.“

2. Der Weg zu einem Zukunftsmodell linker Prägung

Dieser Weg ist ein gar steiniger und niemals ein Selbstläufer. Alle Visionäre früherer Jahre dürften das erkannt haben. Viele Zukunftsbücher haben die Menschen beflügelt, landeten letztlich nur im Regal und warten dort auf ihre Wiederauferstehung. Die Philosophen des 21. Jahrhunderts haben ungleich bessere Bedingungen dahingehend zu wirken, damit Zukunftsphilosophien auch die Welt verändern. Die den Linken zuzuordnenden Autoren haben erst recht die Chance, wenn Die Linke als Partei in der Lage ist, die ihr zustehende historische Rolle auszuüben und an gesellschaftlichem Einfluß gewinnt..

Wenn die gesellschaftliche Realität verändert werden soll, müssen sich die dazu entschlossenen Kräfte ständig analytisch und politisch mit dieser Realität beschäftigen und in die Tiefen der Zusammenhänge und der Entwicklung eindringen, um für die praktische Politik zu umsetzbaren Schlussfolgerungen zu gelangen. Bei allen Aktivitäten ist zu berücksichtigen, dass politische Erfolge nur erreichbar sind, wenn größere oder möglichst große Bevölkerungsanteile mindestens

4 ...und sich nicht dafür die Köpfe einzuschlagen, weil der eine das zu erreichende Endziel anders als der andere bezeichnet.

5 Ich setze hier 30 Jahre von heute bis zu dem Zeitpunkt an, an dem das internationale Finanzkapital mit seinen unterschiedlichen Spielarten nach einem langen und konfliktreichen Entmachtungs- und Umwandlungsprozess endlich von seiner globalen Machtposition verdrängt werden konnte. Es beginnen weitere finanzielle Reformationsprozesse, bei der die Rolle des Geldes erhalten bleibt, aber Schritt für Schritt auf rationale Funktionen bei der Prozesssteuerung und bei der leistungsgebundenen Einkommensverteilung reduziert wird. Die letzte Phase der Abschaffung des Wucherzinses beginnt, die verbleibenden Zinsformen werden auf limitierte Vermögen begrenzt. Das neue Gesellschaftsmodell betritt die Weltbühne, um in einem weiteren 50-jährigen Prozeß eine stabile praxistaugliche Prägung zu erhalten.

meinungsmässig bestimmte politische Forderungen für richtig halten, diese bei Aktionen unterstützen und möglichst auch Die Linke wählen.

3. Dominierende Aufgaben der menschlichen Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft

Im nachfolgenden will ich pragmatisch verkürzt wesentliche Problemfelder benennen, vor deren Lösung die globale Gesellschaft heute und morgen steht. Diese Probleme haben immer ihr spezielles nationales Profil, sind aber dem Wesen nach international. Dabei wird deutlich, dass der riesige Umfang der miteinander verflochtenen gesellschaftlichen Themen das Bedürfnis nach Systematisierung und tieferem Verständnis bestimmter Zusammenhänge erzeugt. Das heutige Gesellschaftssystem offenbart in der Auseinandersetzung mit dieser Realität, trotz über Jahrzehnte fachlich und administrativ gereifter Instrumentarien, trotz gewachsener allgemeiner gesellschaftlicher Bereitschaft, erhebliche wesenseigene Schwächen, die über die Vergeudung gesellschaftlicher und natürlicher Ressourcen hinaus bis zur Gefährdung menschlichen Lebens reichen. **Auch neue Modelle gesellschaftlichen Zusammenlebens müssen sich unvermeidbar diesen Problemfeldern stellen und dabei im realen Leben ihre Überlegenheit beweisen.**

Wenn menschliche Bereitschaft entstehen soll, über die unmittelbar individuellen Interessen hinaus, Veränderungen an den gegenwärtigen gesellschaftlichen Systemen zu unterstützen, so muss mindestens erkannt und akzeptiert werden, dass mit dem heutigen System bestimmte Belastungen und Gefährdungen gegeben sind, die mehr oder minder akut die globalen und nationalen und damit auch die individuellen Interessen betreffen.

Aus meiner Sicht halte ich vor allem folgende Problemfelder für erheblich, deren gegenwärtige unzureichende Beherrschung zu ernsthaften Belastungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens international und national führt:

1. Naturkatastrophen, wie Erdbeben, Tsunamis, Vulkanausbrüche, deren infrastrukturelle Auswirkungen und erforderlichen Vorsorgemaßnahmen für die betroffenen Länder zu schweren Belastungen bis zu staatlicher Instabilität führen können. Die menschliche Gesellschaft gleich welchen Systems muß mit diesen Naturereignissen fertig werden und entsprechende Reserven vorhalten. Das gilt für alle künftigen Gesellschaftsformationen, solange menschliches Leben auf unserem Erdball möglich ist.⁶

2. Die Auswirkungen des hauptsächlich von der menschlichen Gesellschaft durch ihre Produktions- und Lebensweise verursachten **Klimawandels** mit extremen Wettererscheinungen, wie schwerste Wirbelstürme, Orkane und anhaltende Regenfälle, Überflutungen, Anstieg der Meeresspiegel infolge Eisschmelze, Auftauen der Permafrosten, Wärmeanstieg, lange Trockenperioden, Ausdehnung der Dürrezonen, werden wegen ihrer direkten Naturbeeinflussung hier an 2. Stelle angeführt.

Eine exakte Abgrenzung zu den natürlichen Wetterschwankungen ist schwierig. Generell wird der Zusammenhang zwischen den stetig ansteigenden Emissionen⁷ seit Anfang des 19., besonders im 20. Jahrhundert und immer noch im 21. Jahrhundert infolge der sich rasant entwickelnden Industriegesellschaft und dem Klimawandel jedoch kaum noch in Frage gestellt.⁸ Die Konsequenzen für nachhaltige Vorsorgeleistungen für die heutigen und kommenden Generationen und einer neu zu gestaltenden Zukunftsgesellschaft sind erheblich.

3. Bei der **Umweltverschmutzung** besteht keinerlei Zweifel am Zusammenhang zwischen der

6 In der Literatur wird dieser Zeitraum nach den bisher vergangenen ca. 4,55 Mrd. Jahren Erdgeschichte auf 1,75 Mrd. Jahre geschätzt. Es „lohnt“ sich also, die Varianten künftiger Gesellschaftsmodelle tiefer zu durchdenken.

7 Von Kohlenstoffdioxid (hat den höchsten Anteil), Methan, Distickstoffmonoxid infolge Verbrennung fossiler Energien, durch Land- und Viehwirtschaft, Entwaldung.

8 Es ist die These verbreitet, daß mindestens 50% der Wettererscheinungen des Klimawandels vom Menschen verursacht sind.

Entwicklung der Produktionsweise und der gesellschaftlichen Verhältnisse und der ebenfalls seit Beginn des 19. Jahrhunderts enorm ansteigenden Verschmutzung von Wasser, Boden und Luft durch eine riesige Vielfalt und Menge gasförmiger, flüssiger und fester Abfallstoffe. Bei Produktion und Konsumtion entstehen zwangsläufig Entsorgungserfordernisse, die auf umweltfeindliche oder auf umweltfreundliche Art realisiert werden können. Die Jagd nach Profit über engstirnige Kostensenkung, aber auch ganz schlicht: fehlende Bildung und fehlendes Umweltbewußtsein, haben in den vergangenen zwei Jahrhunderten zu derart gravierenden Umweltverschmutzungen geführt, sodaß jetzt im 21. Jahrhundert entschieden auf eine Wende hingearbeitet werden muß. Zukunftsmodelle müssen diese Erfordernisse mit den bedingten Aufwendungen in sich einschließen.

4. Fehlende Verantwortung⁹ gegenüber der menschlichen Gesellschaft offenbart sich auch im Umgang mit den **Bodenschätzen und Rohstoffen** unserer Erde, die, dem zweifelhaften Wachstumsprinzip folgend, rücksichtslos ausgebeutet werden: zum Schaden der nachfolgenden Generationen, die ihren Bedarf nur noch unter schwierigsten und teuren Abbaubedingungen decken können und möglicherweise auf Verwüstungen und Umweltverschmutzungen zurückblicken müssen.

Um dem entgegenzuwirken, geht es bei der gesteuerten Entnahme von Bodenschätzen in erster Linie um die perspektivisch nachhaltige Abdeckung des Weltbedarfs an Rohstoffen, der gerechten Verteilung dieser Rohstoffe auf alle Völker, des gerechten Entgelts für die Staaten, die über Rohstoffaufkommen verfügen und diese exportieren, ohne daß Spekulationspreise den Markt dominieren. Es geht aber auch um einen gesteuerten Prozeß in allen Ländern der Welt, der die Gewinnung der Bodenschätze in bestmöglichem Einklang mit der Natur und der Landschaftsgestaltung garantiert.

5. Die Landschaftsgestaltung ist ein hervorragendes Kriterium dafür, ob sich eine Gesellschaft bzw. eine Region im Widerspruch oder im bestmöglichem Einklang mit der Natur und den menschlichen Ansprüchen befindet. Rücksichtsloses vom Profit gesteuertes Bauverhalten nimmt auf die Landschaft nur Rücksicht, wenn es den Profit nicht oder nur wenig schädigt, wenn es für das Bauobjekt und seine Vermarktung förderlich ist oder wenn es durch umweltorientierte amtliche Aktivitäten gezwungen wird. Profit und Bodenpreise spielen dabei eine wichtige Rolle. Freiwillige Rücksichtnahmen gibt es erfreulicherweise auch. Aber es gibt viel zu viele Beispiele einer profitgetriebenen massenhaften Bebauung, wobei ganze Landschaftsbereiche zubetoniert werden, ohne Rücksicht auf die Schönheit der Landschaft, auf die natürlichen Erfordernisse, auf die wirklichen menschlichen Bedürfnisse.

Stichworte für eine sinnvolle Landschafts- und Bodenordnung sind in diesem Zusammenhang u.a.: die geografische und flächenmäßige Verteilung der verschiedenen Nutzungsformen (Wohnen, private Freizeitobjekte, Hotels und Gaststätten, öffentliche Einrichtungen, gewerbliche Flächen verschiedenster Art, Verkehrsanlagen, landwirtschaftliche Nutzungsflächen, natürliche Gewässer, Wiesen, Wälder) ihre sinnvolle Integration, die Vermeidung unnötiger Versiegelung, die Vermeidung unnötiger Durchschneidung naturgeprägter Gebiete durch alle Arten von Trassen, die Standorte von Windkraftanlagen und anderen regenerativen Energieanlagen, die Standorte relevanter Wirtschaftsobjekte in Industrie und Landwirtschaft, der Erhalt der Artenvielfalt in Fauna und Flora, Ortsentwicklung in Stadt und Land, Pflege und Entwicklung von Ortskernen, Integration von Handel und Dienstleistungen, Beräumung nicht mehr genutzter oder verfallener Altobjekte, Standorte von Mülldeponien, usw.

9 Kapitalismus und Realsozialismus haben sich dabei vom Ergebnis her gesehen nicht unterschieden, wenn auch im Realsozialismus nicht profit- sondern systemsichernde Argumente, wie Abschneidung historischer Versorgungsbeziehungen, vom „Gegner aufgezwungene Situation“ oder „unbedingt Unabhängigkeit sichern“ eine Rolle spielten.

Die Lösung aller damit verbundenen Aufgaben muß außerdem immer mit dem landschaftskulturellen Aspekt verbunden sein, mit dem nötigen Respekt vor der Geschichte und allen Arten von Boden- und Baudenkmalern, selbstverständlich auch von Kirchengebäuden.

Dieser 5. Schwerpunkt bietet große Möglichkeiten für die Entwicklung zukunftsfähiger Lösungen und für regional- und kommunalnahe stabile Formen einer echten Mehrheitsdemokratie.

6. Zu einer weiteren Gefährdung der menschlichen Gesellschaft hat die zunehmende Knappheit an **Trinkwasser** geführt. Eine schnell ansteigende Zahl von Menschen auf der Erde ist von akutem Wassermangel bedroht. Ursachen sind der Klimawandel, die zunehmende Umweltverschmutzung, die in manchen Regionen der Welt zur hochgradigen Grundwasserverseuchung führt. Ursache ist aber auch die extensive Ausdehnung der Landwirtschaft in trockenen Zonen mit klimatisch bedingtem hohen Wasserbedarf, um Profitquellen oder auch nur um bescheidene Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen. Dadurch werden die regionalen Wasserreserven u.a. der noch vorhandenen natürlichen Gewässer und des Grundwassers überbeansprucht. Es kommt zu Trockenlegungen. Millionen von Menschen wohnen unter Slumbedingungen, die funktionierende Frisch- und Abwassersysteme nicht kennen. Im besten Fall gibt es irgendwo einen Wasserhahn auf der Straße für viele Menschen. Mit Trinkwasser werden Geschäfte gemacht.

In dieser Gemengelage ungelöster sozialer und technischer Probleme bahnen sich schwerwiegende Konflikte in den und zwischen den Ländern an.

7. Völlig absurd ist für das 21. Jahrhundert mit seinen Möglichkeiten des sozialen und technischen Fortschritts, daß auch der **Hunger** immer noch eine der Gefahren ist, die der Menschheit drohen. Erst durch internationale Nothilfen, oft mit großem Zeitverzug, können nur die schlimmsten Auswirkungen gemildert werden, wenn durch politische und kriegerische Unruhen, durch Trockenheit, durch Überschwemmungen, durch Mißernten die Vorräte an Nahrungsmitteln und an Saatgut zu Ende gehen. Die schreckliche Zahl der Hungertoten, besonders unter den Kindern, geht immer noch in die Hunderttausende. Besonders Afrika ist davon betroffen. Dieser Zustand gebietet, daß die Anstrengungen für eine ausreichende regional- und bedarfsnahe Lebensmittelproduktion im Eigenanbau der dort wohnenden Menschen bei gleichzeitigem Spekulationsverbot beim Handel mit Lebensmitteln und mit Anbauflächen intensiviert werden. Auch hierfür sind die entwickelten Industrieländer gefordert, nachhaltige Hilfen zu leisten, die zu einer dauerhaften Stabilisierung führen. Auch das kostet vielfältige politische und finanzielle Anstrengungen.

8. Im Ergebnis der bisher nicht bewältigten Problemfelder (vor allem Umweltverschmutzung, Trinkwassermangel, Mangel an Nahrungsmitteln) besteht die akute Gefahr des Auftretens **gefährlicher Epidemien und vielfältiger Mangelkrankheiten**, die für die befallenen Länder selbst, ihre Nachbarländer und für die ganze Welt höchste Aufmerksamkeit erfordern. In der heutigen modernen Zeit schnell hergestellter Kontakte zwischen den Menschen haben alte Vorstellungen von Entfernungen ihre Gültigkeit verloren. Um der Krankheiten¹⁰ Herr zu werden, müssen deshalb in allen Ländern, auch und erst recht in den unterentwickelten Ländern, mit Nachdruck und mit internationaler Unterstützung Gesundheitssysteme aufgebaut werden, die den Anforderungen unserer Zeit genügen.

9. Der Kampf gegen die Auswirkungen der Gefährdungsfaktoren auf Menschheit und Umwelt sowie die allmähliche Herausbildung einer Zukunftsgesellschaft zufrieden miteinander lebender Menschen kann nur gelingen, wenn allen die Möglichkeit gegeben wird, sich nach ihren persönlichen Fähigkeiten, Wünschen und Maßstäben zu bilden, um in ihrem Leben für sich und für die Gesellschaft Nützliches zu leisten. Eine **demokratisch-freiheitliche Bildung und Erziehung** der Menschen aller sozialer Schichten, aller Altersschichten, natürlich zuerst der Kinder und

10 Neben der Beseitigung der Defizite bei der Humanmedizin dürfte es angebracht sein, auch das internationale Systemniveau der Tiermedizin kritisch zu analysieren, um vor allem die Gefahr von Tierseuchen einzudämmen.

Jugendlichen, ist eine Aufgabe von hohem Rang. In allen Staaten besteht die Aufgabe, mit Einsatz entsprechender Mittel, diese Aufgabe anforderungsgerecht zu erfüllen, ohne die unvermeidliche Differenziertheit von Staat zu Staat¹¹ zu verkennen.

Dabei sind, in enger Verbindung der Vermittlung von Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen und ethischen Denkweisen, Menschheitsbilder zu fördern, die den Vorstellungen einer **humanistisch geprägten Toleranzgesellschaft** gerecht werden.

Die Vernachlässigung dieser Aufgabe führt zum Schaden für jeden einzelnen Menschen, aber auch zum Schaden für die ganze Gesellschaft. **Reduziertes ethisches Niveau birgt verstärkt die Gefahr** individueller und gesellschaftlicher Konflikte in sich, die sich bis zu Gefährdungen der öffentlichen Ordnung durch Vandalismus und Kriminalität und bis zu fundamentalistischen Exzessen ausweiten können.

10. Von großer Bedeutung für die Stabilität der Weltordnung, für die Gesellschaften der verschiedenen Staaten ist ihre **soziale Balance, ihre soziale Stabilität**. Mit der Herausbildung des gegenwärtig noch allmächtigen Finanzkapitalismus seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in unser 21. Jahrhundert hat sich eine weltweite Vermögensverteilung herausgebildet, bei der 10% der Bevölkerung 85% der Vermögen und demzufolge 90% der Bevölkerung nur über 15% der Vermögen verfügen. Von besonderem Charme für die Charakteristik der Machtverhältnisse dürfte der Hinweis sein, daß auf 1% der Weltbevölkerung 40% des Reichtums und auf 2% der Weltbevölkerung 50% entfallen, also das 2. Prozent verfügt „nur“ über 10% des Weltreichtums. Für diese 2% verwendet Krysmanski den Begriff Superklasse mit etwa 10-20000 Superreichen, angeführt von 3000 Milliardären mit einem Heer von Beratern, Sicherheitsleuten, Managern, Bankern, Lobbyisten, Bürokraten und befreundeten Politikern im Gefolge.¹²

Diese Zahlen sprechen für sich. Auf der einen Seite private Finanzmacht in Billionenmaßstäben, mit dem Volumen von Staatshaushalten bzw. über die Jahre aufgelaufener staatlicher Haushaltsschulden¹³, auf der anderen Seite ständig sinkende Vermögensanteile bei den Mittelschichten ganz zu schweigen von den Nullvermögensanteilen der untersten Schichten, selbst vor Rentenbeginn. Infolge der kapitalistischen Zinseszinspraxis verschärft sich dieser Widerspruch mit mathematischer Gesetzmäßigkeit ununterbrochen. Selbst gegen erbitterten Widerstand durchgesetzte progressive Steuermodelle können an dieser Grundwahrheit nur etwas mildern, aber nichts ändern. Die ständige Steigerung der Finanzmacht in wenigen Händen ist der Tod der demokratischen Selbstbestimmung der Bürger und Völker. **Ein solches System hat aufgrund der sich stapelnden Weltprobleme längst sein Existenzrecht verwirkt**. Die verschuldeten Demokratien von heute sind nur begrenzt demokratisch, solange sie die legalen, also die gesetzlichen, Spielregeln brav einhalten.

Der aufreibende und aufwendige Kampf um Mindestlöhne, um Lohn- und Gehaltsverbesserungen, um höhere Renten, um die Optimierung der Versicherungssysteme usw. bessert die Arbeits- und Lebensbedingungen nur partiell auf. Fast ist man geneigt, mit Brecht, Eisler und Busch zu sagen:“ Das ist der Pfennig, aber wo ist die ganze Mark“?¹⁴

Die billionenfache **Vorenthaltung von privatem Riesenvermögen** gegenüber den akuten globalen gesellschaftlichen Bedürfnissen ist zu mindesten ein genau so gravierender sozialer Widerspruch, wie die dauerhafte Tendenz zur „wettbewerblich und betriebswirtschaftlich bedingten“ **Untervergütung der breiten Masse arbeitender Menschen**, egal ob unselbständige oder

11 In der Bundesrepublik Deutschland müßte es heißen: von Bundesland zu Bundesland.

12 Die hier verwendeten Zahlen stammen fast ausschließlich vom Macht- und Reichtumsforscher H.J. Krysmanski. (aus Internet (fassadenkratzer.wordpress.com))

13 Andreas Popp und Rico Albrecht beziffern die Summe aller Staatsschulden der Welt auf 32 Billionen Euro. (aus Internet, wissensmanufaktur.net/plan-b)

14 Aus Bertold Brecht's Stück Die Mutter nach dem berühmten Roman von Maxim Gorki, mit der Musik von Hanns Eisler, gesungen von Ernst Busch (von 1951-57 im Berliner Ensemble auf dem Spielplan)

selbständige.

11. Das 20. Jahrhundert hat mit den beiden Weltkriegen kriegerisches Inferno auf die Erde gebracht, wie es sich die menschliche Phantasie früherer Jahre, selbst die Phantasie eines Jules Verne, nicht ausmalen konnte. Die Menschen von 1945, froh den 2. Weltkrieg überstanden zu haben, und die nachkommenden Generationen durften dann im 45 Jahre währenden Kalten Krieg zwischen den beiden Weltsystemen miterleben, wie mit der wechselseitigen Bedrohung mit Atomwaffen „der Frieden erhalten wurde“. Dann die Wende, das tiefe Durchatmen, der Realsozialismus liegt am Boden, doch der Frieden ist endgültig gesichert, wenigstens etwas. Aber Welch' eine Selbsttäuschung!

Obwohl es heißt, der moderne Imperialismus unserer Jahrzehnte bediene sich primär der Macht des Geldes, der damit schaffbaren finanziellen Abhängigkeiten und erst dann militärischer Mittel, so tritt diese letzte Variante schließlich noch zu viel zu häufig ein.

Wir leben immer noch in der Welt, die **ständig neue Kriege** hervorbringt: Zum besseren Zugriff auf Bodenschätze, zur Durchsetzung der westlichen Demokratie, zur Bekämpfung des Terrorismus, zur Verteidigung des Abendlandes, zur Schaffung von Anwendungs- und Erprobungsmöglichkeiten für profitreich produzierte Rüstungsgüter.¹⁵ Seit 1990 immer neue Kriege mit schon wieder Tausenden von Toten, auseinander brechenden Staaten, wirtschaftlichem Chaos, Drogen, mittelalterlichem religiösem Fanatismus, Bombenattentaten, Millionen von Flüchtlingen. Im Vergleich zum vorigen Jahrhundert sind es andere Kriege, aber immer noch Kriege.

Schuld haben natürlich immer die anderen.

Die große starke westliche Welt schafft es oder will es nicht, eine solche Politik und Diplomatie zu betreiben, damit auf **tiefem Respekt**¹⁶ vor dem anderen beruhende dauerhafte friedliche Beziehungen zwischen den Völkern entstehen. Sie hat die wirtschaftliche und militärische Macht, sie hat kluge Köpfe, aber sie kann es nicht! Sie will nicht einsehen, daß sich die Welt multipolar entwickelt.

Die Ursache ist ein wesentlicher Systemfehler der westlichen Demokratie. Es geht vordergründig immer um die Interessen einer kleinen Schicht. Mit ihrer Demokratie der Mächtigen, der Herrschenden, des Finanzkapitals ist sie sehr zufrieden. Die praktizierte Repräsentativdemokratie ist etwas fürs Schaufenster. Der Masse der Menschen wurde beigebracht: es ist alles furchtbar kompliziert, nur wenige Experten können das übersehen, es geht nicht anders.

Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft muß diesem Systemfehler jegliche Grundlage entziehen und **in Einklang mit der künftigen internationalen Entwicklung** militärische Aktionen und Kriege ein für allemal verdammen.

15 ..und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Ich wage nicht, diese fast zynische Feststellung im normalen Text unterzubringen. Aber diese ca. 80.000 Arbeitsplätze spielen in Deutschland tatsächlich eine Rolle. Dieser Fakt ist vorläufig nicht mit Antikriegshaltung aus der Welt zu schaffen.

16 Ich glaube, der Konflikt mit Rußland beruht auf dieser Nichtachtung des anderen. Haha, der Sozialismus hat verloren, nun machen wir mit Euch, was uns auf unserem neuen Ritt nach Osten zur Verbreitung westlicher Ideale gerade mal so einfällt, natürlich immer auf dem Boden der Gesetze. Wer sich jetzt wehrt, 25 Jahre danach, wütend, tolpatschig, mit bäriger russischer Diplomatie, hat selbstverständlich Unrecht.

Teil II

Meinungsäußerung zum Plan B

Zu Kurzfassung (Seiten 3-6)

Zu I. Der Rote Faden

Es fehlen hinreichend deutliche Hinweise auf die Dreieinigkeit von Sozialem, Ökologischem und Ökonomischem. Unökonomisches Verhalten hat wesentlich zum Untergang des Realsozialismus beigetragen. Ökonomie darf auch in einer Zukunftsgesellschaft nicht außer Acht gelassen werden. Zukunftsmodelle werden ohne Berücksichtigung der ökonomischen Erfordernisse zur nicht umsetzbaren Utopie. Hinter dem Text stellenweise immer noch vermutete Illusionen vom Verzicht auf Geld und Wertkategorien sind vorläufig und damit zumindest im 21. Jahrhundert nicht vertretbar.

Der Weg zu den notwendigen politischen Veränderungen bleibt noch zu oft im Dunkeln oder enthält zu viele vage Elemente. Die Einbeziehung aller Bürger in den Umbau kann auf Grund der Historie nur mit einer sorgfältig rechtlich definierten und zeitlich differenzierten Veränderung bzw. Modifizierung der Eigentumsverhältnisse gelingen.

Es wird der Anschein erweckt, als wollte die Linke allein an einem verbesserten Zukunftsprojekt arbeiten. Solange es ihr mehr oder weniger an breiter politischer Zustimmung mangelt, kann das Projekt natürlich auch als Richtschnur des politischen Handelns für die verschiedenen Tätigkeitsfelder der Partei dienen. Dennoch verstehe ich das Projekt vor allem als Plattform zur Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften, die eine bessere Zukunft wollen, auch mit anderen Parteien, mit denen eine „**Kooperation für die Zukunft**“ möglich wird.

Zu II. Umbau konkret

Bei der **Energiewende** sehe ich Restperspektiven der „Großen Vier“ als zentrale technische Dienstleister bei Aufbau und Wartung regenerativer Energieerzeugungsanlagen und künftiger Verteil- und Speicheranlagen, bei der Entwicklung weiterer innovativer Lösungen, ihre ehemalige monopolistische Macht ist jedoch eindeutig gebrochen.

Die öffentlichen Stadtwerke bzw. Stadtwerkeverbände werden im regionalen Maßstab eine bedeutende Rolle spielen, weil die dezentralisierte Stromerzeugung unmittelbar vor Ort nicht so lückenlos, wie dargestellt, gelingt. Sie sind kein Gegengewicht, sondern technisches Rückgrat der basisdemokratischen Energieerzeugung vor Ort. Sie sind außerdem ein wichtiger Bestandteil der regionalen/kommunalen öffentlichen Wirtschaft, die für mich ein wesentliches Stück Zukunft verkörpert.

Die in Deutschland forcierte Schließung der Atomkraftwerke ist mit internationalen Maßstäben gemessen immer noch eine Leistung mit Vorbildcharakter, wann folgen zumindestens die meisten anderen europäischen Länder?¹⁷ Die Tatsache einer völlig fehlenden Konzeption kann nicht einfach unter den Tisch gekehrt werden. Diese sich sicher über Jahrzehnte dahinschleppende Phase, wenn sie überhaupt erst mal in Gang kommt, wird mit Sicherheit parallel zum auslaufenden Prozeß der Braunkohlenverstromung in Deutschland ablaufen. Sicherheit bei der Stromversorgung und Vermeidung berechtigter Entschädigungsansprüche der Kraftwerksinvestoren sind auszubalancieren, um unnötige Kosten für den Staatshaushalt zu vermeiden. Mit „Revolution“ wird hier nichts zu machen sein.

Die Verbindung von energetischer Sanierung und Mieterhöhungen anzusprechen, ist richtig. Dieses

¹⁷ Ein jüngstes Beispiel von der britischen Insel: Während die Schotten Kurs auf regenerative Energien nehmen, stärken die Engländer ihre atomare Energieerzeugung.

Thema ist mit dem Thema der sozial vertretbaren Mieten verknüpft. Ich bin mit dem Gedanken beschäftigt, daß bei der Wohnungsvermietung strikere Mietgrenzen eingezogen werden müßten, die bei Beachtung des Kostendeckungsprinzips für Neubau, Erhalt und Betriebskosten die **Gewinnmargen deckeln**, nach dem Prinzip: wer sein Kapital in Mietwohnungen anlegt, investiert sicher in Daseinsfürsorge, die über viele Jahre konstante Nachfrage also auch konstante Einnahmen garantiert, die nicht auch noch nach Marktprinzipien gesteigert werden müssen.

Die heutigen SPD- Aktivitäten zur Einziehung von Mietobergrenzen und ihre Akzeptanz eines erfahrungsstatistisch¹⁸ begründetem Mietspiegel reichen mir bei weitem nicht und sind zu kapitaldienlich den üblichen Marktgesetzen unterworfen. **Die Chancen auf hohe Verwertung des herumvagabundierenden Finanzkapitals, das auf ständiger Betongoldsuche ist, müssen vermindert und strikt begrenzt werden.**

Die für 2050 prognostizierten durchgreifen Wandlungen in der **Industrie** werden hinsichtlich der charakterisierten Tendenzen geteilt: Weniger Ressourcenvergeudung, absoluter Rückgang des Verbrauchs von Energie und Rohstoffen, verstärkte Mitbestimmungsrechte, ordentliche Tariflöhne, Arbeitszeitverkürzung, keine Arbeitslosigkeit mehr, die Industrie ist nach wie vor ein wichtiges Standbein der Wertschöpfung in Deutschland und in einigen anderen Ländern Europas.

Das Konzept wirkt trotzdem überschwänglich, was die für 2050 anvisierten Ergebnisse betrifft. In Europa und in der Welt gesamt ist wohl alles gebremster zu betrachten, solange der zu erwartende Widerstand gegen Veränderungen vor allem durch das globale Finanzkapital nicht gebrochen ist.

Letzteres allein dürfte schon aus heutiger Sicht im Weltmaßstab etwa 30 Jahre, also bis 2050 andauern, selbst wenn Deutschland und Europa auf dem Wege staatlicher Regulierungsaktivitäten bis 2030 einiges erreicht haben.

Man könnte es bei dem vorliegenden Text annehmen. Da dieser Fakt aber nicht explizit formuliert ist, gehe ich davon aus, daß der **kapitalistische Mittelstand** als wesentlicher Motor für eine leistungsfähige Industrie auch im Sinne der Autoren von Plan B erhalten bleibt. Er gehört zur absehbaren Zukunft, seine demokratisch modifizierten gesellschaftlichen Entwicklungsformen werden sich erst nach 2050 weiter herausbilden. Jegliche verfrühten Aktionen und Zielstellungen verbieten sich auf grund realsozialistischer Erfahrungen von selbst. Außerdem werden durch richtiges politisches Verhalten in dieser Frage wichtige politische Weichen für die notwendige Zusammenarbeit gestellt.

Die Thesen zur **Mobilität** zum Zeitpunkt 2050 teile ich vor allem in der Hinsicht, daß sich ein großer Teil der Verkehrsmittel in öffentlichem Eigentum befindet, auch die Deutsche Bahn AG ist eine demokratisch kontrollierte Anstalt des öffentlichen Rechts geworden. Dafür müssen aber die politischen Aktivitäten in den kommenden Jahren wesentlich verstärkt werden.

Gemessen an den realen Möglichkeiten der Verbesserung der Verkehrsstruktur mit Verkehrsbauten, steuertechnischen Ausrüstungen und rollendem Material in Menge und Qualität wird erfahrungsgemäß angeraten, entsprechende Zeitziele vorsichtig anzugehen. (z.B. Der Bau von Hochgeschwindigkeitsstrecken in Deutschland und Europa, ein Netz von Nachtzügen oder ein Netz von Autotransportzügen, teilweise erfolgten gerade erst in jüngster Zeit Stilllegungen.)

Auch eine sozialverträglichere Gestaltung der Fahrpreise im Nahverkehrsbereich wird eine nur schrittweise zu erreichende Aufgabe sein, solange Haushaltszuschüsse für die Betriebsführung der Verkehrsbetriebe generell erforderlich sind.

Wertkategorien werden grundsätzlich nach wie vor eine große Rolle spielen, wenn nicht zur Gewinnerzielung, so doch zur effektiven Steuerung der Struktur der Verkehrsabläufe.

Gerade die Umgestaltung der **Agrarwirtschaft** kann zur Ausprägung regionaler Prozeßkreisläufe

¹⁸ Da werden Wohnungssuchende mit Wohnungsmangel zu bestimmten Mieten erpreßt und diese Mieten sind dann das erfahrungsstatistische Fundament für den Mietspiegel, um mit amtsernster Miene dem aufmüpfigen Mieter zu verkünden: Was wollen Sie denn? Andere Mieter zahlen doch auch diese Mieten!

und zur Stärkung der Basisdemokratie entscheidend beitragen und ist ein ganz wichtiger Entwicklungsstrang für viele Problemfelder, die die regionale Entwicklung betreffen. Die Formulierung vom Weltmarkt zum Wochenmarkt enthält richtige gewollte Tendenzen im Kampf gegen ungewollte Internationalisierung der Agrarwirtschaft und gegen Spekulation mit Nahrungsmitteln.

Dennoch ist diese Hervorhebung des Wochenmarktes übertrieben. Brandenburger Märkte z.B. bieten auch Erzeugnisse aus den Nachbarkreisen, aus anderen Bundesländern oder vielleicht auch aus anderen Ländern der EU an. Es geht doch wohl immer um regionale Kreisläufe für die vorrangige Bedarfsabdeckung, während es dem Bürger sicher nicht untersagt werden soll, nach seinem Geschmack und seinem Geldbeutel sich auch mit Produkten aus anderen Regionen zu versorgen. Der Spreewald kann eben nicht mit Apfelsinen und Valencia nicht mit Spreewälder Gewürzgurken aufwarten. Kampf gegen ausartende Globalwirtschaft darf nicht in Kampf gegen vernünftige internationale Arbeitsteilung ausarten, die auch für das globale wirtschaftliche Gleichgewicht der Zukunft vonnöten ist. Auch in 100 Jahren wird es keine Göttin geben, die über jedem Land die gewünschten Waren ohne Gegenleistung ausschüttet.

Die Aussagen zur Struktur des Bodeneigentums sind elementar wichtig. Es ist anzuraten, Konzeptionen für die Entwicklung größerer politischer Auseinandersetzungen vorzubereiten, um der breiten Öffentlichkeit das Problem bewußt zu machen. Im deutschen regionalen Maßstab bestehen gute Chancen, vor allem gegen ökologischen Mißbrauch und gegen das spekulative Großeigentum nichtlandwirtschaftlicher Akteure Front zu machen.

Zu III. Kräfteverhältnisse, Bündnisse & Durchsetzung

Im Abschnitt werden viele richtige Dinge formuliert. Aber es muß den Linken klar sein, daß sie bei der Bevölkerung wesentlich höhere Zustimmung als jetzt erreichen muß. Es ist auch eine Illusion, auf Dauer ohne erreichte stabile Zusammenarbeit¹⁹ mit SPD und Grünen zu meinen, ein Zukunftsmodell in Angriff zu nehmen und vorantreiben zu können. Dies ist eine außerordentlich wichtige Frage, vor der nicht ausgewichen werden darf.

Zu Plan B

Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau (Seiten 7-18)

Der Prologtext zum Abschnitt I dieses Kapitels verdichtet in sehr anschaulicherweise die Situation und Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung in der Welt. Die negativen Auswirkungen auf Natur und Gesellschaft sind gewaltig und zeigen die Dringlichkeit, die Phase des gegenwärtigen Finanzkapitalismus, zur Verdeutlichung im Text auch Feudalkapitalismus²⁰ genannt, möglichst schnell zu beenden.

Im Text wird festgestellt, daß es in der Welt keine kapitalistische Avantgarde, kein sozialistisches Modell gibt, denen man nacheifern könnte. Zu recht verweisen die Autoren aber auf Europa, von dem fortschrittliches ausgehen müßte. Aber es spielt in der Welt noch nicht seine mögliche Rolle. Hier drängt sich auf:

Die Bundesrepublik Deutschland, mit den bekannten Machtstrukturen eines modernen finanzkapitalistischen Staates mit großer wirtschaftlichen Stärke, mit immerhin beachtlichen, wenn auch begrenzten Möglichkeiten öffentlicher Meinungsäußerung, mit der realen Chance zur

19 Die Frage einer Koalitionsbildung auf Bundesebene ist damit nicht direkt betroffen, kann sich aber daraus entwickeln. Die potentiellen Bündnispartner müssen auf jeden Fall ohne Vorurteile und Angst voreinander die Fähigkeiten entwickeln, auf sachlicher Ebene über die Stufen künftiger Entwicklung miteinander zu reden. **Recht zu haben, hat dabei zunächst keiner für sich gepachtet.**

20 Ein mir durchaus sympathischer, öffentlichkeitswirksamer Kampfbegriff.

Weiterentwicklung der Demokratie, mit ihrer besonderen geschichtlichen Erfahrung eines realsozialistischen Nachbarn auf deutschem Territorium, mit einer Partei Die Linke und weiteren linken Strömungen ist dazu berufen, auch für den gesellschaftlichen Fortschritt in Europa voranzugehen und damit dem Ruf der Deutschen als Volk der Dichter und Denker²¹, also nach Goethe und Schiller, Marx und Engels und vielen anderen großen Humanisten wieder eine neue Aura des 21. Jahrhunderts zu geben.

Dessen sind sich die Autoren von Plan B vielleicht bewußt. Daraus ergibt sich dann die zwangsläufige Handlungskette: Etwas für die gesellschaftlichen Wandlungen in Deutschland erreichen, um es auf andere Länder in Europa und schließlich auch in der Welt zu übertragen. Entsprechend weit gefaßt sind die zu berücksichtigenden hemmenden oder förderlichen²² Bedingungen.

Zu Abschnitt I

Der rote Faden für den sozial-ökologischen Umbau

Der Grundgedanke, sich vom **Wachstumsmodell** zukünftig abzuwenden, und auf eine sozial und ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise umzustellen, ist für die weitere Menschheitsentwicklung richtig. Nicht nur, um die natürlichen Ressourcen schonend zu behandeln, sondern auch, um Bedingungen für eine neue humanistische Lebensweise zu ermöglichen, in der wirklich der Mensch im Mittelpunkt steht.

Da aber über einen sehr langen Zeitraum, ich schätze mindestens 100 Jahre, auch die ökonomischen Aspekte aus nationaler bzw. staatlicher und auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht noch eine „gleichberechtigte“ Rolle spielen werden und erst später zu einem sekundärem Meßfaktor werden können, wird es notwendig, dem Faktor Zeit viel größeres Augenmerk zu schenken.

Einem „revolutionärem Protestruf, was solange?“ möchte ich entgegenhalten: Geduld, Geduld, und nochmals Geduld und ins Gedächtnis rufen, daß die Welser und Fugger²³ schon seit dem 13. bzw. 14. Jahrhundert mit ihrer erfindungsreichen Handels- und Bankentätigkeit, mit ihren Bergbauaktivitäten, mit ihren Finanzierungshilfen für klamme Fürstenhöfe sehr konkret begonnen haben, den Kapitalismus für die Praxis zu entwickeln. Mit allen Auf und Ab hat sich dieses uns überkommene System nun schon seit ca. 800 Jahren, geboren im Schoße der Feudalgesellschaft, entwickelt, verfeinert, korrigiert und reformiert. Es verkörpert eine starke Leistungsfähigkeit, hohe Flexibilität und Erneuerungskraft und ist nicht mit einem revolutionärem Paukenschlag und auch nicht im Kurzzeitverfahren über 20/30 Jahre in seiner Ganzheit vom Sockel zu stoßen.²⁴ Diese vor allem im 20. Jahrhundert im und mit dem Realsozialismus vorhandene und heute noch herumgeisternde Hoffnung sollte begraben werden.

Eine Differenzierung dieser These wird erforderlich, wenn „nur“ die Frage nach dem globalen Finanzkapitalismus, dem modernen Feudalkapitalismus, der „Speerspitze“ des heutigen Kapitalismus gestellt wird. Es ist sicher ein dringendes Gebot der Gegenwart, dieses Ziel in 20-30 Jahren zu schaffen. Auf grund der vielseitigen starken Strömungen gegen den globalen Finanzkapitalismus bin ich geneigt, dieses Zeitziel für realisierbar zu halten.

21 Eine gesunde, unverfälschte Beziehung zum Nationalen schadet den Linken überhaupt nicht.

22 Der Protest linker Kräfte in den europäischen Südländern gegen die einseitige Sparpolitik von Brüssel und von der deutschen Regierung ist z.B. eine förderliche Bedingung.

23 Die Welser sind tatsächlich historisch früher als die Fugger aktiv geworden, deshalb hier die andere ungewohnte Reihenfolge.

24 Ich bin geneigt zu formulieren, einzelne Regimes als staatliche Systemekönnen bei einem revolutionären Ereignis entmachtet werden, der Kapitalismus als die Produktionsweise einer Gesellschaft kommt aber immer wieder, solange nicht etwas wirklich Besseres im gesellschaftlichen Erneuerungsprozeß geboren und durch demokratische Legitimation behauptet wird.

Zu Abschnitt I

Globales Recht statt Plünderung des Planeten

Es ist der zu recht gesetzte Ausgangspunkt: Die Teilung der Welt in 2 große Ländergruppen. Die Industrieländer sind vor allem mit sozialen und wirtschaftlichen Problemen, wie Vermögensverteilung und soziale Balance, Armut, Löhne und Gehälter, Arbeitslosigkeit, Jugendentwicklung, Bildung und Erziehung, Entwicklung und Erhalt der Infrastruktur aller öffentlichen Bereiche, Außenpolitik, Vermeidung militärischer Konflikte usw. konfrontiert. In Abhängigkeit von der geographischen Lage kennen aber auch sie die Folgen von Naturkatastrophen, des Klimawandels, der Umweltverschmutzung, des Rohstoffmangels, der negativen Einflüsse auf die Natur- und Landschaftsgestaltung, nicht zuletzt von Kriegen. Die den Industrieländern von den Autoren gegenüber gestellten „Länder im globalen Süden“ leiden aus meteorologischen Gründen vor allem unter den Folgen des von den Industrieländern²⁵ vorrangig verursachten Klimawandels. Sie sind zugleich im Ergebnis der bisherigen Geschichte die wirtschaftlich schwächsten, um sich gegen die Folgen des Klimawandels ausreichend mit Vorsorge- und Schutzmaßnahmen wehren zu können. Sie sind zugleich und in viel größerer Dimension mit allen Problemen eines rückständigen Lebens belastet, obendrein mit Kriegen, Chaos, Flucht. Die Autoren leiten daraus eine ökologische Schuld der Industrieländer gegenüber den Ländern des globalen Südens ab. Aber ist sie wirklich einklagbar?

Die Sachlage scheint klar definiert zu sein. Dennoch ist zu beachten, daß der letztlich geforderte berühmte deutsche Steuerzahler, also ein potentieller Wähler, als oft geschröpfter Bürger nicht ohne weiteres bereit ist, immer neuen Zahlungen in den EU-Bereich und darüber hinaus in andere internationale Krisengebiete, auch in die globalen Südländer, zuzustimmen. Auch moralische Argumente nützen da nicht viel. Diejenige politische Kraft, die zu oft versucht, gegen diesen Trend anzugehen, wird mit Stimmenentzug bestraft.

Den Lösungsansatz sehe ich nicht in „Einzelüberweisungen“ von Hilfsbeträgen, sondern in einer straff organisierten, demokratisch kontrollierten staatlichen Aktion:

a) Die Länder der EU, dabei auch die BRD, übernehmen für definierte Länder eine Art **Länderpatenschaft**²⁶, in deren Rahmen alle Probleme der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung durch solidarische Beratung und Hilfe einer Lösung zugeführt werden. Nur für eindeutige Projekte (Thema, Zielparame-ter, Ort, Termine, Verantwortung usw.) werden zum An-schub zweckgebundene Mittel bereitgestellt und wird aber auch ihre Verwendung kontrolliert. Abfluß von Mitteln in unkontrollierbare Fonds und in dunkle Kanäle muß rigoros verhindert werden. Es wird nicht als negativ betrachtet, wenn gleichzeitig unternehmerische Aktivitäten weiterlaufen oder neu einsetzen, die förderliche Wirkung auf die jeweiligen nationalen Volkswirtschaften haben.

b) Die EU wirkt über ihre Zusammenarbeit mit der UN und anderen Ländern bzw. Ländervereinigungen dahin, daß auch andere fortgeschrittene Länder der Welt solche Patenschaften übernehmen, wie z.B. die voranschreitenden BRISC-Staaten, sodaß letztlich für alle unterentwickelten Staaten solche Patenschaften entstehen, deren Regierungen für eine friedliche zukunftsorientierte verbindliche Zusammenarbeit bereit sind.

Linke und Grüne als die jetzigen Oppositionsparteien sollten für ein solches Herangehen ein Konzept erarbeiten, das schon in der nahen Zukunft praktische Veränderungen in der Außenpolitik der BRD ermöglicht. Das könnte m.E. ein politisches Großthema werden.

Eine solche Politik führt am besten dahin, nicht durch Überbetonung von Schuld und Nichtschuld

25 Auch die Schwellenländer spielen dabei zunehmend eine starke Rolle.

26 Auf Basis klarer vertraglicher Regelungen mit eindeutigen Verbindlichkeiten für beide Seiten als Grundlage für eine effektive Zusammenarbeit. Nur so besteht die Chance, vom deutschen Wähler größere Unterstützung für solche Projekte zu erlangen, die solidarischen Charakter tragen aber nicht ins Himmelblaue hinein organisiert werden.

neue Konflikte zu schüren, sondern durch vorausschauende Unterstützung über einen längeren Zeitraum, finanziert²⁷ durch die Betreuerländer, die betreffenden Länder zu befähigen, schließlich aus eigener Kraft die Zukunft zu gestalten und die Weltordnung generell zu verbessern. Dazu gehört auch, daß die in diesen Ländern vorhandenen Rohstoffe umwelt- und menschenfreundlich gefördert werden, daß die damit erzielbaren Erlöse, vor allem für Investitionen zum Allgemeinwohl der betreffenden Länder eingesetzt werden. Alle dem heute noch widersprechenden gesetzlichen und vertraglichen Regelungen sind zu korrigieren.

Im Schlußteil dieses Abschnitts wird die rhetorische Frage aufgeworfen, ob es richtig sei, als einzelner Staat wie Deutschland beim Kampf gegen den Klimawandel voranzuschreiten. Natürlich ist es richtig. Vorbilder werden immer gebraucht, außerdem ist dies für den deutschen Ruf in der Welt und für die deutsche Wirtschaft nur gut.

Aber auch der Voranschreitende hat die Pflicht, im Interesse des Erfolgs und der Durchsetzung der Maßnahmen, die Einheit von ökologischen und ökonomischen Aspekten zu beachten. Gerade die dabei entwickelten in der Wirtschaft verankerten Lösungen finden Nachahmer. Ich bin für gesteuerte Forcierung der erforderlichen Maßnahmen, aber auch dafür, daß sich im Alltagsablauf die „Maßnahmen rechnen“. Beide Aspekte dürfen sich nicht ausschließen.

Zu Abschnitt I

Gleichheit statt Klassenspaltung

Das einleitende Untermotto „Das Falsche verteuern, das Richtige belohnen, allen Menschen die Chance zu ökologischem Verhalten eröffnen“ wirkt auf mich abgehoben, als wäre die Machtfrage mehr oder weniger schon geklärt, der Satz klingt beinahe wie aus dem Lösungsrepertoire des Realsozialismus.²⁸

Das Hauptmotto „Gleichheit statt Klassenspaltung“ führt dagegen richtigerweise zur wichtigen Steuerfrage, die noch stärker in den Mittelpunkt zu rücken ist. Sie ist seit Jahren aktuelles politisches Kampffeld und muß hartnäckig weiterverfolgt werden. Sie ist vielfältig mit der Einflußnahme auf die ökologischen Entwicklungsziele verknüpfbar.

Realistische Schätzungen verdeutlichen, daß Deutschland die Chance hat, durch Korrekturen am bisherigen Steuersystem und durch mehr Konsequenz bei der Steuerrealisierung das jährliche Steueraufkommen schrittweise um bis zu ca. 100 Mrd. Euro²⁹ zu erhöhen, ohne dabei vermutete andere operative Reserven einzurechnen, über die der Finanzminister am besten Bescheid weiß. Dazu gehören neben der Veränderung der Einkommenssteuer, einer Steuer auf Finanzgeschäfte auch eine grundlegende, schon lange auf der Agenda stehende Revision des Systems der Mehrwertsteuer, die bezüglich des steuerlichen Gesamtaufkommens zumindest indifferent sein sollte³⁰, mit steuerlichen Vorteilen für den „Normalverbraucher“.

Sie bietet generell u.a. hervorragende Möglichkeiten, neben der erhöhten Verwertung des Kaufs von Luxusgütern und der sozialen Bevorteilung von Warenkäufen und von Leistungen im Rahmen des normalen Grundbedarfs, durch erhöhte Mehrwertsteuersätze den Verkauf von Waren und Leistungen mit unerwünschten ökologischen Nebenwirkungen zu drosseln. Solche Wege

27 Die Finanzierung der eingesetzten Berater sollte generell durch die BRD getragen werden. Wie weit spezielle Investitionsvorhaben ganz oder teilweise, geschenkt oder kreditiert werden, unterliegt den Einzelentscheidungen.

28 Im Text wird auf Seite 12 ein einigermaßen gut betuchtes Mittelschichtbeispiel mit Eigenheim, Photovoltaikanlage auf dem Dach, Hybridauto und BIO-Einkäufen quasi als „So nicht-Beispiel“ angeführt. Ich würde dies nicht tun und auch diese Bürger als potentielle Verbündete betrachten.

29 z.B. 20 Mrd. Euro aus der 1%-Steuer auf Vermögen ab 1 Mio Euro; 17- 88 Mrd. aus der Transaktionssteuer; ca. 10 Mrd. aus der Bekämpfung von Steuervermeidung und – hinterziehung.

30 Um nicht das staatliche Steueraufkommen im Interesse der linken Projekte zu schädigen, aber auch um den noch regierenden Parteien den Wind aus den Segel zu nehmen.

ökologischer Steuerung verursachen allerdings sehr schnell die Notwendigkeit, die gesetzliche Installation entsprechender Maßnahmen einheitlich im Rahmen der EU anzugehen, um unnötige Marktturbulenzen zu vermeiden.

Erhöhtes staatliches Steueraufkommen bietet die Chance, soziale und auch ökologische Erfordernisse steuerlich zu unterstützen, wo Eigenfinanzierung aus sozialen, aber auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht oder nur erschwert möglich ist. Steuerliche Beeinflussung, also durch Steuerdifferenzierung und Zuwendungen aus steuerlichen Mitteln, ist für mich die bevorzugte Variante der Förderung erforderlicher ökologischer Maßnahmen. Subventionen sind an differenzierende Kriterien der besseren betrieblichen Energie- und Rohstoffeffektivität zu knüpfen und befristet möglich. Subventionen an Unternehmen gehören deshalb nicht von vornherein auf eine Streichliste, die Autoren dieses Abschnitts sehen das offensichtlich auch so.

Nationale ökologische Steuerung über die Preise stößt sofort auf den globalen Charakter des Rohstoffmarktes und der an ihn gebundenen Preisbildung und ist erst in einer späteren Phase des globalen Umwandlungsprozesses angebar. Dazu müssen im Weltmaßstab für das Vorgehen einheitliche Standpunkte entwickelt werden, die den globalen Interessen der Welt an einer nachhaltigen Reserve noch mit verträglichen Kosten förderbarer Rohstoffe, der rohstoffliefernden Länder an hinreichender Ertragsteilnahme und der rohstoffverbrauchenden Länder an zu bewältigenden Einkaufspreisen gerecht werden.

Und dann beginnt der Kampf um die Durchsetzung!

Gegenwärtig sehe ich in erster Linie die Chance einer ökologisch beeinflussten Preisbildung durch die herstellenden Betriebe selbst, die solche Faktoren, wie Energieverbrauch bei Nutzung der Produkte, Kostensenkung durch gesenkte Energie-, Rohstoff- und Verpackungskosten bei der Herstellung, geringeres Eigengewicht bzw. Volumen des Fertigproduktes, in den Wettbewerbspreis noch zielbewußter einkalkulieren, vielleicht auch den Gütestempel ausgewiesener wissenschaftlicher Prüfeinrichtungen, die nicht nur in Deutschland beheimatet sein müssen.

Zu Abschnitt I

Garantierte Teilnahme statt ständige Unsicherheit

Die Schilderung des angestrebten sozial-ökologischen Umbaus führt die Autoren zur Frage "Wie viel Konsum und Naturverbrauch brauchen wir, um glücklich zu sein?" Dem schließt sich u.a. die Feststellung an: " Statt immer mehr Reichtum für wenige Menschen wollen wir ein gutes Leben für alle."

Angesichts der anvisierten großen gesellschaftlichen Veränderungen ist mir der Pathos dieser Formulierungen verständlich. Mir würde es aber reichen, wenn für „glücklich“ „zufrieden“ gesagt werden würde, Der Begriff „glücklich“ hat politisch stark unter Abnutzung gelitten, er hat für mich auch etwas von politisch verordnetem Dauerfrohsinn, der mal in einer fernen Zukunft erreicht ist, wo Menschen lächelnd zur Arbeit schreiten.³¹ Glücksempfinden gibt es doch nur in ganz wenigen Lebensphasen eines Menschen und hat weniger etwas mit einem Gesellschaftssystem zu tun. Zum angestrebten guten Leben für alle möchte ich bemerken: ja, das wollen wir, aber nicht mit dem irgendwie herumgeisternden Hintergedanken, daß sich in dieses gute Leben, sozusagen von hintenherum, fehlender ausreichender Leistungsanreiz, Rückgang von Innovationen, Gleichförmigkeit in Konsum und Kultur, Langeweile, hineinschleicht. **Die nach wie vor wache und zu befriedigende individuelle Interessiertheit der einzelnen Personen bleibt die Bedingung auch eines künftig gewandelten Gesellschaftsmodells.** Das Gegenteil davon war einer der entscheidenden Gründe für das Scheitern der DDR. Dieser Hintergedanke wird im Text nicht ausgesprochen. Er spukt aber massenhaft in den Köpfen sehr vieler Menschen herum.

31 Als Ergebnis einer deutschen Studie wurde im März 2015 bekanntgegeben, daß sich etwa 1/7 der Beschäftigten mit ihrer Arbeit sehr verbunden fühlen, ein Großteil macht Dienst nach Vorschrift, man geht jobben.

Deshalb wird es in Zukunft bei jedem politischen Werben für Plan B notwendig sein, immer wieder und immer wieder zu erklären, was man unter gutem Leben in Zukunft versteht: Kein utopistisches Schlaraffenland³², wo Milch und Honig für jeden nach seinen Bedürfnissen fließen, Trägheit und Faulheit an allen Ecken anzutreffen sind, sondern eine humanistische Welt, in der alle Menschen ein gleichberechtigtes Leben führen können, gegenüber ihren Mitmenschen auch Pflichten und eine Verantwortung haben, dafür etwas leisten **müssen**³³, was ihren Wünschen und Möglichkeiten entspricht, **und für diesen Einsatz eine leistungsgerechte Vergütung erhalten**. Nur so werden in einer solchen Gesellschaft summarisch auch die Leistungen erbracht, die für das Funktionieren dieser Gesellschaft vonnöten sind. Mit anderen Worten, **auch bei einem Zukunftsmodell muß die Bilanz stimmen**, müssen Nachfrage und Aufkommen von Produkten und Leistungen in der Balance sein.

Im Text ist berechtigterweise von der Angst vor dem ökologischen Wandel die Rede³⁴. Diese Angst wird vor allem als Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes interpretiert. Und damit ist die Größe des zu bewältigenden Problems umrissen. Der Umbau der Produktions- und Lebensweise erfordert eine heute noch unübersehbare Vielzahl struktureller Veränderungen, die nur in einem jahrzehntelangen Prozeß des klugen Nacheinander und Nebeneinander, mit einer Vielzahl von Veränderungs- und Stabilisierungsschritten ohne nennenswerte Störungen der gesellschaftlichen Abläufe bewältigt werden können. Bei den unbedingt zu verhindernden Störungen geht es nicht um Bagatellereignisse, die relativ leicht und schnell abgefangen werden können.

Es geht um gravierende Störungen (Fehlen von Arbeitsplätzen, sinkende Einkommen, Versorgungslücken, Störungen in der Infrastruktur), die über längere Zeiträume die gesellschaftliche Balance gefährden und zu einem großen Roll Back der Wandlungsprozesse führen können. Deshalb ist dieser Prozeß äußerst verantwortungsvoll anzugehen. Die Umsetzung auch einer gereiften Konzeption ist immer wieder demokratisch zu hinterfragen. In Rückkopplung auf die realen Praxisereignisse sind wiederum die Konzeptionen zu aktualisieren.

Als Rückgrat des vor uns liegenden Transformationsprozesses sehe ich deshalb **erstens** das Erfordernis, den Strukturwandel so zu steuern, daß das Arbeitsplatzangebot stabil gehalten wird: Abbau erst dann, wenn gleichzeitig oder im Rahmen maximal zweijähriger³⁵ Übergangszeiten neue Arbeitsplätze entstehen. Und das ganze im Rahmen einer maximal bundesländermäßigen Bilanzierung der Arbeitsplätze, noch besser auf Ebene der Landkreise, um Zwänge zu langen Arbeitswegen oder gar zum Wohnungswechsel zu minimieren.

Zweitens wird es als Erfordernis angesehen, darüber hinaus allen öffentlichen und privaten Unternehmen mit Aufgaben für die öffentliche Daseinsfürsorge, für die inländische Versorgung mit Gütern und Leistungen aller Art und für den deutschen Export zur Sicherung der deutschen Außenhandelsbilanz die nötige wirtschaftspolitische Aufmerksamkeit zu widmen, damit ihre wirtschaftliche Leistungsentwicklung den Erfordernissen der sich wandelnden Gesellschaft stets gerecht wird. D.h. alle Veränderungsschritte müssen durchdacht und abgewogen verlaufen, damit kein wirtschaftlicher Schaden eintritt.

Ohne Stabilität des Arbeitsplatzangebotes und der deutschen Realwirtschaft können gravierende Neuerungen wie Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit, neue Lohn- und

32 So ungefähr wird vom durchschnittlich gebildeten Bundesbürger mit „BILD-Zusatzstudium“ der Kommunismus in seiner friedlichen Variante erklärt.

33 Nur besonders edle Gutmenschen, Idealisten, die aber lange Zeit die Ausnahme sein werden, **wollen** das auch.

34 Warum nur Angst vor dem ökologischem Wandel? Es ist doch die Angst vor dem angestrebten ganzen Paket, dem sozial-ökologischen Wandel, der in der Tat viel mehr als eine Reform ist und von der breiten Masse der Bevölkerung bei Öffentlichkeitsstart zunächst mit großer Skepsis betrachtet werden dürfte. Diese Bewußtseinsrealitäten müssen einkalkuliert werden, wenn ernsthafte Veränderungen der Gesellschaftsstrukturen verfolgt werden.

35 Zeiträume, die auch für profilerweiternde Weiterbildungsmaßnahmen genutzt werden können.

Gehaltsstrukturen, endgültige Aufhebung der Unterschiede zwischen Frauen- und Männerarbeit, erhöhte Mitbestimmung, Umsetzung neuer Tätigkeitsstrukturen (Erwerbsarbeit, Reproduktion, kulturelle Arbeit, politische Arbeit) nicht durchgesetzt werden und bleiben weitestgehend Theorie.

Zu Abschnitt I

Politische Lenkung statt schrankenloser Markt

Die in diesem Abschnitt erneut angesprochene Frage der Effizienzsteuerung in Fragen Energie, Ökologie und Rohstoffe ist, wie richtig festgestellt, von dem albernen Vorwurf versuchter Planwirtschaft freizustellen. Wie auch von klugen Industrievertretern gefordert, muß die staatliche Rahmenplanung und wissenschaftlich gestützte Forschung und Lenkung viel aktiver werden und zur fundierten technischen Orientierung beitragen. „Aber auch Markt und Wettbewerb werden weiterhin eine wichtige Rolle spielen“, wie die Autoren zu recht sagen. Es müssen effiziente Formen der Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten entwickelt werden. Es wird in dieser Frage keine administrativen Weisungen wie im Realsozialismus geben, aber einen Lenkungsprozeß, der Innovationshorizonte eröffnet und den Unternehmen Anregungen gibt, wo sie technisch aufholen müssen und wie sie im Wettbewerb besser bestehen können. Hierbei auftretende Mängel werden nicht staatlich, sondern nur durch den Markt „geahndet“.

In den Ausführungen auf Seite 17 kommt in sehr klarer Form jene Linie zum Ausdruck, die ich im wesentlichen teile. z. B. Mit solchen Sätzen wie „Auch in unserer Perspektive sind und bleiben private Unternehmensformen wichtig“. Oder „Der Finanzsektor muß wieder auf seine Dienstleistungsfunktion für die Realwirtschaft zurückgeführt werden“. oder „Warum rechtfertigen nur Kriege und Finanzkrisen außergewöhnliche Schritte?“ oder „Wieso werden soziale oder ökologische Verwerfungen in der Gesellschaft nicht als **systemrelevant** bewertet und korrigiert“? Diese Formulierungen geben eine gute perspektivische Orientierung für den Plan B und können in der heutigen Auseinandersetzung wirkungsvoll eingesetzt werden. Die Autoren dieses Abschnitts haben nach meinem Empfinden bereits ein sehr realistisches Maß von „Zukunftsfeeling“ für die zu bewältigenden Wandlungsprozesse erreicht.

Zu Abschnitt I

Mehr Demokratie statt Kungelei in Hinterzimmern

„Eine tiefgreifende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kann nicht von oben verordnet werden.“ Diesen einleitende Satz stimmt natürlich - bis auf die Tatsache, daß die, die tiefgreifende Veränderungen wollen, lange nicht oben³⁶ sind.

Der zu beschreitende Weg nach oben ist so kompliziert, so mit schmerzhaften Erfahrungen von Hoffnung und Enttäuschung gepflastert, daß allen daran beteiligten, schon aus Vernunftgründen, sowieso nur der Weg demokratischer Teilnahme und Mitbestimmung als der einzig gangbare erscheint.

Auf dem Weg „nach oben“ hat Die Linke schon ein Stück des Weges zurückgelegt, wenn sie auch von der klassischen Machtposition als Regierungspartei oder abgestuft als Koalitionspartei noch weit entfernt ist. Wird es im Bundesmaßstab jemals dazu kommen? Die gegenwärtigen Zeichen in Thüringen, in Griechenland, die Vorzeichen in Spanien, Portugal lassen diese Frage nicht mehr als reine Utopie erscheinen. Die breite Masse der Menschen in vielen europäischen Staaten scheint eher geneigt, die politische Reißlinie zu ziehen, weil sie neoliberalen Kapitalismus, konserviert und aufbewahrt von den Grenen der EU, in Überdosierung erleben.

36 In einer repräsentativen Demokratie muß „oben“ nicht nur als eine im Zenit der Macht stehende Partei mit absoluter Stimmenmehrheit verstanden werden. Bei einer optimistischen Interpretation beginnt „oben“ schon mit der Teilnahme an der öffentlichen Meinungsbildung, mit der Arbeit an gesetzgeberischen Entwürfen, mit dem Versuch der Gewinnung von Mehrheiten.

Aber Fakt ist auch, daß - trotz der sich zweifellos auch in Deutschland stetig verstärkenden linken Auffassungen und Urteile über den heutigen Kapitalismus – die adäquate Bereitschaft zu entsprechenden politischen Handlungen, beginnend mit der Wahlteilnahme überhaupt und mit der „richtigen“ Wahl der Parteien noch fehlt. Obwohl die „Wohlstandsdecke“ immer ungleichmäßiger und teilweise brüchig über die Bundesrepublik ausgebreitet ist, klammert sich der typische Bundesbürger an seine Verhältnisse und tröstet sich mit dem Gedanken, daß es anderen schlechter geht. Das zu verändern, ist eine besonders schwierige Aufgabe der Linken.

Der vorliegende Abschnitt hat den besonderen Vorzug, daß er eine Reihe schon heute gegebener rechtlicher Möglichkeiten detailliert, Demokratisierungsprozesse in Gang zu setzen, die für die Schaffung von gesellschaftlichen Innovationen wichtige Voraussetzung sind.

Also es steckt mehr Potential in der künftigen Entwicklung als fatalistische Auffassungen für möglich halten.

Zu Abschnitt II

Das Rote Projekt konkret (Seiten 19 – 41)

Den Autoren ist es gelungen, für die ausgewählten 4 Schwerpunkte des sozial-ökologischen Umbaus für das anvisierte Jahr 2050 insgesamt schon realistisch anmutende konkrete Zukunftsbilder zu zeichnen. Mein Gesamturteil ist dafür vollste Anerkennung. Die Autoren veranschaulichen, daß es sich lohnt, zielstrebig auf die Verwirklichung dieser Ziele hinzuarbeiten. Damit wird es zusehends wichtiger, die Standpunkte über die Schritte dahin weiter zu entwickeln und zu verfeinern. Ich beschränke mich dazu auf einige hervorhebenswerte Aspekte.

Energie: Millionen statt Vier (Seiten 19 – 25)

Zum Umbau der Stromversorgung

Hat die Strombörse wirklich eine so starke Rolle gespielt, daß sie zu Fehlinvestitionen in neue Braunkohlenkraftwerke führte? (Seite19)

Ich glaube, die Ursache war vor allem ein Gemisch von Motiven, aus Sicht der Großen Vier, etwas für den Erhalt der Konzerne und die Gewinnperspektiven zu tun, und der eklatanten Mängel bei der staatlichen Steuerung der Energiewende hinsichtlich der Wege zur Abdeckung der erforderlichen Grundlasten. Auch die öffentlichen und die Parteienkommentare vermittelten wenig Klarheit, damit der normale Bürger der Sachlage und den politischen Argumentationen so richtig folgen konnte. Das hat auch die Opposition nicht geschafft.

Versagt hat aber vor allem die staatliche Lenkung der Bundesrepublik, der es nicht gelang, für einen zweifellos technisch und volkswirtschaftlich schwierigen Systemwandel, früh genug die richtigen Zeichen zu setzen. Was mag die Ursache gewesen sein? Immer noch der herumgeisternde Irrglaube, staatliche Lenkung durch den kapitalistischen Staat sei ein Unding³⁷, daraus resultierender fehlender Wille, sich gegenüber den Konzernen durchzusetzen, fehlende Qualifikation der Fachleute und Unfähigkeit, komplexe Prozesse zu organisieren, wird zu viel dazwischen geredet?

Dieser Umstand müßte durch die Experten der Linken noch näher belegt werden, um zu demonstrieren, daß die Linken auch auf diesem schwierigen Feld über Qualitäten verfügen. In dieses Problemfeld paßt die Wirrnis bei der zeitlichen Koordinierung des Windkraftanlagenbaues auf Land und Offshore mit den Maßnahmen zur Stromableitung, bei der Trassenplanung durch die deutschen Lande, ganz zu schweigen von der volkswirtschaftlich offenen Flanke beim Fastzusammenbruch der schnell aufgeblühten deutschen Photovoltaik-Industrie.

37 Fast erscheint es, als wären die politisch Verantwortlichen erschrocken, jetzt etwas tun zu müssen, was nach verteufelter DDR riecht, erschrocken von der Erkenntnis, daß die Selbstheilungskräfte der Marktwirtschaft offenbar doch ihre Grenzen haben.

Eine wesentliche Ursache war sicher auch die politisch beeinflusste Neigung der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die regionalen dezentralen, demokratienahen Formen der Stromerzeugung klein zu halten. Aber gerade die werden sich zu einem höchst wichtigen Faktor der Energieerzeugung entwickeln und wesentlich zum Rückgang der einstigen Vormachtrolle der Großen Vier beitragen. Die regionalen Grundlastfähigkeiten werden sich sukzessive immer mehr verbessern.

Trotz dieser Tatsachen wird es nicht möglich sein, die BKW in einem historischem Schnellablauf einfach zu schließen. Ich verknüpfe für eine diesbezügliche politische Entscheidung vor allem folgende Thesen miteinander:

a) Die Bundesregierung sollte für ihren international und vor allem für Europa beispielgebenden Entschluß, nach der Fukushima-Katastrophe mit den AKW in Deutschland Schluß zu machen, trotz ihres Zitterns und Zagens **gelobt**³⁸ werden. Der politische Wert eines gegebenen Anstoßes ist nicht zu unterschätzen. Nur wenige Regierungen auf der Welt haben das bisher gewagt.

Dies muß allerdings mit der Konsequenz verbunden werden, daß die fristgerechte Schließung der noch in Betrieb befindlichen 9 AKW demokratisch, d.h. wachsam kontrolliert und möglichst beschleunigt wird und der gesamte Rückbau- und Abwicklungsvorgang, incl. der Dauerentsorgung radioaktiver Reststoffe, frei von staatlichen Subventionen und Entschädigungsleistungen bleibt.³⁹ Es bleibt aber die Fürsorgepflicht für die neu zu schaffenden Arbeitsplätze.

Gleichzeitig sollte von der Bundesregierung gefordert werden, daß im Zusammenwirken mit der EU auch in den bisher nicht entschlossenen Ländern⁴⁰ der EU ein Programm zum Abbau der AKW und zur Verhinderung weiterer Neubauten gestartet wird. Zur Verdeutlichung der Schwierigkeit dieser Aufgabe möchte ich die Vermutung aussprechen, daß auf grund der widersprüchlichen Auffassungen in der EU und der erst mal gegebenen Tendenz der Nichteinigung allein die Fertigstellung eines solchen Programms die Jahre bis 2025⁴¹ beanspruchen wird und die eigentlichen Realisierungszeiträume weit in die 2. Hälfte dieses Jahrhunderts hineinreichen werden. Um 2100 werden zumindest noch stillgelegte AKW darauf warten, abgebaut zu werden. Vielleicht gibt es zu diesem Zeitpunkt dann auch in allen europäischen Ländern demokratisch und administrativ legitimierte Endlagerstätten. Das Ganze ist ein politischer und wirtschaftlicher Dauerbrenner, der die Energiewende als Problemhintergrund und finanziell noch lange beeinflussen wird. Im grunde genommen ist die Abschaltung der AKW der erste Teil der Energiewende, die auf grund ihrer technischen Beschaffenheit in aller Konsequenz länger dauert als es bei der klimaorientierten Energiewende der Fall ist.⁴²

b) Diesen ersten Teil der Energiewende sollte man also niemals außer Acht lassen, sich nicht

38 Auch das muß mal sein. Gegen den internationalen Haupttrend so etwas zu beschließen, ist auch für konservative Politiker mutig, zumal ihnen die Großen Vier in diesem Falle erwiesenermaßen abgeraten, dazwischen geredet und ihre Wünsche hineindikiert haben. Gerade an diesem Punkt sollten die Linken nicht zögern, Angela Merkel faire Anerkennung zu zollen.

39 Von den noch in Betrieb befindlichen 9 AKW sollen bis 2022 alle AKW vom Netz genommen sein.

40 Von den Ländern der EU hat bisher Italien den Atomausstieg vollständig vollzogen, Belgien will dies bis 2025 erreichen, Frankreich will bis 2025 die Aufkommensmenge an Atomstrom um 50 % reduzieren, was die Abschaltung einzelner AKW einschließt.

41 Bei einem höheren Grad einheitlicher wirtschaftspolitischer Entschlossenheit müßten dafür auch mit hohem parlamentarische Zeitaufwand ca. 5 Jahre reichen, davon ist die heutige EU politisch aber noch weit entfernt.

42 Also, wenn sich 2050 der Bürger fast ausschließlich „entspannt mit regenerativer Energie“ sein Leben gestaltet, gibt es im nahen Polen oder Frankreich noch immer Atomkraftwerke, arbeitende, schon stillgelegte, im Abbau befindliche, wird vielleicht immer noch um die Endlagerstätten gestritten, wenn nicht mehr in Deutschland, dann woanders in Europa.

verhalten, als sei diese Sache doch schon so gut wie erledigt. Wenn Gefahren aus der friedlichen Atomenergieerzeugung von den Menschen abgewendet werden sollen, so ist das doch ein großer Gewinn an Sicherheit. Dieses Vorhaben muß in Deutschland, beispielhaft für Europa, konsequent zu Ende geführt werden. Gewisse vorübergehende Abstriche bei der CO₂- Reduzierung müssen dann eben unvermeidlich in Kauf genommen werden. Das ist Teil 1 der Wahrheit.

Das schließt natürlich nicht aus, alle Anstrengungen zu unternehmen, um dennoch unter Ausschöpfung aller technischen und finanziellen Möglichkeiten auch auf dem klimafreundlichen Wege voranzukommen. Deshalb wird es für die stärkere Entfaltung öffentlichen Drucks für erforderlich gehalten, die **Informationen zur deutschen nationalen und bereichsgegliederten Lastenbilanz von Stromerzeugung und -entnahme** einer demokratischen, qualifizierten Öffentlichkeit, regelmäßiger zur Verfügung zu stellen, vielleicht auch durch entsprechend aufbereitete Informationen im Internet. Mit den ständigen Halbwahrheiten und Verschleierungen muß Schluß sein. Es muß möglich sein, über die Situation und die Entwicklungstendenzen von Grund-, -,Mittel - und Spitzenlast soviel Auskunft zu geben, damit die Geheimniskrämerei beendet wird und hinreichende Schlußfolgerungen für die noch notwendige volkswirtschaftliche bzw. regionale Ausstattung mit Grundlastkapazitäten abgeleitet werden können.⁴³

c) Erst dann kann ausreichend begründet und demokratisch begutachtet werden, mit welchen technischen Mitteln die Grundlast aus volkswirtschaftlicher Sicht am besten gesichert werden kann. Erst dann können betriebswirtschaftliche und soziale Aspekte (z.B. Schadensersatzdrohungen von einem der „Großen Vier“, noch nicht kompensierbarer Verlust von Arbeitsplätzen) ins Spiel kommen, die die Entscheidungen modifizieren. Das ist erst mal die Grundlogik für die Wahrheitsfindung. Auf dieser Basis ist auch die Auseinandersetzung mit dem Energiewende-Gesetzespaket von 2010 zu führen, das noch in konzernfreundlicher Manier abgefaßt wurde.

Also im Umkehrschluß: Klarer Kurs auf die Abschaltung der AKW gegen alle Versuche weiterer Laufzeitverlängerung, weitere beharrliche Steigerung der regenerativen Energieerzeugung und jetzt besonders der unabdingbaren Ergänzungstechnologien für kluge elektronische Steuerungssysteme, Verteilung und Speicherung, Minimierung der für die Grundlast noch erforderlichen bestehenden BKW nach streng ökonomischen Kriterien. Nach heutigem Erkenntnisstand kaum noch notwendige Neubauten von BKW sind zu verhindern.

Wenn sich die Bundesregierung in diesem Zusammenhang in diesem oder jenem Fall vertraglich „hineingeritten“ hat und um Entschädigungsleistungen nicht herum kommt, so ist das für den Staatshaushalt höchst bedauerlich, aber nach geltendem Recht nicht zu ändern.

Es liegt dann an der Opposition, in der Tagespolitik und bei Neuwahlen oder zumindest bei der zukünftigen Gesetzgebung daraus „etwas zu machen.“

Zur Energieeffizienz

Die damit verbundenen vielfältigen Aspekte werden von den Autoren differenziert und kenntnisreich dargestellt.

Ich wünsche mir dennoch, daß nach den über 2 Jahren, die schon wieder nach der Publikation von Plan B vergangen sind, die gleichen Autoren in einer Art von Fortschreibung, gerade diesen Problemkreis nach heutigem Erkenntnisstand erneut darstellen, aber aktualisiert, stärker systematisiert und nach anschaulichen Komplexen gegliedert, an die sich terminliche und politische Zielstellungen anfügen lassen. Das ganze muß letztlich noch handgreiflicher für die politische

⁴³ Angeregt bin ich durch eine Publikation des Büro's für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) / April 2012, Arbeitsbericht 147.

Arbeit aufbereitet werden⁴⁴, um in der gegenwärtigen Umstellungsphase besser in der Öffentlichkeit im Auftrage der Linken mitwirken zu können.

Als von besonderem Gewicht für die zukünftigen Strukturen wird die Rolle der öffentlichen **Netzgesellschaften** beschrieben, die als Eigentümer der Stromnetze „Schnittstelle zwischen Stromerzeugung auf der einen und einer stabilen Stromversorgung auf der anderen Seite“ sein sollen. Der Auf- und Umbau der Stromnetze soll auf Basis einer „umfassenden und frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung“ erfolgen. „Als Hüter der Netzstabilität übernehmen sie die physisch-technische Koordination von schwankender Stromerzeugung mit Speichern und Nachfragesteuerung.“

Daraus ergibt sich, daß die Netzgesellschaften für Erhöhung der volkswirtschaftlichen Energieeffizienz Schlüsselbedeutung erlangen. Sie können am besten definieren, mit welchem Nachdruck Lösungen zur Effizienzsteigerung verfolgt werden müssen.

Aus den Darlegungen dieses Abschnitts leite ich ferner folgende Hauptwege zur Erhöhung der Effizienz ab:

- Maßnahmen von Großverbrauchern für eine Betriebsführung, die die Spitzenlasten des Strom- und Wärmeverbrauchs senkt⁴⁵ und zu schnellen volkswirtschaftlichen Effekten führen können.
- Einflußmaßnahmen auf Privathaushalte für eine freiwillige oder/und stimulierte Änderung des gewohnten Strom- und Wärmeverbrauchs, um die Spitzenlasten abzusenken.
- Systematische Analyse der bei den verschiedenartigen Unternehmen eingesetzten Technologien mit dem Ziel verbesserter Energieeffizienz und kostensenkender Maßnahmen.
- Produktbezogene Qualitätspflege, die für alle Elektrogeräte einen Mindeststandard festschreibt und durch entsprechende Erzeugnisweiterentwicklung unteretzt werden muß.
- Förderprogramme für einkommensschwache Haushalte zur Ablösung „energiefressender“ Geräte.
- Schließlich die systematische Sanierung des Altbaubestandes zur Senkung des Heizwärmebedarfs in Kombination mit dem KfW-Förderprogramm „Altersgerechtes Umbauen“.

In der Summe ergeben sich aus diesen 6 Hauptwegen große Möglichkeiten der Elektroenergieeinsparung, die einen absoluten Endpunkt der Ausschöpfung dieser Möglichkeiten wohl niemals erreichen werden und eine permanente Einsparungsreserve verkörpern.

Mit der perspektivisch gegebenen Möglichkeit, die Erzeugung und Speicherung von regenerativer Energie ebenfalls auf ein sich **ständig vergrößerbares Maximum** hin zu entwickeln, könnte die Versuchung entstehen, die Nutzung der 6 Hauptwege je nach Lage der aktuellen Investitions- oder Betriebskosten schleifen zu lassen.

Die Vielfalt der damit verknüpften Interessen ist so breit und oft nicht beeinflussbar, sodaß es mir angeraten erscheint, den ganzen Komplex mit einem stärkeren Maß von Toleranz anzugehen. Übergroßer Ausschöpfungsehrgeiz (über Verbrauchskennziffern, Terminkontrolle, Bericht, Abmahnungen u.ä.) führt zu einem zu großen Lenkungsaufwand, der nicht gewollt sein und den nicht überwindbaren Widerstand der Unternehmen hervorrufen dürfte.

Die dennoch angestrebten Maßnahmen sollten also gründlich überlegt werden.

44 Mir ist an diesem Punkt erneut bewußt geworden, daß das Gesamtbild vom Plan B darunter leidet, daß er im Stile einer ziemlich breit angelegten Streitschrift angelegt ist, die viele Redundanzen enthält, Konzentration und straffe Gedankenführung leiden. Es müßte gelingen, Analyse und kritische Polemik am Istzustand schärfer von den Umbauschritten und dem Zukunftsbild zu trennen. M.E. fehlt der „harte“, abschließende Zugriff auf die Einzelbeiträge durch eine entsprechend qualifizierte 1- oder 2- Mann/Frau-Endredaktion.

45 Für besonders beeindruckend halte ich in diesem Zusammenhang das von den Autoren recherchierte japanische Beispiel, wo es gelang, nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima die Spitzenlast der Großverbraucher um mehr als ein Viertel und die der privaten Haushalte um fast ein Fünftel zu senken. (TOP-RUNNER-Programm)

Ich bin gegenüber den Unternehmen für eine **unterstützende Lenkungs politik**, die vor allem durch wissenschaftlichen Vorlauf, kritische vergleichende Studien, Beratungen, relativ weit gesetzte Zieltermine, aber bei Innovationsrenitenz auch mal durch Kürzung oder Wegnahme von Subventionen u.ä.m. gekennzeichnet ist.

Ein besonderes Problem ist die Kostenbehandlung bei der **Altbausanierung** zur Senkung des Heizwärmebedarfs.⁴⁶ Dafür vertrete ich folgende politische Verhaltensformel:

- Mieter dürfen maximal nur so weit betroffen sein, wie sich reale Einsparungen bei den warmen Betriebskosten ergeben. Etwaige Kaltmietserhöhungen dürfen also erst dann wirksam werden, wenn bei Abrechnung einer vollen Heizperiode tatsächliche Einsparungen nachgewiesen wurden. Alle darüber hinaus laufenden Kostenbelastungen gehen zu Lasten des Hauseigentümers.
- Hauseigentümer mit Mietwohnungen, die wirtschaftlich nicht in der Lage oder nicht bereit sind, die auf sie entfallenden zu hohen, d.h. der sich nicht amortisierenden Sanierungskosten selbst zu tragen (z.B. durch Gewinnschmälerung, durch interne Umverteilung bei größerem Mietwohnungsbestand, durch Kreditaufnahme) sollten das Recht erhalten, den Umfang der Sanierungsmaßnahmen auf ein für sie richtig gehaltenes Maß zu reduzieren.⁴⁷
- Was den Hauseigentümern mit Mietwohnungen nicht zugemutet werden kann, gilt selbstverständlich gleichermaßen für die selbstnutzenden Hauseigentümer. Viele von ihnen sind nicht in der Lage, die teilweise erheblichen Investitionssummen aus ihrem Haushaltset ab abzuzweigen.⁴⁸

Auch hier wird es für richtig gehalten, die Entscheidungen sozial, ökologisch und ökonomisch zu begründen. Ein einseitig ökologisch motiviertes rigoroses Sanierungsprogramm, das zu den o.a. Interessenkollisionen führen kann, lehne ich ab. Die Durchsetzung höherer Energieeinsparungen muß in Deutschland und in Europa auf einem verträglichem Maß freier Entscheidung und wirtschaftlicher Verträglichkeit beruhen.

Die von den Autoren auf Seite 23 aufgeworfene Frage nach dem „**Rebound-Effekt**“⁴⁹ kann ich nur in einem ähnlichen Sinne kommentieren. Die Varianten höherer Energieeffizienz werden sich durch technischen Fortschritt und Wettbewerb, gefördert und stimuliert durch Lenkung, ununterbrochen vermehren. Aber solange dominierende private Eigentumsverhältnisse unterschiedlichster Art den Produktions- und Verteilungsprozeß dominieren, wird es nicht möglich sein, den o.a. Rebound-Effekt mit Ordnungsmaßnahmen zu verhindern. Das hat ein jeder Staat mit möglicher Lenkungsfunktion zu beachten, der durch regulativen Eingriff in die Marktäufe den Rebound-Effekt verhindern will. Dieses Problem verstärkt sich in dem Maße, wie eine Volkswirtschaft in den internationalen Wettbewerb eingebunden ist. Die Chancen auf eine zu begrüßende Rückentwicklung des absoluten Energieverbrauchs zur Minderung des „Rebound-Effekts“ werden sich

46 Auf den Seiten 8/9 bin ich bereits einmal darauf eingegangen.

47 Indem sie sich aus den Sanierungsbereichen, vor allem Fenstererneuerung, Dachdämmung, Wanddämmung, „Wunschkette“ zusammenstellen, die den individuellen technischen Erfordernissen und finanziellen Möglichkeiten der kommenden 30 Jahre aber auch den geforderten Standards der Wohnraumgestaltung entsprechen. Besonders die Wanddämmung ist in den letzten Jahren wegen schematischen Vorgehens mit Nachfolgeschäden und anzuzweifeln dem Effekt stark unter Kritik geraten. Bei historischen oder anderen ansehnlichen Fassadengestaltungen hat die Außenwanddämmung sowieso keine Chance.

48 Andere sind wieder besser bemittelt, um vielleicht, sogar über die eigenfinanzierte Wärmedämmung hinausgehend, ferngesteuerte Schließautomatismen für den WC-Deckel auch im Gästebad installieren zu lassen, auf besonderen Wunsch in kombinierter DS-Ausführung (Deckel und Spülung in Parallelschaltung), de luxe mit selbst wählbarer Musikbegleitung. Um die Einkommens- und Geschmacksunterschiede auch in der Mittelschicht wissend, greifen wir diese Bürger dafür aber nicht an, sondern wünschen ihnen viel Spaß bei der Nutzung.

49 Durch höhere Energieeffizienz erzielte Energieeinsparung wird durch Wachstum und quantitative Ausdehnung der Produktions- und Leistungsvolumina wieder „aufgefressen“.

wahrscheinlich erst dann vergrößern, wenn das internationale Finanzkapital und die global orientierten Großkonzerne mit ihren Aktivitäten auf bestimmte Wirkungsfelder begrenzt werden können und ihre Allmacht am abbröckeln ist.

Ich gestatte mir hier die Bemerkung, daß die Sorge um den „Rebound-Effekt“ ihre theoretische Berechtigung hat, aber als praktische Frage noch in weiter Ferne liegt.

Zu Industrie: Moderne Zeiten (Seiten 25 – 30)

Die Kritik des Istzustandes und die Ableitung der Industrievision 2050 im Plan B setzen wesentliche Zielpunkte. Nach der davon, im Interesse besserer Überschaubarkeit von mir, abgeleiteten und modifizierten Systematik geht es vor allem um:

1. den weiteren Erhalt industrieller Kerne unterschiedlicher Größenordnung⁵⁰ mit hochwertigen Arbeitsplätzen für Industrie und Dienstleistung mit einer volkswirtschaftlich bedeutenden Zahl von Arbeitsplätzen, die die Nachfrage allgemein und die Ersatznachfrage perspektivisch wegfallender Arbeitsplätze⁵¹ in anderen Bereichen der Volkswirtschaft decken können.
2. die dauerhafte Ausprägung einer Arbeitskultur für die Beschäftigten, die u.a. durch gerechte Vergütung, gute Arbeitsbedingungen bezüglich Arbeitsplatz und Arbeitszeit, fairen betrieblichen Umgang gekennzeichnet ist.
3. die verstärkte Ausprägung einer Unternehmenskultur, die Schritt für Schritt durch einen höheren Grad von Mitbestimmung auch bei wichtigen unternehmerischen Entscheidungen durch die Beschäftigten gekennzeichnet ist.
4. die Entwicklung von Eigentumsformen der Stammbeschäftigten an den Firmen, die ihrer tatsächlichen Beteiligung am Wertschöpfungsprozeß besser entspricht und Perspektiven für dauerhafte Übergangs- und Zukunftslösungen (Beteiligungen, Genossenschaften, entsprechende Modifizierung von Erbverfahren bei Firmennachfolgern) eröffnet.
5. den Erhalt einer weiterhin leistungsfähigen und flexiblen Industrie für Deutschland, die auch perspektivisch in der Lage ist, den volkswirtschaftlichen Bedarf mengen-, sortiments- und qualitätsgerecht sowie mit vertretbarem ökonomischem Aufwand im Rahmen marktwirtschaftlicher Verhältnisse souverän zu decken.
6. den Erhalt einer weiterhin leistungsfähigen Industrie für Deutschland, die auch perspektivisch in der Lage ist, den internationalen Bedarf an deutschen Erzeugnissen zu decken, als wirtschaftliche Grundlage der erforderlichen Importe aber auch um die BRD weiter zu befähigen, eine wirtschaftliche und politische Vorbildrolle im internationalen Maßstab auszuüben.
7. ein hohes effizientes Niveau beim Energie- und Rohstoffverbrauch sowie bei allen ökologischen Aspekten der technologischen Prozesse.
8. ein hohes effizientes und ökologisches Niveau der Produktpalette incl. der Kriterien langer Lebensdauer und der wartungsfreundlichen Konstruktion der Erzeugnisse.
9. eine Produktpalette, die die Kriterien der Wiederverwertung der eingesetzten Materialien und Rohstoffe nach Entsorgung im Rahmen eines jeden Herstellerbetriebes in sich einschließt.

50 Ich halte es perspektivisch für notwendig, neben den größeren industriellen Ballungszonen weiterhin auch kleinere, in der Fläche verteilte Industriestandorte zu erhalten bzw. neu anzusiedeln, um im Interesse der außerhalb der Großstädte wohnenden Menschen ein breiter gestreutes regionales Arbeitsplatzangebot zu ermöglichen und die regionale Besiedlung zu regenerieren.

51 z.B. in der Rüstungsindustrie, in der Autoindustrie, oder in anderen Volkswirtschaftsbereichen, wie Handel, Banken und Versicherungen.

10. ein modernes deutsches industrielles Erzeugnisprogramm, das in seiner Gesamtheit, unter Beachtung seiner weiter bestehenden starken Exportorientierung auf industrielle Erzeugnisse, Zeugnis einer modernen technischen Entwicklung ablegt, die ökologisch, energie- und rohstoffsparend ist.⁵²

Mit den nachfolgenden Bemerkungen zu diesen 10 Schwerpunkten versuche ich ihre Bedeutung zu bewerten und erörtere ihre praktische Umsetzbarkeit in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.

Zu 1.

Weiterer Erhalt industrieller Kerne unterschiedlicher Größenordnung mit hochwertigen Arbeitsplätzen für Industrie und Dienstleistung mit einer volkswirtschaftlich bedeutenden Zahl von Arbeitsplätzen, die die Nachfrage allgemein und die Ersatznachfrage perspektivisch wegfallender Arbeitsplätze in anderen Bereichen der Volkswirtschaft decken können:

Aus den nachlesbaren Texten von Plan B entnehme ich, daß keine unrealistischen Eingriffsversuche in die Eigentumsverhältnisse der Industrie beabsichtigt sind. Es gibt dafür auch keine angedeuteten zeitlichen Limitierungen, obwohl sie über lange Zeiträume als normaler gesellschaftlicher Anpassungsprozeß natürlich nicht auszuschließen sind. Die zum Ausdruck gebrachte Sorge um industrielle Kerne drückt deutsche Erfahrungen aus, wie sie die Ostdeutschen z.B. in der jüngeren Geschichte besonders schmerzhaft erleben mußten. als mit den VEB aus den Zeiten des Realsozialismus meist auch die Industriebetriebe an den Standorten liquidiert wurden.

Diese Prämisse von Plan B ist richtig. Die deutsche Industrie ist erwiesenermaßen sehr leistungsfähig. Die sie tragende mittelständische Industrie, aber auch die Industriekonzerne mit zahlreichen selbständigen aber auch von den Konzernen abhängigen, mittelständischen Zulieferern sind ihre entscheidenden Säulen, die sich im internationalen Wettbewerb hervorragend bewähren. Sie „tragen“ die deutsche Volkswirtschaft, sie sind die entscheidenden Grundlagen des deutschen Staatshaushaltes. Von ihrer Existenz ist über lange Zeiträume auszugehen.

Es steht ein sehr langer Entwicklungsprozeß bevor, bis die Industrie auf demokratischer Basis allseitig zu den für die Zukunft erhofften Strukturen gekommen ist, ohne ihre Leistungsfähigkeit einzubüßen. Die muß aber fortbestehen und ständig gesteigert werden, wenn das gewünschte Zukunftsbild materiell gesichert und kein Luftschloß sein soll.

An den überkommenen Industriestrukturen leichtsinnig herum zu experimentieren, ist politische Stümperei. Eine mögliche These wie, ohne das jetzige kapitalistische Wachstumsprinzip brauchen wir doch weniger und muß also weniger produziert werden, ignoriert die unvermeidliche Langsamkeit der vor uns liegenden Wandlungsprozesse, auch der Bewußtseinsänderungen. Der überwiegende Wegfall des Wachstumsprinzips als Motor für den Wertschöpfungsprozeß wird ein Vorgang sein, der erst nach 2050 breitenwirksam wird.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie steht aber auch für ihre Fähigkeit, ein sicherer Garant von Arbeitsplätzen zu sein. „Damit spielt man nicht“, wie Mario Adorf in einem Werbespot zu einem anderen Thema sagt. Dem ist nichts hinzuzufügen. Der gleiche Satz muß aber auch an die Unternehmen gerichtet werden, wenn es um die Sicherung der Arbeitsplätze geht.

52 Es kommt dabei aber auch darauf an, nicht nur Augenmerk auf das Wohlbefinden der deutschen Industrie zu richten. Deutschland als das wirtschaftlich stärkste Land in der EU und auch eine deutsche linke Wirtschaftspolitik stehen vor der Aufgabe, Vorschläge zu machen, wie auch in anderen Ländern der EU größere industrielle Fortschritte mit innovativen Erzeugnisprogrammen und wettbewerbsfähigen Lohnstückkosten gemacht werden können. In einer ganzen Reihe von EU-Ländern ist der Anteil der Industrie an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung noch viel zu gering. Soziale Probleme sind dauerhaft vorprogrammiert. Dieses Problem ist von aktuellster Bedeutung und hat mit dem Plan B nur im Vorfeld zu tun. Deutschland zum wirtschaftlichen Rückzug aufzufordern, ist kontraproduktiv und keine Werbung für die Linke.

Entsprechende Gegenwehr im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze ist dringend gefragt.

Zu 2.

Dauerhafte Ausprägung einer Arbeitskultur für die Beschäftigten, die u.a. durch gerechte Vergütung, gute Arbeitsbedingungen bezüglich Arbeitsplatz und Arbeitszeit, fairen betrieblichen Umgang gekennzeichnet ist.

Dieser Schwerpunkt steht schon heute voll auf der politischen Tagesordnung und ist **aktueller Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen**. Es wird darauf ankommen, kontinuierlich an diesen Fragen dran zu bleiben und bestmögliche Ergebnisse für die Beschäftigten herauszuholen. Im Plan B wird dazu aufschlußreich (Seite 27) dargestellt, was immer noch viele⁵³ Unternehmen im Interesse ihres Profits machen und sehr wenig mit Arbeitskultur zu tun hat, wie latente Androhung des Arbeitsplatzverlustes, Minimierung der Planstellenzahlen unter das erforderliche Besetzungsmaß, Leiharbeit, Niedriglöhne, befristete Beschäftigung, Minijobs, Scheinselbständigkeit, unfreiwillige Teilzeit und Projektarbeit, permanente Restrukturierungen, permanent neue Managementstrategien, Zeit- und Termindruck, zu hohe Arbeitsintensität, physische und psychische Überlastung bis zur Erschöpfung. Das betrifft mehr oder weniger alle Beschäftigtenkategorien, vom ungelerten Hilfsarbeiter bis zum Ingenieur. Diese Arbeitswelt zu verändern und in eine Arbeitswelt von morgen umzuwandeln, ist eine Aufgabe, die schon heute auf der politischen Tagesordnung steht.

Zu 3.

Verstärkte Ausprägung einer Unternehmenskultur, die Schritt für Schritt durch einen höheren Grad von Mitbestimmung auch bei wichtigen unternehmerischen Entscheidungen durch die Beschäftigten gekennzeichnet ist.

Dieser Schwerpunkt wächst aus dem o.a. 2. Schwerpunkt heraus. Um so niveauvoller die Arbeitsverhältnisse in einem Unternehmen gestaltet sind, desto größer sind die Chancen, auch im Sinne des 3. Schwerpunkts Aktivitäten zu entfalten. Höheres Einvernehmen in der Frage der Arbeitsbedingungen oder der Arbeitsvergütung schafft Voraussetzungen, um in den vielen Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung voranzukommen. Trotz dieser engen Verbindung zu den Fragestellungen des 2. Schwerpunkts ist es schließlich doch eine neue Qualität der Beziehungen zwischen Unternehmer und Beschäftigten, wenn es um die Fragen der Mitbestimmung geht.

Der entsprechende Abschnitt in Plan B (Seite 29) erläutert die zahlreichen Möglichkeiten betrieblicher Mitbestimmung. Sie sind längst nicht nur auf relativ untergeordnete Details beschränkt, sondern eröffnen **innovative Chancen** der Beeinflussung von Produkten und Technologien und damit der betrieblichen Fähigkeiten, am Markt zu bestehen. Damit wird die Mitbestimmung zu einem Faktor, der vom unternehmerischen Management nicht mehr bagatellisiert und verdrängt werden kann. Um es zuzuspitzen: Mitbestimmung durch Beschäftigte,

53 Es gibt aber auch Unternehmen, die trotz Wettbewerbsdruck bemüht sind, ihren Beschäftigten eine bessere, moderne Arbeitskultur zu bieten und den vielen Facetten einer fortschrittlichen Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zunehmend gerecht zu werden. Linke Politik sollte diese positiven Tatsachen nicht übersehen und immer wieder öffentlich würdigen. Schließlich geht es um das große Ziel, in allen Industriebetrieben eine Arbeitskultur zu erreichen, die unseren humanistischen Anforderungen gerecht wird. Es wird für linke Politik gegenüber den Unternehmen immer wichtiger, ein sachliches und ausgewogenes Maß für die Kritik und die Auseinandersetzung mit Negativem und der Anerkennung für unternehmerische Leistung bei vorbildlicher Gestaltung der Arbeitskultur zu finden, unabhängig davon, ob es sich um einen kleinen oder großen mittelständischen Betrieb oder um einen Konzern handelt.

die die Materie kennen und beherrschen, wovon sie reden, wird zu einem Machtfaktor, der bei Strafe des eigenen unternehmerischen Untergangs, vom betrieblichen Management und der Unternehmensführung nicht mehr ignoriert werden kann. Diese mitbestimmenden Beschäftigten wissen u.U. besser als die Unternehmensführung, wie eine schwierige Marktsituation überbrückt werden kann.

Zu 4.

Entwicklung von Eigentumsformen der Stammbeschäftigten an den Firmen, die ihrer tatsächlichen Beteiligung am Wertschöpfungsprozeß besser entspricht und Perspektiven für dauerhafte Übergangs- und Zukunftslösungen (Beteiligungen, Genossenschaften, entsprechende Modifizierung von Erbverfahren bei Firmennachfolgern) eröffnet.

Besonders wertvoll halte ich den im Plan B gegebenen Hinweis, daß im Rahmen der Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung die Umwandlung von Gewinnanteilen in nicht handelbares **Belegschaftseigentum** möglich wird, das von der Belegschaft demokratisch zu verwalten ist⁵⁴. Das können Keimzellen für eine Entwicklung sein, bei der die Eigentumsformen mittelständischer Firmen und von Konzernen im wachsenden Maße durch Formen des Belegschaftseigentums modifiziert werden. Die höhere demokratische Qualität dieser Beteiligungsform stellt sie m.E. über die Form der Beteiligung von Beschäftigten über Betriebsaktien.

Diese Möglichkeit, über diese Erweiterungsform der Mitbestimmung auch neue Eigentumsvarianten in die gegebenen Verhältnisse zu implizieren, verdeutlicht, daß bereits in der Gegenwart Chancen bestehen, mit Wandlungsprozessen zu beginnen, die sich organisch in das Geflecht rechtlicher Verhältnisse einfügen und Stabilität erlangen können.

Dieser Prozeß wird in dem Maße an Tempo gewinnen, wie die Mitbestimmung in den Betrieben voranschreitet.

Zu 5.

Erhalt einer weiterhin leistungsfähigen und flexiblen Industrie für Deutschland, die auch perspektivisch in der Lage ist, den volkswirtschaftlichen Bedarf mengen-, sortiments- und qualitätsgerecht sowie mit vertretbarem ökonomischem Aufwand im Rahmen marktwirtschaftlicher Verhältnisse souverän zu decken.

Dieser „Vorsorgeschwerpunkt“ ist von dem Gedanken geprägt, daß alle Wandlungsprozesse in der Industrie in einem „Schritt für Schritt – Verfahren“ verlaufen müssen, in dem zweckmäßige Änderungen und demokratische Zustimmung eine Einheit bilden. Nur so ist garantiert, daß revolutionäre Ungeduld keinen Schaden verursacht. Die Leistungsfähigkeit der Industrie muß voll erhalten bleiben, selbst nur Symptome einer durch undurchdachte Maßnahmen hervorgerufenen Mangelwirtschaft müssen unbedingt vermieden werden, da immer die **Gefahr politischer Umkehrprozesse** besteht. Die zu DDR- Zeiten aus politischem Übereifer herbeigeführte Beseitigung des damaligen Mittelstandes war eine der Hauptursachen für den wirtschaftlichen Mißerfolg und die anschwellende Unzufriedenheit der Bevölkerung.

Der in Plan B prognostizierte industrielle Umwandlungsprozeß in Deutschland ist der alles entscheidende Eckpunkt. Der Erfolg der industriellen Wandlung ist der Kardinalpunkt des gesamten gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses, der ohne solide wirtschaftliche Grundlage nicht funktionieren kann.

Deutschland steht in Europa und in der Welt gemeinsam mit der EU und den anderen Ländern vor

⁵⁴ Dieses Belegschaftseigentum müßte rechtlich untersetzt mit höheren Mitbestimmungsrechten gekoppelt sein, als es normaler Aktienbesitz ermöglicht.

gewaltigen Aufgaben bei der Vor- und Nachsorge der Folgen von unvermeidbaren Naturkatastrophen, beim Klimaschutz, bei der Eindämmung der Folgen der Umweltverschmutzung, bei notwendigen Maßnahmen für eine natürliche und menschenfreundliche Landschaftserhaltung, bei der Erschließung von Rohstoffen, beim Kampf gegen die Wassernot, gegen den Hunger, gegen Krankheiten, gegen Epi- und Pandemien, gegen die Bildungsnot, gegen die Rückständigkeit vieler Länder, auch gegen die Rückständigkeit mancher EU-Länder, gegen terroristische Gefahren, gegen organisierte Kriminalität, für die innere Sicherheit der zivilen Gesellschaft, auch Rüstungsaufwand wird auf grund bestimmter internationaler Unwägbarkeiten und innerer bzw. äußerer politischer Kräfteverhältnisse in den ersten Jahrzehnten noch nicht völlig auszuschließen sein.

Für diesen letztlich **alle Komponenten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses**

umfassenden Aufgabenkomplex müssen ständig beträchtliche Reserven zur Verfügung stehen und im Bedarfsfall bereitgestellt werden. Ich vermute, daß sich die Autoren von Plan B diese Konsequenzen noch nicht in erforderlicher Weise bewußt gemacht haben.

Diese Probleme sind auch heute schon zu bewältigen. Zukunftsplaner sollten bedenken, daß diese Probleme auch in einer neustrukturierten Gesellschaft bewältigt werden müssen, die dafür

Leistungen und Mittel sicher in noch größerem Umfang benötigt, da sie die Lösungen gemäß ihrem Gesellschaftsversprechen konsequenter angehen will oder/und die Probleme äußerst dringlich werden.

Zu 6.

Erhalt einer weiterhin leistungsfähigen und flexiblen Industrie für Deutschland, die auch perspektivisch in der Lage ist, den internationalen Bedarf an deutschen Erzeugnissen zu decken, als wirtschaftliche Grundlage der erforderlichen Importe aber auch um die BRD weiter zu befähigen, eine wirtschaftliche und politische Vorbildrolle im internationalen Maßstab auszuüben.

Dieser Schwerpunkt ist auch „vorsorglich“ auf den Erhalt einer leistungsfähigen und dynamischen deutschen Industrie gerichtet, aber mit dem Unterschied, daß er vor allem auf den außenwirtschaftlichen Aspekt zielt. Dem liegen die Überlegungen zugrunde:

- Die deutsche Industrie verfolgt ihre ehrgeizigen Ziele weiter durch solide Ruffestigung (ohne marktwirtschaftlich unnatürliche Zurückhaltung) vor allem durch Qualität, Lebensdauer, energetische und rohstoffmäßige Effizienz, vernünftige Preise (ohne Dumping) ihrer Waren.
- Der erzielbare Exportüberschuß und der betriebliche Gewinn gehen nicht zu Lasten der Bezahlung der Beschäftigten in Deutschland.
- Das Kriterium einer hohen zu sichernden Zahl von Arbeitsplätzen in der deutschen Industrie wird ständig beachtet.
- Es werden verstärkt Konzeptionen entwickelt, die besonders in den Ländern der EU zur Schaffung von qualifizierten Industrie-Arbeitsplätzen beitragen, und die Stellung der EU im Weltmaßstab stärken.⁵⁵Das ist natürlich nur möglich, indem die Interessen vorhandener Unternehmen tangiert und Lösungen gefunden werden.

Eine entsprechend gestaltete Wirtschaftspolitik findet m.E. Unterstützung bei großen Anteilen der

⁵⁵ Nach der Wahl von Jean Claude Juncker zum EU-Kommissionspräsidenten hat er den Vorschlag eingebracht, mit einem größeren Investitionsfonds, gezaubert aus sich potenzierenden Quellen, die wirtschaftliche Entwicklung in den EU-Ländern zu forcieren. Dabei wird vor allem auf Maßnahmen für die Infrastruktur gezielt. Sicher sind damit bestimmte Effekte einer besseren Beschäftigung zu erzielen. **Mir geht es aber vor allem um die dauerhafte Installierung von mehr Industriearbeitsplätzen**, die effektiv dazu beitragen, Einseitigkeiten in den volkswirtschaftlichen Beschäftigungsstrukturen verschiedener EU-Länder zu überwinden. Die Weisheit der EU darf sich nicht darauf beschränken, Finanzmittel bereitzustellen, sondern es muß wesentlich erfindungsreicher über ihre optimale Verwendung nachgedacht werden. Siehe auch Fußnote 52!

Bevölkerung. Sie ignoriert nicht die erfolgreiche deutsche Industrietradition und ihre perspektivischen Chancen am Markt. Sie bietet aber auch die Möglichkeit, aktuelle politische Forderungen (siehe Aufzählung) zu stellen und über längere Zeiträume auf einen demokratisch bestimmten Kurs der Transformation einzuschwenken.

Zu 7.

Hohes effizientes Niveau beim Energie- und Rohstoffverbrauch sowie bei allen ökologischen Aspekten der technologischen Prozesse.

und

Zu 8.

Hohes effizientes und ökologisches Niveau der Produktpalette incl. der Kriterien langer Lebensdauer^{56 57} und der wartungsfreundlichen Konstruktion der Erzeugnisse.

und

Zu 9.

Produktpalette, die die Kriterien der Wiederverwertung der eingesetzten Materialien und Rohstoffe nach Entsorgung im Rahmen eines jeden Herstellerbetriebes in sich einschließt.

Zu diesen 3 Schwerpunkten wiederhole ich hier teilweise eine Aussage von den Seiten 13/14: Die Vielfalt der damit verknüpften Interessen ist so breit und oft nicht real beeinflussbar, sodaß es mir angeraten erscheint, den ganzen Komplex mit einem stärkeren Maß von Toleranz anzugehen. Übergroßer Ausschöpfungsehrgeiz (über Verbrauchskennziffern, Terminkontrolle, Berichte, Abmahnungen u.ä.) führt zu einem zu großen Lenkungsaufwand, der so nicht gewollt sein kann und den nicht überwindbaren Widerstand der Unternehmen hervorrufen dürfte.

Die dennoch angestrebten Maßnahmen sollten also gründlich überlegt werden.

Ich bin gegenüber den Unternehmen für eine demokratisch akzeptierte unterstützende Lenkungs politik, die vor allem durch wissenschaftlichen Vorlauf, kritische vergleichende Studien, Beratungen, relativ weit gesetzte Zieltermine, aber bei Innovationsrenitenz auch mal durch Befristung, Kürzung oder Wegnahme von Subventionen u.ä.m. gekennzeichnet ist.

Diese hier beschriebenen Lenkungsformen beruhen darauf, daß die sich aus dem Eigentümerrecht ergebende Verfügungsgewalt über die betrieblichen Abläufe dominierend bleibt und erst dann Übereinstimmung mit den gewollten volkswirtschaftlichen Entwicklungstendenzen erreicht ist, wenn sie sich mit den gewollten unternehmerischen Zielen in Einklang befindet.

Die Möglichkeit verbindlicher Einflußnahmeformen wird sich wahrscheinlich erst dann vergrößern, wenn das internationale Finanzkapital und die global orientierten Großkonzerne im Ergebnis weltweiter Protestbewegungen mit ihren Aktivitäten auf bestimmte Wirkungsfelder begrenzt werden können und ihre Allmacht am abbröckeln ist. Diese Entwicklung wird möglicherweise stimuliert, wenn z.B. erneute Bedrohungen durch eine Finanzkrise die Realwirtschaft gefährden, wenn durch natürliche oder durch Krieg verursachte Rohstoffverknappungen und sich

56 Die marktwirtschaftliche Jagd nach Absatz führt in der heutigen Wettbewerbsrealität zu einem abnormen Tempo in der Produkterneuerung und zu einem moralischem Verschleiß, der die zu Konsumenten gemachten Menschen hinter der neuesten Ausführung wie Hunde hinter einer Wurst hinterherhecheln läßt und ihr Einkommen verschlingt. Damit haben sie aus heute gültiger Sicht aber eine wichtige Aufgabe erfüllt: **Sie haben Umsatz gemacht.**

57 Der moralische Verschleiß der Produkte im Bereich der nonfood-Artikel tritt infolge der überschnellen Produkterneuerung viel schneller als der natürliche Verschleiß ein. Weil das so ist, gibt es immer mehr Beispiele dafür, daß auch an der natürlichen Lebensdauer der Produkte herummanipuliert wird, um schneller einen Neukauf zu bewirken. Beide Formen von Geschäftemacherei müßten einmal aus dem gesellschaftlichen Leben der Zukunft verschwinden. Diesen Manipulationen muß ein Riegel vorgeschoben werden. Auf eine überlange Lebensdauer (also über 10-12 Jahre) für einfache Geräte der unteren Preisklasse sollte zukünftig auch nicht orientiert werden, weil der technische Fortschritt nach wie vor zur Zukunft gehört und eine überlange Bevorratung mit Ersatzteilen und - baugruppen für nur gelegentlich entstehende Reparatursituationen unökonomisch ist.

verschärfende Preisentwicklungen destabilisierende Wirkungen hervorgerufen werden, wenn die internationale Bereitschaft wächst, mit vereinbarten Ordnungsmaßnahmen stärker Regulative in die Abläufe des Weltmarkts einzubeziehen.

Aus Sicht der Energieversorgung werden durch die sich ständig erhöhende regenerative Energieerzeugung im Weltmaßstab keine besonderen Versorgungsengpässe auftreten.

Zu 10.

Modernes deutsches industrielles Erzeugnisprogramm, das in seiner Gesamtheit, unter Beachtung seiner weiter bestehenden starken Exportorientierung auf industrielle Erzeugnisse, Zeugnis einer modernen technischen Entwicklung ablegt, die ökologisch, energie- und rohstoffsparend ist.

Die Betrachtung des gegenwärtigen deutschen industriellen Erzeugnisprogramms könnte zum Schluß führen, daß es schon heute modern ist, weil es – vor allem gemessen an den Exportergebnissen – immer noch oder immer wieder erfolgreich ist. Darin widerspiegeln sich die Anstrengungen der Betriebe, sich im Wettbewerb zu behaupten.

Aber, wie im Plan B ausgeführt, gehören zu dieser Bewertung auch die Zukunftsaspekte moderner technischer Entwicklung, die ökologischen sowie die energie- und rohstoffsparenden Komponenten, die in der deutschen Industrie forciert werden sollen. Die Arbeitsplatzfrage wird dabei jedoch immer als Entscheidungsfaktor eine Rolle spielen müssen. (Siehe Schwerpunkt 1.)

Deshalb halte ich es für erforderlich, daß schon heute entsprechende Analysen mit kritischen Schlußfolgerungen für notwendige Strukturveränderungen bzw. -verbesserungen regelmäßig angefertigt und mit angemessener politischer Öffentlichkeit begleitet werden .

Also: auf welche Branchen darf auf keinen Fall verzichtet werden, was könnte vernachlässigt werden, damit für Deutschland schädliche, rein unternehmerische Entscheidungen zur Entwicklung der Erzeugnisprogramme oder zu den vorgesehenen Produktionsstandorten modifiziert oder sogar vermieden werden können.

Über entsprechende Aktivitäten im zuständigen Bundestagsausschuß für Wirtschaft und Technologie müßte eine Themeneröffnung herbeigeführt werden, die die regelmäßige Bearbeitung dieses Themas garantiert. Meine Wahrnehmung ist, daß dieses Thema auch aus heutiger Sicht viel zu wenig Beachtung findet und stärkerer lenkender Einflußnahme bedarf. Die Auseinandersetzung mit dieser Thematik dient auf sehr unmittelbare Art auch den Fernzielen von Plan B.

Zu: Mobilität für Alle mit weniger Verkehr (Seiten 30 – 35)

„ Das Verkehrssystem der Zukunft ist ein überwiegend öffentliches Verkehrssystem. Es ist nicht nur eine gleichberechtigte Alternative zum eigenen Fahrzeug, sondern dank konsequenter politischer Förderung mittlerweile sogar besser – und im Nahverkehr sogar kostenlos nutzbar.“ Dieses Zitat aus Plan B (Seite 30) habe ich ausgewählt, um das verfolgte Hauptziel hier noch einmal voran zu stellen. Im Telegrammstil: **Überwiegend öffentlich – besser - im Nahverkehr kostenlos.** Gegen diese Hauptziele ist an und für sich nichts einzuwenden.

Im Kontrast zu dieser Zukunftsdarstellung, die im Text umfangreich begründet und detailliert wird, möchte ich mich einigen Überlegungen zuwenden, die auf die lange Übergangsphase hin zum gewünschten Idealzustand gerichtet sind, und die in den politischen Auseinandersetzungen eine große Rolle spielen wird.

Am Anfang steht die Feststellung, daß das Verkehrswesen als eine der tragenden Säulen der Infrastruktur eines Landes schon von der Sache her enorme Anteile an Investitionen und an laufenden Aufwendungen für Erhalt, Ausbau und Betrieb erfordert. Die starke investative Vernachlässigung des Verkehrswesens in der BRD beginnend mit den 80-ziger Jahren des 20.

Jahrhunderts hat zu Erhaltungsrückständen geführt, die die 100 Mrd. Euro-Grenze weit überschritten haben. Dringende Bedürfnisse nach gezielten Erweiterungsmaßnahmen wurden und werden verschoben oder vollziehen sich im Schneckentempo. Lächerliche politische Aktionen der CSU, mit einem Riesenverwaltungsaufwand ein paar 100 Mio Euro Mautgebühren für das Verkehrswesen zu „erwirtschaften“, zeugen von der Gesamtmisere.

Jedem Zukunftsplaner muß klar sein, daß die erforderlichen Beträge für die Überwindung der schon historischen Rückstände sicher nur über Zeiträume von 10- 15 Jahren aufgebracht werden können, und auch nur dann, wenn entsprechender politischer Druck gemacht und jetzt durchgestartet wird.

Teilerfolge wurden in dieser Hinsicht in letzter Zeit erzielt, weil auch die CDU mit ihrem auf die schwarze Null fixierten Finanzminister spürt, daß übergroße Mängel bei der Ausstattung der Infrastruktur künftige Wahlergebnisse gravierend zu ihrem Nachteil beeinflussen können.⁵⁸

Dazu kommen die Aufwendungen, die für die materielle Untersetzung der idealen Strukturen des Verkehrswesens von übermorgen vonnöten sind. **Zu bedenken ist, daß auch in einem Staatshaushalt der „blühenden Zukunft“ z. B. in 2050 die volkswirtschaftliche Gesamtbilanz stimmen muß und die Tendenz bestehen wird, daß der Bedarf dem Aufkommen davonläuft oder, mit anderen Worten, die Wünsche die Realitäten überfordern.**

Die eingangs wiedergegebene Zielstellungsformulierung für das Verkehrswesen von übermorgen präjudiziert den Personenverkehr, ohne den Güterverkehr aber auszuschließen, was auch im weiteren Text deutlich wird. Diese Reihenfolge ist verständlich, geht es doch beim Plan B um ein Zukunftsprojekt für die Menschen.

Ich möchte dennoch im weiteren die Erörterung des Güterverkehrs vor den Personenverkehr setzen,

- da der Güterverkehr zu den materiellen Prozessen (Produktion, Verteilung) gehört, die wir als Grundlage für unser Leben (Konsumtion) benötigen und die funktionieren müssen, damit wir uns konsumtive Verbesserungen oder sogar konsumtiven Luxus, auch im Personenverkehr, leisten können,
- da für den Güterverkehr erhebliche investative und strukturelle Maßnahmen notwendig sind, um den Güterverkehr selbst im Sinne der Zielstellungen zu verändern, aber auch die negativen Auswirkungen auf den Personenverkehr zu dessen Nutzen zu verringern,
- weil im Bereich des Personenverkehrs auch schon heute solche materielle Bedingungen vorhanden und zu ihrer notwendigen Verbesserung geplant sind, so daß gewisse „Wartezeiten“ bis zur Erfüllung des prognostizierten Endzustandes akzeptiert werden können, ohne dem Personenverkehr sichtbar zu schaden.
- Da der Güterverkehr, besonders auch in Deutschland, noch über Jahrzehnte eine stetig nach oben weisende Leistungskurve aufweist.

Der perspektivische Rückgang des Gütertransports ist vorläufig nicht absehbar. Im Gegenteil, aus einer Internetquelle⁵⁹ ist zu entnehmen, daß sich auf grund einer Studie der deutsche Güterverkehr von heute bis 2050 von insgesamt 600 Mrd. auf 1200 Mrd. Tonnenkilometer (t/km) sogar noch **verdoppeln** wird, bei einer gleichzeitigen Steigerung der zu befördernden Tonnage von 3,7 auf 5,5 Mrd. Tonnen.

Während ca. ab 2030 die deutschen Binnentransporte auf erreichtem hohen Niveau zu stagnieren⁶⁰ beginnen, werden die internationalen Transit- und Durchgangstransporte auf grund der geographischen Lage Deutschlands ein immer größeres Anteilsgewicht erlangen (bis 2050 ca.

58 Ich kann den Linken nur empfehlen, das Thema Infrastruktur und notwendige Investitionsmaßnahmen vertärkt ins aktuelle Arbeitsprogramm aufzunehmen: Immer wieder mit den negativen Fakten in die Öffentlichkeit gehen, die Auswege zeigen!

59 Gate4logistics.de

60 Gestützt auf diese Aussage könnte man annehmen, daß sich in der deutschen Wirtschaft ab diesen Jahren Tendenzen einer besseren Nutzungseffektivität bei Rohstoffen abzuzeichnen beginnen. Das reicht natürlich nicht als Beweis.

20 %) Wesentliche Ursache dafür ist die Zunahme der internationalen und globalen Verflechtungen.^{61 62}

Deutschland wird dadurch immer mehr zu einer Drehscheibe des internationalen Transports von hohem Rang. Diese bis 2050 prognostizierte Verdopplung des Gütertransports steht in herbem Widerspruch zu den im Plan B bis 2050 erhofften Rückentwicklungen bei der Gütertransportleistung. Damit wird schlaglichtartig beleuchtet, welche gewaltige Wandlung in den gesellschaftlichen Produktions- und Verteilungsstrukturen erreicht werden muß, welche Veränderungen in den profitgesteuerten gesellschaftlichen Verhältnissen überhaupt erreicht werden müssen. Die in der Studie ermittelten Entwicklungszahlen des Gütertransports widerspiegeln immerhin das mehr oder weniger Reale, die Tendenzen, die auf grund der gegebenen Machtstrukturen für wahrscheinlich gehalten werden. Sie sind ernst zu nehmen.

Diese Entwicklungszahlen sind so beträchtlich, daß zusammen mit den heute schon bekannten negativen Erscheinungen des Güterverkehrs, erhebliche Anstrengungen zur weiteren Bewältigung dieser Transportströme unternommen werden müssen. **Daran ist nicht mehr vorbei zu kommen.** Die angestrebten auf höhere Effizienz gerichteten Systemänderungen nach Plan B werden diese Entwicklung nicht mehr verhindern können.

Die negativen Tatsachen sind vor allem folgende:

Die über die Straßen und Autobahnen fließenden Gütertransporte sind anteilig an den volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen des Güterverkehrs viel zu groß. Sattelschlepper und LKW verstopfen die Fahrspuren, verlangsamen die Abläufe, begünstigen Stauerscheinungen, nehmen den Rastplätzen Aufenthaltsqualität, verschleißten Fahrbahnen und Brücken entscheidend, provozieren Verkehrsunfälle, tragen trotz motortechnischer Verbesserungen in hohem Maße zum Ausstoß von CO₂ und anderer Schadstoffe bei. Die Belastungen der eingesetzten Kraftfahrer sind sehr hoch. In Summe behindert der Güterkraftverkehr den individuellen Fahrzeugverkehr incl. des Einsatzes von Reisebussen erheblich. Ungeachtet aller Zukunftsvorstellungen von Plan B über die möglichen Einschränkungen des motorisierten Personenverkehrs⁶³ ist es doch naheliegend, dem motorisierten Personenverkehr erst einmal vernünftige Einsatzbedingungen im deutschen Straßensystem durch starke Reduzierung des Güterverkehrs auf Straße, durch regelmäßige Wartung und Erneuerung der Verkehrsanlagen, durch Verminderung der Baustellenanzahl zu gewähren. Was wäre das schon für eine Freude für den normalen Autofahrer, der seine bescheidene Autofahrerfreiheit genießen möchte.

Die bisherigen Voraussagen der Transportexperten sagen aus, daß sich der Anteil des Gütertransports über Schiene erneut nicht besonders steigert und selbst bis 2050 bei 18,7 %⁶⁴

61 Die o.a. Quelle betrachtet dies selbstverständlich als positiv für die Wirtschaft allgemein und speziell für alle Transportträger: Heißa, es gibt immer mehr zu transportieren und zu verdienen und: Staat Sorge für die Infrastruktur, wir zahlen doch dafür Steuern und Maut.

62 Die Autoren dieser Studie kommen zu diesem Ergebnis, obwohl sie sicher davon ausgegangen sind, daß beim Seetransport mit den neuen gigantischen Containerschiffen (neuerdings bis zu **20.000** Container Fassungsvermögen) riesige Anstrengungen unternommen werden, um die Chancen des frachtgünstigen Seetransports über große Entfernungen zu nutzen. (Frachtkosten auf ein Fernsehgerät von China nach Europa: 3,42 Euro).

63 Stimmt die These „Die Liebe zum eigenen Auto stirbt ab, weil der öffentliche Personenverkehr so gut geworden ist, daß der rationell denkende Mensch der Zukunft mit dem eigenen Auto Schluß macht“? Es gibt aber doch eine Reihe von Fahrplänen, wo die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nicht die bevorzugte Variante ist. (Fahrt mit Last, bei schlechtem Wetter, Fahrt mit der kinderreichen Familie, mit Verwandten, mit Kranken, mit Tieren, einfach mal so unabhängig von Verkehrsnetz und Fahrplänen) Abseits vom Nahverkehrsnetz liegende Ziele steuert der Bürger zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem einmal in der Woche fahrenden Gemeindebus, mit dem Leihauto oder mit einem Taxi an? Auch das ist zweifelhaft. Privater PKW kostet mehr als die Nutzung des öffentlichen Verkehrs, das stimmt schon, aber die Unterschiede werden teilweise auch nicht so gravierend groß sein, um auf persönlichen Luxus zu verzichten. Auch die Preise für die öffentlichen Verkehrsmittel können nicht nach Belieben gesenkt werden.

64 Eine Prognose bis 2050 mit einer Kommastelle, Donnerwetter!

verharrt. Diesen Trend beobachte ich im Grunde schon seit 1990. Immer wieder wurde die Forderung erhoben, den Anteil des Schienengütertransports wesentlich zu erhöhen, aber es ging in der Praxis nicht entscheidend voran. Ursachen war die langanhaltende Sparwut der Deutschen Bundesbahn im Rahmen ihres politisch forcierten Börsengängehrgeizes, aber auch der anhaltende Widerstand der produzierenden und transportierenden deutschen Wirtschaft gegen befürchtete Mehrkosten oder Umsatzausfälle. In diesem widerspruchsvollen Prozeß haben sich wertvolle Erfahrungen angesammelt, die für künftige Neuansätze berücksichtigt werden müssen. Wenn Staat und Gesellschaft ernsthaft an einer nennenswerten Steigerung des Schienengüterverkehrs und an einer adäquaten Senkung des internationalen und nationalen Ferngüterverkehrs über Straße (Schrittweise Verdrängung der Ferntransporte bei Reichweiten über 250 km)⁶⁵ angesichts der enorm wachsenden Leistungsanforderungen interessiert sind und die LKW-Lawinen eindämmen wollen, so sind folgende Maßnahmen in Betracht zu ziehen:

- Die Qualität des gesamten befahrenen Schienennetzes sowie der Steuer- und Sicherheitstechnik ist auf einen Stand zu bringen, der höhere Belegungsfrequenzen möglich macht und bewirkt, daß trotz relativ hoher Zugfahrtfrequenzen für den Personenverkehr, also ohne Nachteile für diesen, auch mehr Güterzüge die Strecken passieren können und sich die gesamte Durchlaßfähigkeit der Bahnanlagen auch zugunsten des Schienengüterverkehrs weiter erhöht.⁶⁶

Im Interesse des Umwelt- und Landschaftsschutzes ist die Streckenführung vermehrt teilweise in Trog- oder Tunnelausführung zu realisieren. Zusätzlich zu den Schallschutzdämmwänden und -wällen sind Entwicklung und Einsatz spezieller Leise-Lauf-Technologien für Schiene und Waggon zum effektiven Lärmschutz der an den Strecken wohnenden Bürger sicherzustellen.

- Bei definierten nicht mehr überschreitbaren Grenzen dieser Durchlaßfähigkeit⁶⁷ ist der Neubau separater Trassen oder der Erweiterungsbau ausgewählter Hauptstrecken durch Deutschland vor allem für den Güterverkehr in Ost-West und in Nord-Süd-Relation, in Angriff zu nehmen, um den wachsenden Transit- und Durchgangsverkehr, auch über die Großhäfen, und mit neu angeschlossenen hochautomatisierten Containergroßumschlagplätzen außerhalb der Großstädte im großen Dimensionen souverän bewältigen zu können.⁶⁸

Im Interesse des Umwelt- und Landschaftsschutzes ist die Streckenführung teilweise in Trog- oder Tunnelausführung zu realisieren. Zusätzlich zu den Schallschutzdämmwänden und -wällen sind Entwicklung und Einsatz spezieller Leise-Lauf-Technologien für Schiene und Waggon zum effektiven Lärmschutz der an den Strecken wohnenden Bürger sicherzustellen.⁶⁹

65 Um bei der Senkung des Straßengüterverkehrs, zugunsten des Schienengüterverkehrs und des Personenverkehrs einen **nennenswerten Schritt** voranzukommen, unterstütze ich die auch in Plan B angegebene maximale Distanz von 250 km.

66 Das in Plan B für notwendig erachtete generelle Nachtfahrverbot kommt mir im Sinne einer Maximierung der Durchlaßfähigkeit des vorhandenen Schienensystems fragwürdig vor. Verständliche Bürgerfreundlichkeit kollidiert mit Transporterfordernissen. Man muß sich darüber im Klaren werden: Jede Absenkung der Durchlaßfähigkeit des vorhandenen Schienensystems erhöht den Zwang, Sondertrassen für den Schienengüterverkehr – wie im 2. Schwerpunkt beschrieben – zu realisieren.

67 Sicherheitssteuerung mit vorrangigem Personenverkehr wird vorausgesetzt.

68 Um die Größe dieser Aufgabe zu veranschaulichen, möchte ich von einer Zukunftstechnologie des 21. Jahrhunderts sprechen, die hier zu gestalten ist. Ihr auszuweichen, ist kaum möglich, da Deutschland in diesem Jahrhundert im europäischen und internationalen Landtransport auf Grund seiner geographischen Lage unvermeidlich wachsende Transit- und Verteilungsaufgaben zu erfüllen hat.

69 Auf Grund der überragenden Bedeutung dieser Qualitätsanforderungen an den Bahnbetrieb für den gesellschaftlichen Konsens ist diese Passage hier noch einmal angeführt.

- Im Zusammenhang mit dem Bau ausgewählter Hauptstrecken für den Güterverkehr sind die Anschlußpunkte zu den entsprechenden Nachbarländern mit den sich anschließenden Strecken komplett zu planen und ist ihre Realisierung zu überwachen und abzustimmen. Die Interessen aller EU-Länder sind dabei sorgfältig zu beachten. Mit einer perspektivisch gewollten starken Einschränkung des LKW-Fernverkehrs über 250 km wird sich der Bedarf aller EU-Länder auf den schienengestützten Güterverkehr ebenfalls in adäquater Weise ausdehnen.⁷⁰
- Das bestehende Netz der Containerumschlagplätze ist weiter auszubauen. Besonderer Wert ist auf einige neue hochmoderne Containergroßumschlagplätze an den neuen Hauptstrecken für den Güterverkehr zu legen, die mit großer Umschlag- und Lagerungskapazität in der Lage sind, die Umschlagprozesse zwischen Straße und Schiene zügig abzuwickeln. Die Standorte sollen so gewählt werden, daß Zuliefern oder Abholen der Frachtcontainer über Straße etwa in einem Umkreis bis maximal 200 km erfolgt. Dieser Bereich wird als der typische Aktionsradius für verteilende LKW im kleinen Fernverkehr angesehen.⁷¹
- Für alle beteiligten Firmen müssen tarifliche Regelungen gefunden werden, die zunächst einmal den betrieblichen Interessen nach kostendeckenden Einnahmen und vernünftigem betrieblichen Gewinn gerecht werden. Gleichzeitig müssen die Transportpreise aber einen Kostenrealismus widerspiegeln, der die Kosten der über große Entfernungen beförderten Waren richtig widerspiegelt und beim Endverbraucher spürbar wird.⁷² Schließlich muß verhindert werden, daß wegen nicht harmonisierter Frachtenlösungen von dem neuen Transportprinzip trickreich abgewichen wird und die alte Belastung auf Autobahnen und Straßen zurückkehrt. Hier wird konsequente staatliche Lenkung erwartet, um für den zu erwartenden Konflikt zwischen Bahn und Spedition, zwischen Transportunternehmen und Transportkunden eine Lösung zu finden.

Die hier skizzierten Maßnahmen umreißen ein langjähriges Programm, das mit großer öffentlicher Startdiskussion, vielleicht auch im Bundestag, Projektierung, Planfeststellung unter Bevölkerungsteilnahme, Bau, Erstinbetriebnahme von Teilabschnitten mindestens 10 Jahre dauert und einige Mrd. Euro kosten dürfte. Aber ohne diese volkswirtschaftliche Großmaßnahme ist der übergroße Anteil des Straßengütertransports nicht sichtbar abzubauen und sind die Hoffnungen auf einen erst einmal normalen Personenverkehr auf den Straßen in weiten Teilen Deutschlands auf Jahrzehnte in Frage gestellt, geschweige denn die Hoffnungen auf die Idealvariante in noch weiter entfernte Zeiträume.

Ich halte die Situation für so dringlich, daß zu mindestens der politische Vorbereitungsteil des Vorhabens in den kommenden 5 Jahren gestartet wird. Im Hinblick auf Plan B halte ich eine solche Maßnahme auf keinen Fall für ein „kapitalistisches Provisorium“, sondern für eine absolut nützliche Stärkung der Infrastruktur künftiger Zeiten, **das Zukünftige wächst im Heute.**

Der zu erwartende Wachstumsschub im Gütertransport läßt sich auch durch die im Plan B fixierten Zielstellungen nicht mehr überspringen. Der riesige Handelsraum von Rotterdam bis Wladiwostok oder Schanghai wird kommen, und damit ist auf lange Zeit ein Handelsaustausch projiziert, der

70 Wenn z.B. Spanien seine Edelgemüse und Südfrüchte nicht mehr per LKW nach Deutschland transportieren darf – ich gehe davon aus, daß mit Schaffung der bahntechnischen Voraussetzungen der Ferntransport von Gütern über 250 km Entfernung auf Straße bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr gestattet ist – werden zukünftig verstärkt Kühlcontainer oder Sattelaufleger mit Kühltechnik zum Einsatz kommen.

71 Im Unterschied dazu sehe ich den Stückgut-Verteilungsverkehr im straßengebundenen Nahverkehr, der im Umkreis von ca. 100 km Güter abholt oder verteilt.

72 Das ist doch gewollt, daß unnötige überweite Transporte gedrosselt werden und der Endverbraucher stimuliert wird, Produkte aus der näher liegenden Region zu kaufen.

auch die Landwege viel stärker beansprucht wird.⁷³

Auf Grundlage dieser Überlegungen zur Entwicklung des Güterverkehrs nun meine Hauptvorstellungen für den Personenverkehr der Zukunft. Genau so wie in Plan B erwarte ich für die Zukunft vor allem einen Personenverkehr mit überwiegend öffentlichen Verkehrsträgern,

- die ihre Aufgaben in hoher Qualität durchführen, mit Merkmalen wie Sicherheit (vor Havarien, vor Vandalismus durch Verschmutzung und Zerstörung, vor Kriminalität gegen Fahrpersonal und Passagiere in den Fahrzeugen) bedarfsgerechte Einsatzfrequenz, Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit, ausreichendes Platzangebot, ausreichender personeller Service im Fahrzeug und auf den Stationen, Sauberkeit in den Fahrzeugen, Sauberkeit der Bahnhöfe und anderen Bahnanlagen, Verhinderung vandalistischer Verschmutzungen⁷⁴, Zerstörungen und kriminalistischer Diebstähle und Beschädigungen an den Bahnanlagen, schnell reagierende Informationssysteme. Diesen Anforderungen zu entsprechen, führt zwangsläufig zu einem **erhöhten Personalbedarf**, der entschiedenes Umdenken notwendig macht.
- die sich als ein Servicesystem darstellen, das durch seine Betriebsführung, die Qualität seiner Leistungen zeigt, daß es dazu da ist, **den Menschen zu dienen**. Es macht die Fahrten zu einem normalen Regelereignis, das bei Bedarf problemlos – ohne große organisatorische Vorbereitung incl. Variantenstudium bis zum Fahrkartenkauf am Automaten mit vielleicht 20 Zwischenschritten bei gleichzeitig schwächelnden Automaten– auch von älteren Menschen zu jeder Tageszeit, ohne Belästigungen durch Schwachmaten⁷⁵ aller Art angetreten werden kann. Gegen die Praxis, bestimmte Fahrten als Event (z. B. Städtereisen) zu gestalten, werden keine Einwände erhoben.⁷⁶
- die als betriebswirtschaftlich geführte Unternehmen nach ökonomischen Prinzipien arbeiten, kostengünstige Lösungen verfolgen und ihre Fahrpreisgestaltung **kostendeckend**, also mit Abdeckung aller Sicherheits-, Wartungs-, Erhaltungs- und Erneuerungs- bzw. Erweiterungsmaßnahmen, vollziehen. Notwendige Kredite zur Sicherung der Liquidität werden von den regionalen, der Realwirtschaft dienenden Banken mit moderaten Zinssätzen gewährt. Wie weit auch auf **Gewinnerwirtschaftung** hin gearbeitet wird, ist bei den regionalen Behörden im Zusammenhang mit den Erfordernissen kommunaler bzw. regionaler Finanzierung auf Kreis- bzw. Landesebene zu bestimmen.⁷⁷

73 Trotz der gegenwärtigen politischen Spannungen zwischen dem Westen und den BRICS- Staaten Rußland und China mit ihren verschiedenen Aspekten und Ursachen wird die wirtschaftliche Vernunft siegen und werden sich große Perspektiven friedlicher Zusammenarbeit eröffnen, die wiederum den politischen Wandel befördern.

74 Entgegen allen versöhnlichen Interpretationen von Jugend und Freiheit und Kunst und so, zählt für mich die chaotisch angebrachte Graffiti in erster Linie zu den EGO-gesteuerten Verschmutzungen der Umwelt, die gegen den Willen einer Mehrheit an öffentlichen und privaten Objekten angebracht werden, teilweise künstlerische Fertigkeiten einschließen und aus politischen Gründen nicht wirkungsvoll verfolgt werden. Das deutsch-öffentliche Freiheitsgejammer für 2 Leipziger Anfangszwanziger, die extra nach Singapur reisten, um mit Hilfe von zig Spraydosen Züge im Depot zu besprühen und dafür zu 9 Monaten verurteilt wurden, ist respektlos gegenüber den oft besseren Sitten anderer Länder. Diese Form von deutschem Kulturexport ist höchst blamabel. Dafür sollten sich deutsche Regierungsverantwortliche in Singapur entschuldigen. Es sollte gelingen, die 2050 hoffentlich wieder vollbeschäftigte Jugend, aber auch die wohlstandsverwirrten Jüng- und Mädlinge, auf andere Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitbetätigung zu orientieren, oder wo sind wir dann mit den ethischen Auffassungen von Arbeit, Kunst und Kultur gelandet? Wird über die ununterbrochene Wiederholung des Freiheitsbegriffs die Erziehung vergessen?

75 Das Wort ist aus Schwachmatikus abgeleitet, reicht zurück bis ins Jahr 1700, damals im studentischen Milieu sprachlich angesiedelt.

76 Ausdrücklich als Scherz: Kaffeefahrten mit Bussen des ÖPVN sind nicht gestattet.

77 Ich bin davon überzeugt, daß sich auch 2050 noch nichts an diesem Verfahren geändert haben wird und die regionalen Kassen nicht übersprudeln, obwohl sich die Politik in den Jahrzehnten davor, auch auf Druck der Linken, immer mehr Mühe gegeben hat, das steuerliche Aufkommen Richtung regionaler Kassen stetig zu erhöhen.

- die im Einklang mit den finanziellen Möglichkeiten der ihnen übergeordneten Behörden sich bemühen, die Fahrpreistarife über mehrere Jahre stabil zu halten, ein günstiges Preisniveau pflegen, das für möglichst viele Bürger den Anreiz zur Nutzung dieser Angebote bietet, und damit auf die Nutzung ihres eigenen Autos zu verzichten, und im besten Fall, vor allem im ÖPNV, **Möglichkeiten der kostenlosen Nutzung** bieten.
Generell im ÖPNV oder in ersten Bereichen des Fernverkehrs wird letzteres aber auch 2050 noch nicht der Fall sein, weil das Verhältnis aller miteinander verflochtenen Aufkommens- und Bedarfskomponenten auf der dann erreichten Stufe gesellschaftlicher Entwicklung noch keine auf Jahre stabile ausgeglichene Bilanz ermöglicht. Diese Stufe wird erst nach Festigung aller Teilsysteme Jahrzehnte später erreicht.

Die Leistungsstruktur des Personenverkehrs möchte ich wie folgt gruppieren und einige ihrer Entwicklungstendenzen im Fernverkehr kommentieren:

- Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), vor allem innerhalb der Länder und Regionen, verläuft in der **ersten Hauptvariante** ausgehend von den Großstädten als Verkehrszentren unter wahlweisem Einsatz von Bussen, Straßenbahnen, U- und S-Bahnen innerhalb der Großstädte und bis in die städtischen Peripherien sowie mit Regionalzügen für die Entfernungsbereiche bis ca. 200 km Gesamtstrecke, die die großstädtischen Zentren mehrfach haltend durchqueren und die kleineren Zentren der Region mit dem Großzentrum rationell verknüpfen.
Eine **zweite Hauptvariante** der Organisation des ÖPNV deckt die übrigen regionalen Bereiche per Regionalbahn ab, die nicht von dem o.a. Verkehrsnetz erfaßt sind, z. B. Relationen ab Großstadt bis zu Zielen, die nicht vom o.a. Regionalverkehr berührt werden, andere Relationen zwischen mittelgroßen Zielpunkten. Dazu kommt der flächendeckende Busverkehr mit relativ hoher Dichte der Haltepunkte und stark differenzierten Bedienungsfrequenzen in Abhängigkeit von der Nachfrage. Die im Plan B angeführten kommunalen oder auch privaten Fahrangebote für besonders schwach besiedelte Gebiete mit Kleinbussen und mit wenigen Fahrten pro Woche zählen ebenfalls zu diesem Komplex. Besonders von diesem Leistungsbereich des Personenverkehrs wird erwartet, daß er die Bedürfnisse der Bürger in guter Qualität erfüllt und sich seine Nutzung wie selbstverständlich ins Leben einfügt.
- Die innerdeutschen Fernverkehre mit Bahn oder Bus mit Relationen etwa von 200 - 800 km. Hierfür wird die Entwicklungstendenz gesehen, daß mit zunehmender Ertüchtigung des Bahnverkehrs hinsichtlich seiner verschiedenen Leistungskriterien die Nachfrage wieder wächst und die gegenwärtige Abwanderung dieser Nachfrage zum Busverkehr gestoppt wird. Wenn sich die öffentliche Bahn auch ökonomisch wieder stabilisiert hat und von den zuständigen Behörden darin unterstützt wird, ihre Fahrpreise zu vermindern, dürfte eine weitere Nachfragesteigerung möglich werden. Dieser Vorgang einer wieder stärkeren Bahnnutzung kann auch dadurch gefördert werden, indem die Reisebusunternehmen stärker an den infrastrukturellen Straßenkosten über entsprechende Mautzahlungen oder Steuern beteiligt werden. Eventfahrten von Busgesellschaften werden hiervon nicht beeinflusst. Kombinierte Bahn-Busfahrten sind eine weitere Nuance, die den Bahnfahrten Auftrieb verleiht, aber dem Reisenden „abverlangt“, umsteigen zu müssen.
- Die deutschen grenzüberschreitenden Fernverkehre von und in die benachbarten europäischen Länder. Gemessen an den Möglichkeiten der EU sind diese Fernverkehre noch stark unterentwickelt. Wesentliche Ursache für diesen Entwicklungsstand sind das zu niedrige Niveau der europäischen Integration bei den Investitionen für das Bahnwesen und die erheblichen Unterschiede im Lebensstandard, um die Nachfrage nach entsprechenden

Reisen kräftiger zu stimulieren. Im Ergebnis ist die Zahl der Reisenden für europäische Relationen viel zu gering. Das realisierte internationale und durchgehend schnell befahrbare Streckennetz weist zu viele Lücken auf. Der Einsatz von Auto- und Nachtzügen ist auch aufgrund deutscher Bahnentscheidungen wieder zurückgegangen. Statt dessen wird mehr Bus und PKW gefahren, wird geflogen,.

Mit einem entsprechenden Investitionsprogramm⁷⁸ müßte es möglich sein, beim bahngelassenen Personenverkehr große Fortschritte zu machen und die Benutzung von PKW und Flugzeug wesentlich zurückzudrängen. Wenn tatsächlich ein solcher Aus- und Neubauprozess zustande käme, würde dies die EU im realen Leben politisch, wirtschaftspolitisch aber auch auf dem Gebiet des menschenverbindenden Schienenverkehrs mit einem **Quantensprung** in die richtige Richtung voranbringen.⁷⁹ Das müßte eigentlich 2040 erreicht und 2050 gefestigte Realität sein.

- Der individuelle motorisierte Verkehr⁸⁰ dürfte in den kommenden Jahrzehnten immer noch eine große Rolle spielen. Der Ferngüterverkehr über 250 km wird durch Investitionen in den Schienengüterverkehr, durch preisliche Stimuli für den Schienentransport und regulative Maßnahmen zur Transportlenkung zunächst in seinem Wachstum gebremst, dann beginnt der Anteil des Straßentransports an der gesamten Gütertransportleistung in Deutschland zu stagnieren und abzusinken bis schließlich ein Zustand erreicht ist, wo sich die Fahrbedingungen für den motorisierten Personenverkehr für PKW, Busse und auch Motorräder deutlich verbessern.⁸¹ Die Straßen werden wieder "leerer", ihr technischer Zustand erreicht durch zwischenzeitliche Baumaßnahmen an den Straßen und Autobahnen ein zufriedenstellend bis gut oder teilweise sehr gut, die Zahl der Staus nimmt ab, weil die große Welle der Sanierungsarbeiten abgeflaut ist und unerwartet auftretende Mängel sofort bzw. allgemeiner Verschleiß stärker nach dem Vorsorgeprinzip beseitigt werden. Die Zahl der PKW-Besitzer vor allem in Großstädten nimmt in dieser Entwicklungsphase langsam weiter ab. Trotzdem bleibt die Gesamtzahl der PKW immer noch hoch, weil es trotz stark verbesserten ÖPNV und anderer Bereiche des Personenverkehrs immer noch viele Anwendungssituationen gibt, wo der Bürger nicht auf seinen PKW verzichten möchte.⁸²

Die deutsche PKW-Produktion wird auch in Deutschland 2020 bis 2030 noch immer ihren Absatz finden. Ihr Gesamtergebnis ist nach wie vor durch hohe Exporte beeinflusst. Es wird aber möglich, daß wegen beginnender partieller Absatzschwierigkeiten in der PKW-Produktion und aus unternehmerischer Vorsorge neue industrielle Betätigungsmöglichkeiten z. B. im Bereich des Fahrzeugbaues für den Personenverkehr gesucht werden.

Zu Agrar: Wochenmarkt statt Weltmarkt (Seiten 35 - 41)

Als 4. großer Volkswirtschaftsbereich, der im Plan B erörtert wurde, um in den nächsten Jahrzehnten wesentliche gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, wurde die Agrarwirtschaft ausgewählt. Mit ihr wird besonders deutlich, daß die menschliche Existenz mit den

78 Juncker's Investitionsabsichten hätten hier ein reiches Betätigungsfeld.(Vgl.Fußnote 38)

79 Mit historischen Maßstäben gemessen fällt mir der gewaltige europäische Eisenbahnbau in der 2. Hälfte des 19. Jahrhundert ein.

80 In der Berliner Verkehrsplanung gibt es den Begriff des MIV(Motorisierter Individualverkehr)

81 Wenn ein solcher Zustand erreicht wäre, könnte es trotz der hier angedachten „Sonnenseiten des MIV“ notwendig werden, gesetzlich etwas gegen deutsche Raserei zu unternehmen, also für den Schutz von Menschen gegen freiheitliche Raserei. Die im Plan B anvisierten 130 km Maximalgeschwindigkeit für Autobahnen werden unterstützt.

82 Vgl. mit Fußnote 63 auf Seite 30!

natürlichen Bedingungen unserer Erde unlösbar verbunden ist. Wenn die Zukunft der menschlichen Gesellschaft nachhaltig gesichert werden soll, so muß besonders in der Agrarwirtschaft ein tiefgreifender Umwandlungsprozeß in Gang gesetzt werden, der die inneren Strukturen der Agrarwirtschaft aber auch die mannigfaltigen Wechselbeziehungen zu den sie umgebenden volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Strukturen gravierend umformt. Um diese Aufgabe zu bewältigen, bedarf es eines Einigungsprozesses aller daran interessierten Kräfte, für den Die Linke die Rolle einer Antriebskraft spielen kann, aber unbedingt politischer Verbündeter bedarf, um nach und nach ein ausreichendes Veränderungspotential zu schaffen.

Die Autoren veranschaulichen in Ihrem Text zur Agrarwirtschaft mit detaillierten und qualifizierten Aussagen ihre Vorstellungen zu den nötigen nachhaltigen Veränderungen. Der Autor dieser Stellungnahme ist kein Experte der Agrarwirtschaft und versucht deshalb, über eigene, auch auf Plan B gestützte, Systematisierungsschritte in das Problemfeld einzudringen, um mit angemessenem Textaufwand zu einigen Hervorhebungen zu gelangen.

1. Ernährungssouveränität ist das Leitbild der internationalen Agrarpolitik und muß sich demzufolge in der Politik der UN, der EU, anderer Länderzusammenschlüsse und der einzelnen Länder selbst widerspiegeln. **Dieses Leitbild schließt ein Recht auf Nahrung ein, das gleichzeitig aus der Pflicht zur Eigenanstrengung bei der Nahrungsmittelerzeugung abgeleitet ist.** Es ist also richtig, wenn in allen Ländern entsprechende Eigenanstrengungen unternommen werden und alle wirtschaftsschwachen Länder gefordert und befähigt werden, nach diesem Leitbild zu handeln. Länder dabei mit Wasserknappheit zu erpressen, ist ein Menschenverbrechen. Andererseits ist es widersinnig, in Ländern mit Wasserknappheit in übergroßem Maße auf Agrarexporte zu setzen.⁸³ Der politische und wirtschaftliche Wille zur Eigenversorgung ist über den Willen zum Agrarimport zu stellen. Der Wille exportierender Staaten zur Hilfe für den Schwachen ist über den Ehrgeiz zum Agrarexport zu stellen.⁸⁴
2. Nicht nur jede Region der Welt, und damit auch die EU, fast alle Staaten besitzen die agrotechnisch begründete tatsächliche Fähigkeit, sich im wesentlichen⁸⁵ selbst ernähren. Die Flächen-Bundesländer in Deutschland sind auch dazu befähigt und stehen deshalb erst recht vor der Aufgabe, einen hohen Grad von Eigenversorgung zu erreichen. Die Agrarwirtschaft ist überall im ökologischen, im sozialen, aber auch im ökonomischen Sinne gefordert, diesen Aufgaben unter den jeweiligen Bedingungen gerecht zu werden.⁸⁶

83 Dafür ist das EU-Land Spanien ein Beispiel. Die verständlich starke Rolle des Obst- und Gemüseexports muß dann eine Begrenzung erfahren, wenn die nationalen natürlichen Wasserreserven zu stark angegriffen werden und z.B. in Küstenregionen die Gefahr der Versalzung durch in Grundwasser nachdrängendes Meereswasser entsteht. (Erdbeeranbau in Andalusien)

84 Der Satz ergibt sich hier logisch. Aber welches Exportunternehmen verzichtet auf ein gewohntes Geschäftsfeld? Doch sicher nur, wenn „Ersatzgeschäftsfelder“ möglich werden. Ohne entsprechenden politischen Willen dürfte das kaum gelingen.

85 Ich verstehe das hier als die gegebene Möglichkeit, von den Nahrungsmitteln des Heimatlandes auf gesunde Art und Weise satt zu werden. Ergänzende Agrarprodukte und Lebensmittel aus anderen Ländern und aus anderen Regionen der Welt sind immer möglich. Oft sind diese Produkte ein für die exportierenden Länder wichtiger Ausfuhrartikel, mit dem sie ihre Außenhandelsbilanz überhaupt erst wirtschaftlich gestalten können. Das klassische Beispiel sind die Agrarprodukte aus den südlichen EU-Ländern, die in den EU-Ländern des „Nordens“ gefragt sind.

86 Prinzip 1 drückt mit anderen Worten aus: Notleidende Länder haben ein Recht, in bestimmten Situationen um internationale Hilfe zu bitten. Sie haben aber auch die Pflicht, sich um ihre Eigenversorgung zu kümmern. Prinzip 2 drückt aus, daß sich jedes Land unter seinen spezifischen Bedingungen um die nachhaltige Eigenversorgung kümmern muß.

3. Zur Umsetzung der beiden vorgenannten Prinzipien sind in den prozeßnahen Regionen⁸⁷ im Verlaufe einer langen Übergangsperiode **weitgehend geschlossene regionale stoffliche Kreisläufe** beruhend auf der natürlichen Verbindung von Boden, Pflanze und Tier herzustellen. Die externen Betriebsmittelzukäufe wie Futtermittel, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel, Kraftstoffe können infolge der sich ständig verbessernden natürlichen und ökologischen Bodenbearbeitung⁸⁸ schrittweise verringert und möglichst im engen regionalen Umkreis realisiert werden. In Abhängigkeit vom benötigten Produkt, den Bedarfsmengen, dem Bedarfsrhythmus, den Preisverhältnissen, den konkreten Angebotsverhältnissen kann und muß der Bezug der Betriebsmittel aber auch aus weiter entfernten Regionen im Rahmen eines Bundeslandes oder aus anderen Bundesländern erfolgen. Der Import wird starken Einschränkungen unterliegen und sich auf unbedingt erforderliche Artikel begrenzen. Es wird ein starker Rückgang an durch die Agrarwirtschaft verursachten Transporten in t/km eintreten. Die Vorteile geschlossener regionaler Kreisläufe werden sich schließlich auch in Kostenvorteilen niederschlagen, die für die landwirtschaftliche Betriebsführung von Bedeutung sind und auch kleineren Betrieben wieder eine bessere Chance existenzsichernder Bedingungen geben.
4. Die Entwicklung geschlossener regionaler stofflicher Kreisläufe und die gleichzeitige Verstärkung der regionalen Versorgungsfunktion führt **tendenziell zu einem höheren Bedarf an Arbeitskräften**, um der Vielfalt der in der Agrarwirtschaft anfallenden Aufgaben tatsächlich gerecht werden zu können.⁸⁹ Dieser Mehrbedarf kann in dem Maße an Gewicht gewinnen, wie die in der Landwirtschaft üblichen Tendenzen zur Selbstausschöpfung von Familienangehörigen zurückgedrängt werden. Dieser Mehrbedarf an Arbeitskräften ist eine Teilantwort auf die in der Zukunft wegfallenden Arbeitsplätze in anderen Volkswirtschaftsbereichen, wie in der Industrie, im Handel, bei Banken und Versicherungen, wo der allmähliche Wegfall des bisher systemisch bedingten Wachstumsprinzips, der technische Fortschritt, die gleichmäßigere Verteilung der Produktivkräfte auf die Zonen der Welt zu entsprechendem Wegfall von Arbeitsplätzen führen. Der höhere Bedarf an Arbeitskräften in der regionalen Agrarwirtschaft stabilisiert gleichzeitig das örtliche Arbeitsplatzangebot. Er ist allerdings auch ein unvermeidbarer kosten- und preiserhöhender Faktor für die Agrarwirtschaft.
5. Die zukunftsorientierten agrarwirtschaftlichen Strukturen müssen sich unter den gegebenen Bedingungen des Bodeneigentums und der bestehenden Betriebsformen herausbilden. Dieser Prozeß hat nur eine Realisierungschance, wenn er auf demokratischer

87 Unter den „prozeßnahen Regionen“ werden hier vor allem kleinere landwirtschaftliche Nutzungszonen verstanden, die im Gebiet von einer oder mehreren Ämtern oder Samtgemeinden bestehen, aber auch die Grenzen solcher Gebiete, gelegentlich sogar von Kreis- und Ländergebieten überschreiten können, wenn es sich aus den lokalen Bedingungen ergibt.

88 z.B. mindestens dreigliedrige Fruchtfolgen, Mischkulturen, Regulierung des Wasserhaushalts, Förderung der biologischen Vielfalt, Tierhaltung an der Fläche orientiert, Absenkung des Verbrauchs an Mineraldünger, Verhinderung der Umwandlung von Dauergrünland in Ackerland.

89 Bei einer Gesamtzahl von 1,1 Mio Arbeitskräften (AK) in der deutschen Agrarwirtschaft, davon mit ca. 570.000 Familienarbeitskräften, mit nur 195.500 ständigen AK, darf die mögliche absolute Zuwachsgröße durch Umwandlung von Saisonarbeitskräften in ständige allerdings auch nicht überschätzt werden, die sich obendrein erst aus einem langen Wandlungsprozeß ergibt.

Basis verläuft. In den rund 300.000 deutschen Landwirtschaftsbetrieben⁹⁰ mit etwa 135.000 Haupterwerbsbetrieben, 137.000 Nebenerwerbsbetrieben als private Einzelunternehmen und etwa 26.000 Agrargesellschaften (als Personengesellschaften und als juristische Personen in verschiedenen Rechtsformen) müssen Entscheidungen heranreifen und schließlich getroffen werden, die allen gesellschaftlichen Interessen in diesem großen Umwandlungsprozeß gerecht werden. Mit einer wundersamen Art von historischer Wiedererweckung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften kann über viele Jahre nicht gerechnet werden, obwohl doch vieles für eine solche Betriebsform spricht. Dazu sind die politischen und wirtschaftlichen Macht- /verhältnisse nicht gegeben. Ich stelle mir folgende mögliche Transformationsstufen vor:

In der ersten Stufe verlaufen alle fest in der Gegenwart verankerten und machbaren bzw. bei der vorhandenen Gesetzeslage erstreitbaren Vorgänge mit dem Ziel, über verbesserte Einkaufs- und Verkaufsbedingungen die wirtschaftliche Sicherheit der privaten landwirtschaftlichen Einzelbetriebe zu stabilisieren. Dazu werden alle Möglichkeiten in der Region erschlossen, sich rationell zu organisieren. Auch für die Maschinennutzung werden kostengünstige Varianten genutzt. Die kollegiale bäuerliche Zusammenarbeit, teilweise im Rahmen der Bauernverbände, die vertragliche Kooperation, dienen der Festigung der Beziehungen zwischen den Betrieben und dem Austausch agrotechnischer Erfahrungen.

In einer zweiten Stufe werden die Erfahrungen aus Stufe 1 analysiert und zu Schlußfolgerungen zusammengefaßt, die es ermöglichen, die ökonomischen Grenzwerte der verschiedenen Betriebsformen und –größen klar und aktuell zu definieren. Das sollte mit der Orientierung auf eine Agrarwirtschaft der Zukunft erfolgen, die wieder durch eine **höhere Durchdringung mit menschlicher Arbeit** gekennzeichnet sein wird. Deshalb geht es nicht um einen nach üblichen Wettbewerbsmaßstäben verlaufenden Eliminierungsprozeß, sondern um **die entgegengesetzten Fragestellungen:**

Wie können die vorhandenen Haupterwerbsbetriebe sicher existieren, wie können möglichst viele Nebenerwerbsbetriebe wieder den Status eines Haupterwerbsbetriebes erlangen, welche regional förderliche Rolle können die Agrargesellschaften in diesem Umgestaltungsprozeß spielen, ohne ihre eigene Wirtschaftlichkeit zu gefährden oder über den von ihnen aufgebauten Kostendruck die kleineren Betriebe in den Konkurs zu drängen?

In einer dritten Stufe werden von den aktiven gesellschaftlichen Kräften, die sich für diese Aufgabe vereint haben, gesetzliche Schritte vorbereitet, wie die in einem breiten demokratischen Konsens für richtig gehaltenen Veränderungen am besten gefördert und gefestigt werden können.⁹¹ Die neuen gesetzliche Grundlagen werden politisch erstritten. Ihre praktische Umsetzung wird Inhalt der behördlichen Arbeit.

90 Um allen Simplifizierungen vorzubeugen, möchte ich hier in Erinnerung rufen, daß die Bedingungen für die erfolgreiche unternehmerische Führung eines landwirtschaftlichen Betriebes äußerst vielfältig sind, vor allem abhängig von der Größe der bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzfläche, vom Pachtflächenanteil, von den Vermarktungsbedingungen. Dazu kommen die branchenbedingten Besonderheiten der Betriebe. Die hier verwendeten Zahlenangaben lehnen sich an die Erhebungen des Statistischen Bundesamtes von 2010 an.

91 Zahlreiche Anregungen dazu enthält Plan B: Mindestlohn für alle in der Agrarwirtschaft Beschäftigten (das ruft die Frage nach der Bewertung der Arbeit der Familienangehörigen bei Privatbesitz hervor) Tierhaltung muß sich an der zur Verfügung stehenden Fläche orientieren, Förderung oder Einschränkung bestimmter Produktionsmethoden, Einschränkungen bestimmter Agrarexporte und Agrarimporte, Förderung des Anbaues eiweißhaltiger Futterpflanzen, Begrenzung der Eigentumskonzentration an Boden, Bodenkauf durch nichtlandwirtschaftliche Erwerber ist untersagt, Boden- und Pachtpreise werden reguliert, effektivere Förderung des sozial-ökologischen Umbaus durch die EU, Durchsetzung von mindestens dreigliedrigen Fruchtfolgen, Förderung von Landschaftselementen, Verschärfung der Grundstückverkehrsgesetze usw. Für diese Anregungen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, wird ein schwieriger Prozeß, in dessen Verlauf nur Punkt um Punkt in kaum vorher bestimmbarer Reihenfolge realisiert werden kann.

Welche Resultate in diesem Transformationsprozeß letztlich einmal erzielt werden, ist nicht sicher bestimmbar. Eine **an die Gegenwart stark angelehnte erste Variante** könnte eine Betriebsstruktur mit einer wieder stabilen hohen Zahl von Haupterwerbsbetrieben, mit einer sinkenden Zahl von Nebenerwerbsbetrieben und einer limitierten, aus regionaler Sicht für vertretbar gehaltenen Zahl, landwirtschaftlicher Großbetriebe sein,

Eine weiterführende Variante beruht auf der Überlegung, daß sich trotz Verbesserung verschiedener rahmenpolitischer Bedingungen für die Agrarwirtschaft aus den Reihen der kommenden Generationen viele Inhaber von Haupterwerbs- oder auch von Nebenerwerbsbetrieben, die unter besseren Arbeits- und Lebensbedingungen leben und ihre Selbstausschöpfung verringern wollen, aber sich mit ihrem Hof und der Agrarwirtschaft fest verbunden fühlen, verstärkt dazu entschließen, Mitglieder von Agrargenossenschaften zu werden.⁹² Der regionalen Politik ist es gleichzeitig gelungen, die privaten und öffentlichen landwirtschaftlichen Großbetriebe auf effektive Art in den Gesamtkomplex der Agrarwirtschaft von morgen zu integrieren, der ein „friedliches“ und nützliches Mit- und Nebeneinander zur Masse der bäuerlichen Betriebe bewirkt.

6. Es ist erforderlich, die Agrarwirtschaft nicht isoliert, sondern als volkswirtschaftliches Teilsystem zu verstehen, das wiederum mit anderen nachfolgenden Teilsystemen verbunden ist, die erst in ihrer Gesamtheit und arbeitsteilig die Versorgung der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen aller Art und mit Nahrungsmitteln der veredelnden und verarbeitenden Betriebe sicherstellen.

Erst aus dem komplexen Gesamtprozeß ergeben sich die Wirkungen und Resultate, die von der Gesellschaft gefragt sind und beurteilt werden. Die Qualität der perspektivischen Wandlungen in der Agrarwirtschaft wird letztlich an diesem Gesamtergebnis gemessen.

Die Agrarwirtschaft als volkswirtschaftliches Teilsystem umfaßt die typischen landwirtschaftlichen Betriebe, aber auch die meist staatlichen forstwirtschaftlichen Betriebe, den Wein-, Garten-, Obst-, und Gemüseanbau, Baumschulen, Binnenfischereien, Betriebe der Teichwirtschaft, Fischzuchtbetriebe, Imkereien, Wanderschäfereien, Saatzuchtbetriebe, Betriebe der Tierzucht und Betriebe der Tierhaltung.

Sie stehen absatzseitig besonders mit den Betrieben der Ernährungswirtschaft, die **logistische** Funktionen bei Transport, Umschlag und Lagerung, veredelnde (Reifen, Brennen, Sortieren, Säubern, Portionieren, Vorbearbeitung, Verpacken) und **verarbeitende** Funktionen ausführen, in enger kooperativer Verbindung. Das sind die Betriebe der Lebensmittelindustrie, des Ernährungshandwerks (Betriebe bis zu 20 Beschäftigten), des Lebensmittelgroß- und des Lebensmitteleinzelhandels. Die Gastronomie gehört auch dazu. Versorgungsseitig kommen in erster Linie die verschiedensten Branchen des Produktionsverbindungshandels in Betracht.

Die Agrarwirtschaft wird immer vor der Aufgabe stehen, ihre Funktionen nicht nur nach sozial-ökologischen, sondern auch nach ökonomischen, also nach kosten- und preissenkenden Kriterien zu steuern. Wenn auch die Unvermeidbarkeit bestimmter perspektivischer Preissteigerungen einkalkuliert ist, so bleibt die gesellschaftliche Pflicht, den Aufwand in den Betrieben der Agrarwirtschaft auf ein gesellschaftliches Optimum zu

92 Ein Großteil der Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe in Deutschland hat erhebliche Schwierigkeiten bei der Sicherstellung der perspektivischen Nachfolgerschaft der Betriebsführung. Viele Söhne und Töchter wollen nicht mehr die Last des Arbeitsalltages bei meist komplizierten Wirtschaftsbedingungen auf sich nehmen. Die Nachfrage anderer Interessenten ist zusätzlich durch die finanziellen Bedingungen einer Hofübernahme gemindert, kann aber auch über Pacht erfolgen. Diese Probleme könnten bei Zugehörigkeit zu einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (oder heute: Produktivgenossenschaft) wesentlich leichter gelöst werden.

begrenzen, das gleichermaßen vom Produzenten und vom Konsumenten akzeptiert werden kann. Beliebige Preisbildungen wird es auch 2050 nicht geben, ohne dabei gewisse Modifikationen zur Kaufsteuerung mit fördernder oder bremsender Absicht gänzlich auszuschließen.

Die wichtigsten Hauptfelder zur Beeinflussung des Betriebsergebnisses sind die Minimierung der Einkaufskosten, die rationelle agrotechnische Gestaltung der Hauptprozesse, die zusätzliche Erbringung von Nebenleistungen (Erzeugung regenerativer Energie, Angebote zur Urlaubs- und Freizeitgestaltung, Vertragsarbeiten für andere Betriebe, Leistungen zur Veredlung landwirtschaftlicher Produkte), die Direktvermarktung der erzeugten Produkte.⁹³ und vor allem die Durchsetzung vernünftiger Verkaufspreise gegenüber Industrie und Handel,

Der Weg in die Zukunft der Agrarwirtschaft wird noch lange ein Weg sein, der durch anhaltende Auseinandersetzungen um die optimalen Preise ab landwirtschaftlicher Betrieb an die Abnehmer aus Industrie und Handel geprägt ist. Mit zunehmender wirtschaftlicher Stärke der Abnehmerfirmen bis zum internationalen Lebensmittelkonzern und deren Neigung zum Preisdiktat stellt dieser Preiskampf eine besondere politische und wirtschaftliche Hürde dar.

7. **Der sozial-ökologische Umbau der Agrarwirtschaft erfordert, daß ein allseitiger fester gesellschaftskultureller Zusammenhang zwischen der regionalen Agrarwirtschaft und der Bevölkerung** hergestellt wird. Auch die städtische Bevölkerung muß diesen Wandlungsprozeß verstehen, nicht nur bei der Auswahl und Kauf der Lebensmittel, sondern auch die Gründe für den notwendigen Wandel, um dabei aktiv mitzumachen. Sie sollte die damit erschließbaren Vorteile erfassen und einen gewissen Grad von Verständnis aufbringen, wenn bestimmte Preiserhöhungen vor allem aus plausiblen Lohnkostengründen nicht vermieden werden können.⁹⁴

Die gegenwärtigen Reaktionen der Bevölkerung auf die schon eingetretenen ökologischen Veränderungen in der Agrarwirtschaft lassen hoffen, daß dieser geistige Wandel auch perspektivisch bewältigt werden kann. Es wird aber auch deutlich, daß der Vertrauensvorschuß der Bevölkerung in die Qualität der Produkte immer wieder durch Leistung verdient werden muß. Ausreichende Kontrollen bei Agrar- und Ernährungswirtschaft müssen für ausreichende erzieherische oder auch strafrechtliche Wirkung gegen Fahrlässigkeit oder sogar betrügerische Kriminalität sorgen.

8. An der gesamten Bodenfläche Deutschlands mit 357.341 km² sind die Landwirtschaftsflächen mit 52,11 %, die Waldflächen mit 30,27 % sowie die Siedlungs- und Verkehrsflächen mit 13,56 % beteiligt.⁹⁵ Damit wird deutlich, wie die Agrarwirtschaft das gesamte Flächenbild prägt. Die zwangsläufig enge Verflechtung mit den Siedlungs- und Verkehrsflächen bedingt, daß die Landwirtschaftsflächen bei vielen Bauvorhaben immer wieder tangiert werden. Die regionale Planung ist daher ständig gefordert ist, kluge Antworten für die jeweiligen baulichen Standortssituationen zu geben, die insbesondere den

93 Der überwiegende Verkauf landwirtschaftlicher Produkte erfolgt über die Discounter. Sie stellen ein wesentliches Stück preisbestimmende Marktmacht gegenüber der Agrarwirtschaft dar. Um daran etwas zu ändern, könnte ein Kurs entwickelt werden, der bei der Steuerung der regionalen Wirtschaft jene Discounter günstiger stellt, die bei den Abnahmepreisen und bei der Verkaufspolitik stärker die regionalen Produkte im Kreis- und Landesmaßstab in den Mittelpunkt der Sortimentsgestaltung rückt.

94 Möglichkeiten der Kostensenkung in den Landwirtschaftsbetrieben sehe ich perspektivisch beim Transport, beim Zukauf von Betriebsmitteln, wie Futtermittel, Mineraldünger, bei der Absenkung zu hoher Bodenpachtzahlungen. Bei den Investitionen in Landtechnik dürften sich Erhöhungstendenzen ergeben, die durch rationelle Nutzung und Kooperation gemindert werden können.

95 Per 31.12.2013 Aus: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Anforderungen der Agrarwirtschaft und einer kulturreichen Landschaftsgestaltung auf nachhaltige Art und Weise, aber auch der anderen gesellschaftlichen Bereiche auf vernünftige Art gerecht werden. Es sollte der generelle Ehrgeiz bestehen, die Neuinanspruchnahme von Landwirtschafts- und von Forstflächen möglichst zu vermeiden und die Wiedernutzung von Siedlungsbrachen u.ä., also die Intensivierung der Flächennutzung vorhandener Siedlungs- oder Verkehrsflächen zu bevorzugen. Außerhalb der Planung von Bauvorhaben wird es zweckmäßig sein, den Landwirtschafts- und Forstflächen z.B. durch spezielle Anpflanzungen (Mischwaldgruppen, Feldraingestaltung, Buschgruppen) durch die Verkleinerung von übergroßen Ackerflächen oder durch Anlage von Feuchtbiotopen ein interessanteres, kulturreiches Landschaftsbild zu geben mit gleichzeitig allen Vorteilen für Windschutz, Erhalt der Bodenfeuchtigkeit und der Artenvielfalt.

Zu Abschnitt III.

Kräfteverhältnisse, Bündnisse & Durchsetzung (Seiten 42 - 48)

Auf Seite 43 wird formuliert:

„Die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist ein offener Prozeß, bei dem es auch Rückschritte geben kann. Ein universelles Modell der optimalen demokratischen Beteiligung gibt es nicht. Deshalb sollten Beteiligungsprozesse evaluiert und die Instrumente durch die Teilnehmer weiter entwickelt werden.“

Mit dieser Aussage kann ich mich identifizieren im Sinne von: es gibt nicht den einen Hauptweg zum Ziel. Abhängig vom gesellschaftlichen Problemfeld, das „politisch beackert“ werden soll, abhängig von der politischen Situation, z. B. Aktualität des Problems, Bevölkerungsstimmungen, Zustimmungsgrad zu den Linken, muß immer wieder nach den besten „Beteiligungsverfahren“ gesucht werden, um nützliche Ergebnisse zu erzielen. Mit dieser realistischen und zugleich optimistischen Denkweise werden viele Tore geöffnet, durch die man weiter nach vorn schreiten kann, ohne plötzlich vor einer Mauer zu stehen.

Da es mit Plan B um ein Vorhaben geht, das von den Linken entwickelt und verfolgt wird, muß die Partei Die Linke sowieso letztendlich selbst die Frage nach der Strategie ihrer Umsetzung beantworten und verantworten.

Meine Meinung dazu verstehe ich deshalb als Anregung und Vorschlag, die ich in folgende Gedanken fassen will, die Prämissen und Schrittfolgen enthalten:

1. Mir sind die 7 Schwerpunkte der politischen Arbeit der Partei Die Linke für 2015 bekannt, die am 20. Januar 2015 auf einer Pressekonferenz der Partei bekanntgegeben worden sind. Bis auf den Punkt „Bezahlbare Energie“ werden keine engeren inhaltlichen Beziehungen zu den 4 Schwerpunkten von Plan B sichtbar. Das ist hier nicht als Feststellung eines Mangels gemeint, sondern soll ausdrücken, daß die von der Partei Die Linke zu bearbeitende Themenbreite ständig zunimmt und schon beachtet werden sollte, wie in der jetzigen Entwicklungsphase der Partei diese Aufgabe in guter Qualität, also politikpraxistauglich, bewältigt werden kann. Für die Wirksamkeit der Partei ist diese ständige Ausdehnung der Politikfelder unvermeidlich. Also bleibt nur der Weg **rationeller Organisation der politischen Hintergrundsarbeit**.
2. Umfang und Tiefe der Kenntnisse, die für die Bearbeitung von Problemfeldern notwendig sind, nehmen ununterbrochen zu. Wenn im analytischen Prozeß der Problemfelder Widersprüche und Angriffsziele herausgearbeitet, dafür aber auch Lösungsvorschläge erarbeitet werden sollen, die zumindestens öffentlich anbietbar, möglichst aber auch durchsetzbar sind, so ist dafür ausreichende Sachkunde erforderlich. Der politische Wille für

ein anzusteuernendes Ziel ist wertvoll, oft die unabdingbare motorische Voraussetzung, wenn aber die **ausreichende Sachkunde** dazu kommt, so ist das viel besser.

3. Selbstverständlicher Bestandteil einer sachkundeorientierten Parteiarbeit allgemein und für Plan B speziell ist die ständige Beachtung von Sozialem, Ökologischem und Ökonomischem. Für die Partei Die Linke reicht es nicht, mit dem sozialen Banner allein Politik machen zu wollen. Es reicht auch nicht, zunehmend intensiver den ökologischen Aspekt mit einzubeziehen. Die 3. Komponente, das Ökonomische, gehört immer mit dazu. Wenn ich an die heutigen und an die Zukunftsprobleme von Energiewirtschaft, Industrie, Verkehrswesen und Agrarwirtschaft denke, so gehört dazu nicht nur der „kritische Geist“ gegen die verschiedenen Mängel auf sozialem und auf ökologischen Gebiet, sondern auch die **ernsthafte ökonomische Antwort**, wie der Wandel praktisch zu machen ist, ohne das neues Chaos organisiert wird.
4. Die Parteiführung der Linken benötigt zur besseren Ausschöpfung des vorhandenen Potentials und zur besseren Fundierung der strategischen Arbeit eine regelmäßig zu aktualisierende Liste von Themenbereichen und Einzelthemen, die in Vorbereitung auf ihre mögliche Verwendung für die direkte politische Arbeit ständig verfolgt, analysiert und aufbereitet werden. Je nach Bedeutung der Themen können Bearbeitungsumfang und -tiefe schwanken. Dafür sollten **thematische Arbeitskreise** gebildet werden, in denen die federführenden Genossen der Partei, andere mitwirkende Genossen und der Partei nahestehende Experten ihre Arbeit thematisch und regional strukturieren und koordinieren.
5. Innerhalb dieser Arbeitskreise sollte geprüft werden, inwieweit es möglich wird, **eigene bürgeroffene Foren der Linken** zu bilden, in denen Probleme, Zielstellungen und Lösungsvarianten erörtert werden, die über die möglichen Wege der direkten und/oder der repräsentativen Demokratie auf den Weg der Realisierung gebracht werden.
6. Innerhalb dieser Arbeitskreise der Partei sollte aber auch bestimmt werden, im Rahmen welcher bestehenden **Beiräte, Themen- oder Branchendialoge** bei den zentralen und bei den regionalen behördlichen Institutionen versucht werden sollte, durch direkte Mitgliedschaft oder andere Formen einer Zusammenarbeit Ansatzpunkte für Gedankenaustausch mit den aktiven Bürgern, für politische Einflußnahme und Mitgestaltung zu finden. Über diesen Weg dürften rationelle Formen einer Zusammenarbeit gefunden werden, die zu verwertbaren Erkenntnissen führen und helfen, bestimmte Wissenslücken bei den Parteikadern zu überwinden.
7. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß im Rahmen der unter 6. genannten Kooperationsformen **tiefere Kontakte zu anderen Fachleuten**, möglicherweise auch den anderen Parteien des Bundestages angehörend oder nahestehend, entstehen, die einmal für die Vertiefung der Sachkunde nützlich sind, zum anderen aber auch zur politischen Sondierung der sich abzeichnenden Lösungswege beitragen. Dieser Prozeß dürfte dafür dienlich sein, die politischen Entscheidungen der Linken zu qualifizieren und ihr politisches Ansehen in der Öffentlichkeit zu erhöhen.
8. Im Rahmen einer vor allem auf Sachargumenten beruhenden Meinungsfindung, die sich einseitiger Thesen enthält, könnten sich Standpunkte einander annähern und umsetzbare Lösungswege gefunden werden, die nicht nur den Thesen von Plan B gerecht werden, sondern zu einem für den jeweiligen Sachverhalt nützlichen **Konsens** führen. Dann wäre der Zeitpunkt erreicht, wo die Lösungsvorschläge einer noch breiteren Öffentlichkeit unterbreitet werden sollten, und der Prozeß der politischen

Umsetzung gestartet wird.⁹⁶

9. Die Tz. 6.-8. dieser Auflistung gehen davon aus, daß es gelingt, über einen längeren Vorgang sachlicher Meinungsbildung, von der Mehrheit der Teilnehmer dieser Planungsphase akzeptierte Problemlösungen zu finden, die für die weitere öffentliche und politische Auseinandersetzung „freigegeben“ werden können.

Wenn die Partei Die Linke sich aber in einer Situation befindet, wo sie die gefundene Lösung nicht akzeptieren kann, ist die politische Führung der Partei gefragt, also **protestierend an die Öffentlichkeit zu gehen oder einen Kompromiß** auszuhandeln. Meistens bleibt, mit den anderen gesellschaftlichen Kräften gemeinsam eine tragbare Lösung finden.

Letztlich geht es nicht um die von der Partei Die Linke im Plan B bevorzugten Lösungen, sondern um die, für die sich demokratische Mehrheiten finden lassen.⁹⁷

Zu Abschnitt IV

Für eine lebendige Debatte (Seiten 47-48)

In diesem abschließenden kleinen Abschnitt betonen die Autoren noch einmal den Gedanken, daß der in Plan B skizzierte sozial-ökologische⁹⁸ Umbau ein Projekt der kleinen Schritte und der großen Veränderungen ist. In tausenden von Initiativen werden von den Bürgern Aktivitäten für eine bessere Zukunft entwickelt.

Es ist von einem Umbau von unten die Rede, der noch viel mehr Wirkung entfalten könnte, **wenn die Politik** diesen Umbau befördert und größere gesellschaftliche Wucht für Umfang und Tempo dieses Umbaus entsteht.

„Wenn die Politik“.....und damit sind wir wieder bei der Verantwortung der Partei Die Linke für die Forcierung dieser Prozesse angekommen.

Sie muß sich die Frage stellen, welcher Wille, welche Bereitschaft besteht überhaupt in der Bevölkerung, auf größere gesellschaftliche Veränderungen in der Gesellschaft Kurs zu nehmen. Dabei sind zunächst erhebliche negative Fakten zu konstatieren.

Die generelle Wahlbeteiligung liegt bei 50% und stellt im Grunde genommen eine Abstrafung des gegenwärtigen politischen Systems dar. Die von den Linken im Osten Deutschlands erzielten Wahlergebnisse sind gemessen an der politischen Geschichte recht gut, aber es gibt auch Abbröcklungserscheinungen, im Westen steht Die Linke im harten Kampf am Rande der 5%, aber kann auch Stabilisierungstendenzen nachweisen. Andere Parteien wie die SPD träumen von den alten Zeiten und sind mit ihren Wahlergebnissen als immerhin noch zweitstärkste Partei in Deutschland unzufrieden.. Die Grünen haben sich relativ stabilisiert und erreichen in Deutschland gesamt ähnliche Wahlergebnisse wie die Linken.

Abseits von den Wahlen spielen im politischen Tagesgeschehen vor allem die Themen eine Rolle, die vom vorherrschenden deutschen Nachrichten-Medien-Mainstream vorgegeben werden. Zur Zeit sind das Themen wie (Achtung Satire):

96 Die konkretere Form der Bürgerbeteiligung sollte dann beginnen, wenn in den o.a. Gremien nach gründlichen Auseinandersetzungen unter Beteiligung wesentlicher gesellschaftlicher Meinungsträger anbietbare Konzepte entstanden sind. Durch diese Arbeitsweise muß erst einmal ein solider Ausgangspunkt für größere Bürgerbeteiligung gefunden werden. Natürlich können dann so entstandene Konzepte auch noch einmal Veränderungen unterliegen, wenn neue Fakten und Argumente in die Lösungsfindung einfließen.

97 Am besten wäre es, wenn im Prozeß der demokratischen Meinungsfindung die tatsächlichen Praxislösungen möglichst nahe an die Vorstellungen von Plan B heranreichen, das muß aber nicht immer der Fall sein.

98 Ich muß es hier noch einmal wiederholen: Es handelt sich um einen **sozial-ökologischen-ökonomischen** Umbau. Die Ökonomie darf nicht vernachlässigt werden. Das zu tun, würde das Projekt in den Bereich der Utopien versetzen, was die Autoren bestimmt nicht wollen.

Sorge um Griechenland, unerhört - Tsipras-Regierung will Probleme auf linke Art lösen; der Rußland - Ukraine - Konflikt mit Potential zum neuen Kalten Krieg; der Vormarsch der IS-Terroristen, späte Rache für Kreuzzüge? Sarah Wagenknecht die schlaueste und schönste radikale Linke, politische Gegner fürchten ihre Auftritte bei Talkshows, nehmen vorher Beruhigungstabletten; griechischer Milliardär betrinkt sich in Schweizer Bar: Trauer über armes Griechenland übermannt ihn; Ebola immer noch nicht besiegt; Angela Merkel, die mächtigste Frau der Welt, erneut Wahlkandidat für 2017? Sexskandal um prominenten Prominenten; Putin lehnt erneut Zarenwürde ab, russisches Volk ist ihm auch so zugetan; der Königin Schwiegertochter erwartet ein Kind, gelegentliche Blässe, Verzehr von Mohrrüben hilft darüber hinweg; letzter Bauskandal am BER: Flughafen wird fertig; Die Linken im gelegentlichen Gespräch mit der SPD, gegenseitige Aufrechnung der historischen Fehler im zügigen Tempo schon in den nächsten 50 Jahren, Zusammenarbeit nach dem 3. Weltkrieg mit positivem Blick in die Zukunft auf jeden Fall vorbeugend beschlossen; Olympische Sommerspiele lehnen frustrierte Berliner ab, 3 Jahre nach 1936 brach der 2. Weltkrieg aus; die schwarze Null steht, Sonderbriefmarke mit Antlitz des Finanzministers im Werte von 10 Euro in Vorbereitung, Forderung nach Tag des Deutschen Buchhalters wird immer lauter; aufmüpfiges Nashornmädchen lehnt Milch des Muttertieres ab, tutscht lieber Milch beim Pfleger; BND soll in Zukunft ganz Deutschland schützen, konnte leider nicht verhindern, daß ein neues elektronikschlüselfertiges Gebäude mit 2000 m² Nutzfläche in der Berliner Chausseestraße von listigen Gegnern unter Wasser gesetzt wird; die erste Dragi - Tranche von 60 Mrd. Euro zur Stabilisierung des europäischen Finanzsystems ist auf umweltschonendem Papier gedruckt; Gregor Gysi fühlt sich jung wie noch nie, will noch einmal Zahn zulegen, plant strategisches Vieraugengespräch mit dem Papst; Polen unterstellt Freiwilligenmilizen dem Verteidigungsministerium; auf den Seychellen wurde neue 8-beinige Ameisenart entdeckt, Ameisen können damit stolperfrei laufen; deutsche Infrastruktur am Abgrund, wenn Brücken krachen; Kremlastrologie wieder als Lehrfach anerkannt; Berlusconi erneut wegen außergewöhnlicher Libido und besonderer nationaler Verdienste bei der Freizeitgestaltung freigesprochen; Rußland droht Dänemark mit Atomraketen, fürs erste aber nur mit der Wirkung der Hiroshima-Bombe; Oskar Lafontain heiratet heimlich Sarah Wagenknecht, nun verstärkt Kurs auf gemeinsame revolutionäre Konzepte; Netanjahu will keinen selbständigen Palästinenserstaat, Araber sollen sich in Luft auflösen, freiheitlich denkendes Volk stimmt dem Konzept bei Wahlen zu; 40-jähriger Deutscher aus dem Ruhrgebiet fährt immer noch in Straßenbahnwagen aus Kindheitstagen, die mal als alte U-Bahnwagen in London gekauft worden sind; heimatverbundene Gruppe von Graugänsen fliegt aus deutschem Winterasyl über NATO-Gebiet im kühnen Nachtflug nach Rußland, stellt aus Sicherheitsgründen beim Flug über Polen das Schnattern ein; neues Wohngebäude mit den teuersten Eigentumswohnungen in Berlin steht am Bertold Brecht-Platz, Brechterben erwägen Verlegung des Brechtdenkmals nach Berlin-Marzahn; Graffitisprüher verursacht Schaden von 33.786,32 Euro, wird zum Kunstpreis vorgeschlagen, Senator äußert sich erfreut über trendige Jugend; Dax steigt auf 13.621 Punkte, Aktionäre jubeln und begrüßen fallenden Sparzins, hämische Äußerungen über arme schwachbemittelte auf Festgeld fixierte Sparschweine; trendbewußter deutscher Sprachforscher schlägt Titeländerung an Lehar-Operette (1929) vor: Nicht mehr „Das Land des Lächelns“, sondern „Das Land des Grinsens“ (auf besonderen Wunsch von zahlreichen moderierenden Sprachenverhunzern der deutschen Medienlandschaft) usw. usf.

Diese realitätengestützte, stellenweise nur leicht satirisierte, Darstellungsform ist ernst gemeint. Die lawinenartige Informationsflut, der lebhaft-wilde Wechsel zwischen politischen und unpolitischen, zwischen gewichtigen und ungewichtigen Themen ist auch in der Medienpraxis gewollt. Die Möglichkeiten der modernen elektronischen Medien veredeln dieses Konzept der Informationsüberflutung und Ablenkung von den politischen Kernthemen. Dazu kommen die

Möglichkeiten der individuell-freiheitlichen Freizeitgestaltung und freiwilligen Selbstberieselung der bundesdeutschen Normalverbraucher, so daß zu Recht befürchtet werden muß, dass die Fähigkeit zum selbständigen und erst recht politischen Denken zwangsläufig starke Einschränkungen erfährt. Das hängt auch davon ab, wie weit der Bürger als nach Karriere und Erfolg strebender, von den Pflichten gehetzter oder um den Arbeitsplatz bangender Beschäftigter, als Arbeitsloser oder Rentner unter Beachtung seiner sonstigen Lebensumstände überhaupt noch gewillt ist, mit einer gewisser Gründlichkeit über sein Leben und seine Umwelt nachzudenken.

Bevor eine wirklich lebendige Debatte über die großen Veränderungen in der Gesellschaft mit einer wahrnehmbaren Breite in der Öffentlichkeit wirklich zustande kommt, müssen von den Initiativkräften ausgelöste Aktivitäten gestartet werden, die mit der Qualität ihrer Aussagen und mit der Hartnäckigkeit ihres Werbens die Chance haben, Schritt für Schritt öffentliche Wirkung zu erzielen.

Also vor der lebendigen Debatte, die ich auch als Debatte mit einer gewissen Breitenwirkung verstehe, muß überhaupt erst mal eine Debatte gestartet werden. Dafür wird ein **stabiler organisatorischer Handlungsrahmen** benötigt, der geeignet ist, die Debatte in den verschiedenen Themenbereichen so anzufachen, daß wirklich von einer lebendigen Debatte gesprochen werden kann.

Um in dieser Hinsicht voran zu kommen, ist Die Linke erst einmal selbst gefragt. Sie steht vor der Aufgabe, taugliche Formen des öffentlichen Disputs entwickeln und vorantreiben.

Zusammenfassend seien hier noch einmal die wichtigsten organisatorischen Voraussetzungen genannt:

1. Die Partei Die Linke muß die Strukturen entwickeln und realisieren, wie ich sie bereits im vorhergehenden Abschnitt mit den Punkten 1.-10. umrissen habe (Seiten 41-43). Wenn die entwickelten Arbeitsstrukturen den Stand gem. Punkt 5. erreicht haben, könnte man nach meiner Auffassung von einer beginnenden lebendigen Debatte sprechen.
Der Aufbau eines solchen Systems der wissenschaftspolitischen Arbeit innerhalb der Partei Die Linke dient ihrer Fähigkeit, eine qualifizierte und auf schnelle, schlagfertige Reaktionen hinzielende Parteiarbeit zu leisten. Das ist für eine größere politische Breitenwirkung unabdingbar. Da sie immer auf vielen politischen Themenfeldern agieren muß, die oft in tagesaktuellen Ereignissen angesiedelt sind, versteht sich, daß die speziellen Fragestellungen aus dem Plan B nicht separat betrachtet werden können. Sie werden in themenabhängiger Weise in die jeweiligen Schwerpunkte integriert sein. Das entspricht auch der Erkenntnis, daß die Lösungen für Morgen im Heute heranwachsen, die allen Betrachtungen zugrunde liegt.
2. Als fester Bestandteil der organisatorischen Struktur nach Themenkreisen, die gem. Punkt 4. aufzubauen ist, wird die Realisierung ihrer Internetpräsenz je Themenkreis angesehen. Damit wird den jeweiligen Themenfeldern eine Auftrittsstabilität verliehen, die für die Förderung der öffentlichen Debatte nicht groß genug bewertet werden kann. Es ist natürlich zu gewährleisten, daß auf diesen Informations- und Kommunikationsforen eine sachliche faire Debatte geführt wird. Bei entsprechendem Niveau wird es für möglich gehalten, daß sich für die Meinungsbildung kompetente Persönlichkeiten aus den Wissenschaften und dem Journalismus auch an diesen Foren beteiligen. Wenn Die Linke mit diesem Schritt nicht zu lange zögert, können mit dieser Maßnahme auch alle Vorteile einer parteimedialen Neuheit erschlossen werden. Um so besser dieses internetgestützte System funktioniert, desto realistischer sind die Erwartungen in den Beginn einer lebendigen Debatte.
3. Meine Zukunftsvorstellung für die Organisation dieser wissenschaftspolitischen Arbeit ist, daß nach einer Aufbau- und Stabilisierungsphase eine wachsende Zahl von Themenkreisen

mit Internetpräsenz gefestigt und in der Lage sind, den Parteivorstand der Partei Die Linke bei seiner politischen Arbeit mit Vorschlägen und argumentativen Vertiefungen für den Prozeß der politischen Auseinandersetzung zu unterstützen. Ab einem bestimmten Reifegrad dieser Entwicklung halte ich es für möglich, daß aus den Themenkreisen aktuelle Schwerpunktthemen abgeleitet werden, die für hervorgehobene Aktionen der Öffentlichkeitsarbeit geeignet sind. Ich denke hierbei an thematische Pressekonferenzen oder an Sondertagungen, die Gelegenheiten bieten, die aktuelle Situation eines Themas vertieft vorzustellen: vom Standpunkt der sachlichen Durchdringung und vom Standpunkt der bisherigen politischen und staatlichen Reaktionen. Um die öffentliche Wirkung zu verstärken, wird es natürlich erforderlich sein, daß möglichst mehrere Persönlichkeiten anwesend sind, die in Deutschland für Kompetenz auf dem jeweiligen Fachgebiet stehen.

4. Die bis hierher dargestellten Aufbauschritte stellen eine Aufgabe dar, die von der Partei Die Linke aus eigener Kraft bewältigt werden muß. An der kommt sie nicht vorbei, wenn sie zu neuen Ufern politischer Breitenwirkung vorstoßen will, wenn sie mal erreichen will, daß zu den Themen von Plan B eine lebendige Debatte entsteht.

Ich halte es aber außerdem für notwendig, daß im Rahmen der Aktivitäten zur Weiterentwicklung der Demokratie in der BRD, die Forderung erhoben wird, daß allen im Bundestag vertretenen Parteien ein fester Sendeplatz im öffentlich-rechtlichen Fernsehen eingeräumt wird, (z. B. 30 Minuten / Woche oder 2 Stunden / Monat) der den Parteien die Möglichkeit gibt, die Programme inhaltlich eigenverantwortlich zu gestalten.⁹⁹ Das gegenwärtige öffentlich-rechtliche Fernsehen widerspiegelt noch viel zu einseitig den Willen der an der Regierung beteiligten Parteien und der nach offizieller Version für die Medien zuständige unabhängige Journalismus wird in vorauseilendem Mainstreamgehorsam der daraus erwachsenden Anforderung nur zum Teil gerecht.

Zusammenfassung

Ich habe mich nun etliche Stunden mit Plan B beschäftigt, ein mir von der Sache her höchst sympathisches Vorhaben, in das seine Autoren viel Können, viel Wissen und Zukunftshoffnung investiert haben. Mein persönliches Anliegen war, nicht einen mehr oder weniger nutzlosen Zustimmungstext zu produzieren, sondern mit „Gegen den Strich bürsten“ eigene Überlegungen zu entwickeln und hinzuzufügen, die ich für die Umsetzung von Plan B für nötig erachte.

Das Resümee möchte in folgende Schlußfolgerungen fassen:

1. Der Plan B vermittelt einen realitätsbezogenen Blick in die Zukunft. Er hilft der Partei Die Linke, den Blick auf die großen Perspektiven zu schärfen und stellt Seiten eines optimistischen Gesellschaftsmodells dar, das in sozialer und ökologischer Sicht ein neues menschliches Zeitalter verkörpert. Mit seinem Optimismus paßt der Plan B zur Partei Die Linke, die Partei einer menschenfreundlichen Zukunft ist. Die Beschreibung der Zukunft enthält viel Erhofftes. Der Weg dahin, die zeitlichen Etappen, bleiben unsicher. Im weiteren wird es wichtiger werden, neben der „Fortschreibung“ der Perspektivziele, die zum Ziel führenden **überschaubaren und durchsetzbaren Einzelschritte** aus den realen Bedingungen heraus zu bestimmen.
2. Der Plan B ist auf die dringlichen sozialen und ökologischen Wandlungen fokussiert. Dabei kommen die **ökonomischen Bedingungen** letztlich zu kurz. Die daraus resultierenden Produktivitätsbedingungen und das Leistungspotential einer Gesellschaft, ihre Möglichkeiten und Grenzen, die Eigentumsverhältnisse, die daraus erwachsenden Widerstände gegen nicht akzeptierte neue Regelungen werden auf dem Wege zu den Zielen

⁹⁹ Der „Verlust“ an Sendezeiten für die div. Serien mit oft zweifelhaftem kulturellem Wert dürfte verschmerzbar sein. Der Gewinn an demokratischer Kultur wäre ein Ereignis, das Maßstäbe setzen würde.

von Plan B immer eine Rolle spielen. Ohne adäquate Einbeziehung der Ökonomie mit allen ihren Komponenten hat Plan B keine realen Chancen.

3. Die Produktion ist die wichtigste Säule im Reproduktionsprozeß. Sie stellt die materiellen Güter her, auf denen alle übrigen Phasen des Reproduktionsprozesses beruhen. Ihre Leistungsfähigkeit muß immer gesichert sein, egal auf welchen pulsgebenden Wirkprinzipien eine Gesellschaft beruht. Auch in der Entwicklungsphase um 2050, wenn das globale Finanzkapital wesentlich an Kraft eingebüßt hat und das gesamte System wesentlich näher an humanistische Ideale herangerückt ist, wird sich die dann herrschende Politik um die **ausreichende materielle Sicherstellung** kümmern müssen. Deshalb gilt es besonders, die Forschung zu allen in Betracht kommenden Themen und besonders die Leistungsfähigkeit der Industrie sicher zu stellen. Dem industriellen Mittelstand wird noch eine lange Zukunft und feste Integration in die Gesellschaft vorausgesagt. Alle Schritte zur Veränderung des gesellschaftlichen Modells müssen dem sorgsam Rechnung tragen. Die verfrühte Abwendung von gerechten Verteilungsformen nach einem gerechten Leistungsprinzip und die verfrühte Umsetzung von Verteilungsformen nach dem Bedürfnisprinzip kann zu schädlichen Verwerfungen führen. Es ist entgegen manchen utopischen Vorstellungen vorläufig nicht bestimmbar, ob dieser Zeitpunkt jemals heranrückt.
4. Die materielle Sicherstellung der Gesellschaft der Zukunft ist nicht nur auf die Bedürfnisse der eigenen Nation oder des eigenen Staates zu richten. Sie muß auch den bedeutenden Anforderungen gerecht werden, die sich aus der **Verantwortung gegenüber der Weltgemeinschaft** ergeben. Im Abschnitt I wurden dazu umfangreiche Erläuterungen gegeben. Es ist zu berücksichtigen, daß mit dem kulturellen und materiellen Niveau einer fortschrittlichen Gesellschaft auch diese internationalen Anforderungen wachsen.
5. Besonders bei den Themenblöcken Energie und Agrarwirtschaft wurde ihre regionale Beziehung deutlich, auch das Verkehrswesen hat mit dem ÖPNV eine besonders enge Verflechtung zur Region. Jeder Industriebetrieb ist irgendwo in einer Region angesiedelt. Bei der Arbeit an dieser Thematik wurde mir erneut bewußt, daß es gerade die Region mit ihrer Ausdehnungsvarianten von der Einzelgemeinde bis zum Bundesland ist, in der fast alle Fragen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses gestellt und gelöst werden müssen. Das bedeutet, daß mit dem politischen Ehrgeiz, die Bürger immer mehr in diese Vorgänge einzubeziehen, die Demokratie an Qualität gewinnt. Deshalb sehe ich in der Intensivierung dieser Vorgänge einen hervorragenden Weg, die Diskussion zum Plan B weiter anzufachen und ihr den Charakter einer lebendigen Diskussion zu verleihen, die **der Region nützt und die Demokratie belebt**. Stärkere Demokratie in den Regionen führt aber auch dazu, daß die Bürger bei übergreifenden bundesweiten Themen bewußter entscheiden und mit ihrer Stimme helfen, in gewollten Richtungen politischen Druck zu machen.